

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pro Nummer 1 Pf. monatlich 1.10 Mk., vierteljährlich 3.30 Mk., halbjährlich 6.60 Mk., jährlich 13.20 Mk. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Pf. für das übrige Ausland 3 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Schweden, Italien, Dänemark, Portugal, Katalien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stehende-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 8. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Wohin der Kurs geht!

Wir haben in unseren Darlegungen über die Budgetbewilligungsfrage wiederholt die Auffassung vertreten, daß im Hintergrunde der Frage der Budgetbewilligung wiederum die Frage des Revisionismus steht, die Absicht, die Partei von dem bisher von ihr vertretenen Standpunkt des Klassenkampfes ab- und in die Bahn einer bürgerlichen Reformpartei hinüberzulenken. Wir haben diese Ansicht unter anderem damit begründet, daß die von den Führern der süddeutschen Genossen befürwortete und durch die Budgetbewilligung bereits eingeschlagene Taktik im Grunde keine andere sei, als die des Blooliberalismus. Wie die Blooliberalen sich vom Standpunkt der „starrten Negation“ abgewendet haben und dadurch „positive“ liberale Politik treiben zu können glauben, daß sie der Regierung und den reaktionären Parteien entgegenkommen, ihnen Zugeständnisse machen, damit ihnen nun umgekehrt für ihre Geschenke kleine Gegenleistungen geleistet werden, so hoffen auch die Befürworter der Budgetbewilligung durch ein Entgegenkommen an die Regierungen und die bürgerlichen Parteien ebenfalls Zugeständnisse erlangen zu können, die sie nicht durchsetzen zu können wännen, wenn sie die bisher beobachtete Taktik des proletarischen Klassenkampfes, wie sie die Dresdener Resolution und auch die Lübecker Resolution in der Frage der Budgetbewilligung fordern, befolgen. Ein süddeutsches Blatt hat zwar den Vergleich zwischen dieser sozialdemokratischen Politik des Entgegenkommens und dem Blooliberalismus dadurch entkräften zu können geglaubt, daß es sich auf Keuschung des bürgerlich-demokratischen Politikers Breitscheid berief. Dieser Mann, der doch die Sozialpolitik des Liberalismus so festig bekämpfte, habe die Budgetbewilligung durchaus gebilligt, folglich — könne doch die von den süddeutschen Fraktionen eingeschlagene Konzeptionspolitik nicht identisch sein mit der Taktik des Blooliberalismus. Eine mehr als wunderbare Argumentation! Daß Breitscheid, der zwar bürgerlicher Demokrat, aber deshalb nicht minder prinzipieller Gegner des Sozialismus ist, natürlich eine Taktik der Sozialdemokratie freudig begrüßt, die die Sozialdemokratie ihres sozialistischen Charakters entkleiden und in eine bürgerliche Reformpartei verwandeln muß, versteht sich doch von selbst! Breitscheid, der den Klassenkampf verwirft und das sozialistische Endziel, das heißt die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, für ein Hirngespinnst hält, muß natürlich ebenso mit dem Revisionismus innerhalb der Sozialdemokratie sympathisieren, wie ein rechts vom Freisinn stehender Politiker, etwa ein Nationalliberaler, die Taktik des Blooliberalismus loben wird, selbst wenn er innerhalb der Nationalliberalen auf der äußersten Linken steht!

Daß es sich nicht um zufällige Entgleisungen, um geringfügige taktische Verirrungen der Befürworter der Budgetbewilligung in Süd- und Norddeutschland handelt (denn auch der norddeutsche Revisionismus steht ja selbstverständlich durchaus auf der Seite des Süddeutschen), beweist ganz besonders eine Reihe von Artikeln, die in der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ erschienen sind. Speziell die drei Artikel, die sich mit der Frage der Budgetbewilligung, resp. mit der zur Erläuterung demokratischer Institutionen auch für Norddeutschland einschlagenden Taktik befassen, beweisen schlagend, daß die Frage der Budgetbewilligung nur ein Vorstoß des Revisionismus überhaupt ist, nichts anderes, als ein erneuter energischer Versuch, die alte Taktik der Sozialdemokratie aufzugeben und an die Stelle des proletarischen Klassenkampfes die Taktik des politischen Schacherns und der Kompromisserei mit den bürgerlichen Parteien zu setzen! So begegnen wir zunächst in einem Artikel des Genossen Eduard David „Zur Budgetbewilligung“ einer Stelle, die der blooliberalen Argumentation gleicht wie ein Ei dem anderen. Genosse David schreibt:

Genosse David empfiehlt also, deshalb das Budget zu bewilligen, um bürgerliche Regierungen oder doch Teile solcher Regierungen günstig für die sozialdemokratischen Forderungen zu stimmen. Wenn die Sozialdemokratie gemäß ihrem Klassenstandpunkt den bürgerlichen Regierungen den Etat grundsätzlich verweigert, so „verleidet“ sie dadurch den bürgerlichen Regierungen die Lust, der Sozialdemokratie auf politischem oder sozialpolitischem Gebiete Zugeständnisse zu machen. Denn die Regierungen und die hinter ihnen stehenden Parteien neigen dann der Auffassung zu: „Was nützen uns alle Zugeständnisse an die Sozialdemokratie, diese begehrlichen Gesellen sind ja doch nie zufrieden zu stellen, nie mit den bestehenden kapitalistischen Zuständen auszuföhnen! Deshalb muß man den bürgerlichen Regierungen seine Dankbarkeit bezeigen, indem man sich mit ihnen auf möglichst guten Fuß stellt, indem man ihnen gleichfalls Zugeständnisse macht, indem man ihnen durch Bewilligung des Budgets zeigt, daß die Sozialdemokratie gar nicht so schlimm ist, daß sich auch mit ihr leben und gleich einer bürgerlichen Oppositionspartei schachern läßt.“

Das ist eine Auffassung, die in der Sozialdemokratie bisher keine Geltung hatte! Die Sozialdemokratie stand bisher auf dem Standpunkt, daß es die Aufgabe der Partei sei, durch grundsätzliche Belehrung der Massen über das Wesen des Klassenstaates eine möglichst große Zahl von Anhängern zu gewinnen, diese Anhänger zu politischen und sozialen Organisationen zusammenzuschließen, um auf diese Weise eine politische Macht zu schaffen, die durch den Druck ihrer Masse, durch ihre unablässige Kritik dem kapitalistischen Staat Zugeständnisse abnötigt. Und wenn es richtig ist, was so unzählige Male von sozialdemokratischer Seite hervorgehoben ist, daß die Zugeständnisse des Bürgertums im wesentlichen nur der Furcht vor der Sozialdemokratie entspringen sind, daß das Bürgertum sich genötigt sah, um der Sozialdemokratie nach Möglichkeit den Boden abzugraben, Zugeständnisse zu machen, so ist diese Taktik auch vom praktischen Standpunkte aus eine wahrhaft positive Politik. Eine Politik a la Blooliberalismus jedoch ist es, an die Stelle des prinzipiellen Kampfes um die Forderungen der Sozialdemokratie die Politik des Entgegenkommens und der Konzeptionen, des Feilschens, Erschacherns und Erschmeichelns von Zugeständnissen zu setzen. Es soll nicht bestritten werden, daß auch eine solche Taktik eine Zeitlang Erfolge aufzuweisen vermag, wenn es auch sehr fraglich ist, ob diese Erfolge größer sein werden, als diejenigen, die erzielt werden, wenn die Partei risikolos den Standpunkt des Klassenkampfes vertritt. Was aber diese opportunistische, blooliberalen Politik des Entgegenkommens völlig unfruchtbar und verhängnisvoll macht, das ist der Umstand, daß eine solche revisionistische Politik unmöglich ohne Einfluß auf die ganze Agitations- und Aufklärungsarbeit der Partei sein kann, daß sie vielmehr die prinzipielle Aufklärung über das Wesen des Klassenstaates, die in jeder politischen Situation tausendfältig möglich, gebotene und bisher ja auch von der Partei geübte Klärung der Klassenverhältnisse beeinträchtigen, ja ausschalten muß! Man wird das vielleicht bestreiten wollen, aber wir werden sogleich an der Hand weiterer Zitate den Beweis führen, daß der parlamentarische Revisionismus mit Naturnotwendigkeit auch die ganze Erziehungs- und Aufklärungsarbeit unter den Massen umgestalten muß. Den Beweis liefert uns zunächst Genosse Kolb in seinem Artikel „Nord und Süd in der sozialistischen Politik“. Zwar wirft Kolb selbst die Frage auf: „Wo ist denn je der Beweis dafür erbracht worden, daß durch eine konsequente Taktik der Reform unsere Grundzüge preisgegeben werden?“, aber sein ganzer Artikel liefert diesen Beweis, wie wir in einem weiteren Artikel zeigen werden, im überreichlichsten Maße.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 7. September 1908.

### Militärische Erziehungsgrundsätze.

In der „Schlesischen Zeitung“ äußert sich ein militärischer Mitarbeiter über die Erziehung der Jugend für die Armee. Er wendet sich scharf gegen die modernen Anschauungen, die im Prügeln das Heil nicht erkennen wollen. Die Entstehung der Soldatennüchternung schildert er so:

Leider macht man aber jetzt vielfach in übertriebener Milde nur die Unteroffiziere verantwortlich für Mängel am Anzuge, Unordnung, Unpünktlichkeit usw. der Rekruten. Anstatt einen abelgearteten Mann die Schärfe der Disziplinarstrafgewalt im entsprechenden Moment fühlen zu lassen, wie dies nach der Disziplinarstrafordnung durchaus zulässig ist, bestraft man ihn — sage und schreibe — mit einem „Strafreport“. Sein Korporalschaftsführer muß ihn „stellen“, wird also mitbestraft. Man findet dabei eine Unregelmäßigkeit am Anzuge des Herrn Rekruten und läßt nun die Schwere seines Hornes nicht an dem Uebelthäter selbst aus, sondern an dem Unteroffizier in Gegenwart des Rekruten. Der letztere, wenn er eine moderne Erziehung genossen hat, merkt sich das und kommt, um seinen Unteroffizier zu ärgern, am nächsten Tage erst recht schmutzig. Nun ist aber ein Unteroffizier auch kein Engel, sondern ein Mensch, d. h.

ein Mittel Ding zwischen Engel und Teufel. Er hat außerdem doch auch zu Hause, in der Schule und vor seinem Eintritt die oben geschilderte Sorte von Erziehung unter Umständen genossen. Der Teufel gewinnt die Oberhand; die Natur kommt auch bei ihm zum Durchbruch, er hilft sich selbst und haut dem Uebelthäter ein paar Ohrfeigen herunter, die um so gründlicher in dem Gedanken ausfallen: „Bestraft werde ich doch, so will ich auch wenigstens etwas davon haben.“ Der in seiner „Mannesehre“ beleidigte „Vaterlandsverteidiger“ beschwert sich, Kriegsgericht, schwere Bestrafung, Gezeiter der Zeitungen: „Abermals haben wir leider einen Fall raffiniert roher Soldatennüchternung zu registrieren.“

Der Verfasser dieser Sätze, der in dem Menschen ein Mittel Ding zwischen Engel und Teufel sieht, ist in seiner Entwicklung zum Engel offenbar auf der untersten Stufe stehen geblieben. —

### Schießfreiheit der russischen Polizisten im oberschlesischen Grenzgebiet?

Die Grenzüberschreitungen der russischen Grenzwachposten im oberschlesischen Industriegebiet gehören zu den allgewöhnlichen, regelmäßig sich wiederholenden Erscheinungen des Industriebezirks. Gewöhnlich geht es so zu: In dunkler Nacht — mitunter auch am hellen Tage — bemerken die russischen Grenzwachposten Flüchtlinge oder Schmuggler, die auf preussisches Gebiet übergehen. Sie laufen ihnen nach und schießen, selbst wenn die Flüchtenden schon auf preussischem Gebiet sind. In den oberschlesischen Grenzdistrikten kann man an den Wännen zahlreiche Spuren der russischen Gewehrpatronen sehen. Nach der unzulässigen Schießerei tritt eine deutsch-russische Untersuchungskommission zusammen, „prüft“ den Tatbestand, setzt ein Protokoll auf, wobei die Vertreter der russischen Behörde stets die Bestrafung der „schuldigen“ Schützen zusagen, woraus folgt, daß man nach wenigen Tagen von einer neuen Schießerei hört!

Das sind — wie gesagt — allgewohnte Dinge; die deutsche Diplomatie scheint ja diesen Grenzschießereien gegenüber machtlos zu sein.

Aus guter Quelle, aus russischen Grenzpolizeikreisen, erhalten wir jedoch jetzt eine Mitteilung, die — wenn sie zutrifft — alles bisherige weit übertrifft. An der Grenze bestehen beiderseits sogenannte Austauschkommissionariate, deren Aufgabe der gegenseitige Austausch der Ausgewiesenen, Auslieferung, nach dem Heimatsland abgehobenen“ und dergleichen ist. Dabei sieht man in Kattowitz oft russische Polizisten, welche deutsche Staatsangehörige, die den preussischen Behörden übergeben werden, nach Kattowitz transportieren und dem Kattowitzer Austauschkommissariat überliefern. Diesen russischen Polizisten soll von den preussischen Behörden die Befugnis erteilt worden sein, auch auf preussischem Terrain die Waffen zu tragen und sie gegebenenfalls auch auf preussischem Staatsgebiete gegenüber etwa fliehenden Gefangenen, die sie transportieren, anzuwenden.

Das preussische Polizeiministerium muß Aufklärung über die Verordnungen, die in dieser Beziehung bestehen, geben. Die russischen Grenzpolizeibeamten spotten ohnehin darüber, wie systematisch und rasch die preussischen Behörden den russischen alle geforderten Auskünfte geben, während man von der anderen Seite die Pflichten der internationalen Polizeisolidarität viel leichter nimmt! —

### Ein Klageruf der Zentrumsbauern.

In der zentrumsagrarischen „Rheinischen Volksstimme“ stimmt ein braver Katholik einen Klageruf an über die Verheerlichkeit der Arbeiter. In einer Gemeinde des Kreises Düren, so heißt es da, seien voriges Jahr die Mitglieder des katholischen Arbeitervereins bei der Gemeinderatswahl mit Arbeiterkandidaten aufgetreten und es seien ihnen auch „entsprechend der Steuersumme“ Mandate bewilligt worden. Damit aber nicht genug, hätten sich die Arbeiter nun auch an den Ständigenvertreterwahlen beteiligt, wobei dann mehrere einflussreiche, vermögende Einwohner durch Arbeiter verdrängt worden seien. „Das Steuerlohn — so schließt der Jammerartikel — liegt zu neun Zehnteln auf den Schultern der Landwirte! Es scheint, daß der Name Bauer allein schon genügt, um ihn jeden Ehrenamtes für unwürdig und nicht gewachsen zu bezeichnen. Daß durch solche Wahlmänner das Einvernehmen zwischen Arbeiter und Bauer gefährdet werden muß, liegt doch klar zutage. Die Lösung des katholischen Arbeitervereins lautet eben: Zahlen kann der Bauer soviel er will, aber zu sagen hat er nicht. Es scheint Zweck des katholischen Arbeitervereins zu werden, in einer Gemeinde Streit und Unfriede hineinzutragen.“

Die „Rheinische Volksstimme“ knüpft an diese Schilderung eine Betrachtung über das Erstarken der Arbeiterbewegung auch in den Landgemeinden, das immer mehr ein Juradrängen des Einflusses der Bauern zur Folge habe. In den Vorgemeinden habe in früheren Jahren Kirchhofruhe geherrscht; das politische Leben war gleich Null, wie sich das besonders an der Vertätigung bei den Wahlen gezeigt habe. Da seien mit der vordringenden Industrie die Arbeiter in die Gemeinde gekommen, sie hätten sich organisiert, die Bauern bei den Wahlen überkompelt und überall ihre Interessen in den Vordergrund gehoben. Und doch hätten, die Nachkommen der Leute, die von Generation zu Generation die Wohlfahrt des Heimatsdorfes festigen halfen, ein wohlgegründetes natürliches Recht, bei den Entscheidungen über die Geschicke des Gemeinwesens, die aufs engste mit ihren eigenen verknüpft sind, den Ausschlag zu geben.“ — Das Blatt rät den Bauern, es ebenso zu machen wie die Arbeiter, sich zusammenzuschließen und politisch zu betätigen, um der „drohenden Gefahr“ zu begegnen. Die Zuschrift an die „Rheinische Volksstimme“ ist wie die Betrachtung des Klagers selbst.

Die politische Ungherzigkeit des Zentrums. Es behagt den ultramontanen Wiederwählern schon nicht, daß die Arbeiter von dem geringen Recht Gebrauch machen, das ihnen durch das auch für die Gemeinden geltende Dreiklassenwahlrecht gegeben ist. Das nennen sie einen Angriff auf ein „wohlgegründetes natürliches Recht“, und wenn die Arbeiter sich an den Wahlen beteiligen und einige fette Bauern aus ihren Mandaten drängen, so heißt das „Streit und Unfrieden in die Gemeinde hineintragen“. Aus diesem Verhalten kann man schließen, wie gering die Meinung des Zentrums ist, für die Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiter zu wirken. —

### Freisinniger Terrorismus.

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt: „Der auf dem Boden der freisinnigen Vereinigung stehende Liberale Verein in Steglitz handelt in dem Organ der Pariser politischen Diskussionsabende an, an denen auch Parlamentarier teilnehmen werden. Als Vorsitzender des Vereins wird der frühere Oberst Gädke angegeben. Dieser Herr hat sich aber vor einiger Zeit, wie in einer demokratischen Versammlung in Schönberg mitgeteilt wurde, der neuen Partei des Herrn Dr. Barth angeschlossen, und es ist daher die Frage nicht unbedeutend, wie sich seine Zugehörigkeit zur Parth.-Partei mit dem Vorstandsamte eines Vereins der freisinnigen Vereinigung verträgt? Oder vielmehr muß die Frage korrekter lauten: Wie denkt die Parteilosung der freisinnigen Vereinigung darüber, daß der Vorsitzende eines Vereins ihrer Partei der neu gegründeten Partei des aus der freisinnigen Vereinigung ausgetretenen Herrn Dr. Barth angehört?“

Wer sich nicht fügt, fliegt — schreibt die „Freisinnige Zeitung“ jedesmal, wenn wir Sozialdemokraten jemanden ausschließen, weil er bei der Wahl für einen Gegner gestimmt hat oder sonst gegenwärtige Parteien begünstigt, und sie stimmt dann regelmäßig ein wahres Wollschweiß über sozialdemokratischen „Terrorismus“ an. Sie selbst tritt aber nicht nur gegen Mitglieder der eigenen Partei im gleichen Fall ebenso auf, sondern — wie Figuren zeigt — sogar schon gegen Mitglieder einer befreundeten Partei. Und so dokumentiert sich jeden Tag aufs neue, mit welcher unglaublichen Verlogenheit und Heuchelei dieses Blatt „öffentliche Meinung“ macht.

### „Demokratische“ Sorgen.

Im „Berliner Tageblatt“ gerächt sich ein Justizrat den Kopf darüber, wie man Frau Dr. Schulz, die ihr Doktorexamen rite gemacht hat, von einer Frau unterscheiden könne, die, ohne sich je mit irgend einem Studium befaßt zu haben, einen Dr. Schulz geheißen hat. Beide würden doch „Frau Dr. Schulz“ genannt. Als wir das nur im „Berliner Tageblatt“ gelesen hatten, waren wir von der Wichtigkeit der Sache noch nicht vollkommen überzeugt. Ja, wir glauben sogar — in einer Zeit und selbst unbegreiflichen Nachsicht — daß die Demokratie, auch die bürgerliche, wichtigeres zu tun habe, als solchen Titelstreben nachzugehen. Aber wir sind luriert, und das gründlich. Wir sehen jetzt ein, daß hier ein bedeutendes Problem vorliegt. Denn inzwischen ist ein noch „entschiedener“ liberales Blatt gekommen, nämlich die von dem demokratisch-demokratischen Herrn v. Gerlach redigierte „Welt am Montag“, und hat die Offenheit in dankenswerter Weise über die Bedeutungslosigkeit dieser Titelstrebe aufgeklärt. Sie sagt:

„Es besteht eben immer noch in weiten Kreisen des Publikums der greuliche Unfug, die Frau mit dem Titel ihres Mannes zu belegen. In England, in Frankreich, kurz in jedem anderen Kulturland würde man jeden für einen Narren ansehen, der eine Frau nur um deswillen als „Frau Doktor“ anredete, weil sie einen Doktor geheiratet hat. Die deutsche „Sitte“ ist weiter nichts als eine blöde Unsitte, die eine unwürdige Auffassung des Verhältnisses beider Geschlechter zu einander darstellt und zur Degradierung der Frauen führt, die aus eigener Kraft einen Titel erworben haben. Um dem abzuhelfen, dazu braucht man keine juristischen Künsteleien, sondern lediglich die Erziehung des Publikums zu dem einzig vernünftigen Grundsatz: man rede die Frau mit dem Titel an, der ihr gebührt, und nicht mit dem, der nur ihrem Mann zusteht.“

Ein erleichterndes Aufatmen wird nun sicherlich durch die ganze bürgerliche Demokratie gehen. Das heißt einmal manhaft gesprochen! Das ist endlich eine Tat, eine befreiende Tat, eine — demokratische Tat!

Noch nie hat die bürgerliche Demokratie derer um Barth so sehr die Notwendigkeit ihrer Existenz bewiesen wie dieses Mal. —

### Der Geschäftssegen des Katholikentages.

Die Düsseldorf-Dörfer Ortsgruppe der Deutschen Mittelstandsvereinigung hat für die Vorbereitung und Ausrichtung des Katholikentages 2000 Mark gespendet. Darüber ärgert sich die „Deutsche Volkspost“, das Organ der Deutschen Mittelstandsvereinigung; das Blatt hält jene Spende der Düsseldorf-Dörfer Mittelständler für um so unangebrachter, als der Katholikentag außer einer „träübnerigen Resolution“ nichts für den Mittelstand geleistet habe. Darauf muß sich das mittelständliche Organ von dem ultramontanen Nachener „Volkstempel“ vorrechnen lassen, daß die kleinen Geschäftsleute aus dem Mittelstande an dem Düsseldorf-Dörfer Katholikentag mindestens ihre halbe Million verdient haben. —

### Die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes.

Die „Germania“ weiß wieder einige Musterleistungen bei der Handhabung des Vereinsgesetzes durch die preussische Polizei zu berichten:

„Die Polizeiverwaltung in Wanne i. B. wendet das neue Vereinsgesetz mit aller Strenge sogar gegen kirchliche Vereine an. Durch eine Verfügung vom 2. August d. J. wurde die dortige polnische Rosenkranz-Bruderschaft zum politischen Verein eingestuft, demzufolge sie dem § 3 des neuen Vereinsgesetzes unterliege und ihre Statuten der Polizeibehörde vorlegen sowie die Vorstandsmitglieder anmelden müsse. Diesen rigorosen Beispielen ist nunmehr die Polizeiverwaltung in Vöchem gefolgt, die sämtliche polnischen Vereine u. a. sogar den Antialkoholverein, als politische angesehen und unter § 3 gestellt hat.“

Wer die preussische Polizei kennt, konnte diese Entwidlung voraussehen.

### Kadavergehorsam!

Mit einem bemerkenswerten Falle beschäftigte sich jetzt das Oberkriegsgericht in Dresden, vor welchem der Grenadier Reubes vom 101. Grenadier-Regiment wegen Verharrens im Ungehorsam und Achtungsverletzung vor verammelter Mannschaft stand. Der Angeklagte befand sich in der Nacht zum 18. Juli auf Wache und sollte um 6 Uhr früh abtreten. Kurz vorher war er jedoch eingeschlossen und überhörte daher den Befehl des Wachthabenden Patronen zu fassen. Erst nachdem er von Kameraden durch Zurufe nach gemacht worden war, stand er auf und hörte gerade wie der Unteroffizier den Befehl zum drittenmal erteilt. Er ging zum Unteroffizier um die Patronen in Empfang zu nehmen, dies soll aber der Angeklagte in langsamer, lässiger und unwillkürlicher Weise getan haben. „Jurid. schneller kommen“ rief ihm der Unteroffizier zu. Er kam diesem Befehl so gut er konnte nach, aber dem „Herrn Unteroffizier“ gefiel der Gang noch nicht und er befahl dem Soldaten, im Aufschritt zu ihm zu kommen. Diesen Befehl konnte der Angeklagte nicht ausführen, weil ihm das linke Bein eingeschlossen war, ging aber so schnell wie es ihm möglich war zum Unteroffizier. Letzterer sah die ganze Sache als eine ungeheure Disziplinverletzung auf und erstattete Meldung. Vor dem Kriegsgericht machte der Angeklagte geltend, daß er den Aufschritt nicht machen konnte, weil ihm ein Bein eingeschlossen war.

Dieses verurteilte ihn unter teilweiser Freisprechung wegen des unangeführten Aufschrittes zu — 43 Tagen Gefängnis! Das Gericht hat in den ersten beiden Anlagepunkten angenommen, daß der Angeklagte in Schlaftrunkenheit gehandelt hat, aber den Einwand, daß die Weine eingeschlossen gewesen seien, nicht gelten lassen! Gegen das Urteil hat der Berichtsherr Berufung eingelegt. Ihm ist die Strafe zu niedrig. Auch der Angeklagte hat Berufung eingelegt. Er will freigesprochen werden, weil er beim besten Willen keinen Aufschritt hätte machen können. Das Oberkriegsgericht hat aber beide Berufungen verworfen. Es hat also erwiesen angenommen, daß dem Angeklagten ein Bein eingeschlossen war, doch hätte er trotzdem schneller laufen können!

### Die Zoll- und Steuerstraffälle im Rechnungsjahre 1907.

Nach der im dritten Vierteljahrshefte zur „Statistik des Deutschen Reiches“ veröffentlichten Statistik über die Zoll- und Steuerstraffälle sind im deutschen Zollgebiet während des Rechnungsjahres 1907 im ganzen 88 919 Straffälle gegen 27 848 im Vorjahre wegen Uebertretung der Zoll- und Steuergesetze sowie der Eins- und Durchfuhrverbote anhängig geworden und 83 880 Straffälle haben gegen 27 074 im Vorjahre ihre Erledigung gefunden. Wegen Hinterziehung oder Einschwarzung wurden im Rechnungsjahre 1907: 14 011 Personen zu Geldstrafe verurteilt, darunter 38 Personen zusätzlich mit Freiheitsstrafe, gegen 12 385 und 49 Personen im Vorjahre. Die bei den Hinterziehungen oder Einschwarzungen hinterzogenen einfachen Gefälle beliefen sich auf 90 106,30 M. gegen 98 056,62 M. im Vorjahre.

Wegen Ordnungswidrigkeit wurden 16 964 Personen bestraft, im Vorjahre 12 588 Personen; 2 Personen wurden zusätzlich mit Freiheitsstrafen belegt. Der Betrag der wegen Ordnungswidrigkeit festgesetzten Geldstrafen stellte sich auf 74 038 M. gegen 60 889 M. im Vorjahre.

Wegen Wunderschmuggels und Mitführen von Waffen behufs Widerstandes gegen die zur Wahrung des Zollinteresses verpflichteten Beamten wurden in 24 Fällen gegen 68 Personen verschärfte Strafen nebst zusätzlicher Freiheitsstrafe verhängt; im Vorjahre gegen 86 Personen in 21 Fällen. Beim Zusammenreffen zwischen Zollaufsichtsbeamten und Schmugglern sind wieder „Aufsichtsbeamte“ noch Schmuggler körperlich verlegt worden. —

### Oesterreich.

#### Verurteilte Anarchisten.

Wien, 5. September. (Wg. Ver.) Hier fand heute vor dem Schwurgericht eine Verhandlung gegen zwei Mitglieder der kürzlich aufgelösten anarchistischen Organisation „Oeska federaco usock odbaru“ wegen antimilitaristischer Propaganda statt. Die Angeklagten Nowak und Franek hatten im Dury-Dlegger Kohlengruben an den Assentierungen fotografische Flugzettel angeklebt, in denen sie die Assentierten aufforderten, dem Staate, dem Militarismus und dessen Organen den Gehorsam zu verweigern. Auf den Flugzetteln waren überdies antimilitaristische und antimilitaristische Karikaturen sichtbar. Die Angeklagten bekannten sich als „theoretische Anarchisten“ und wurden nach durchgeführter Verhandlung Nowak zu 14 Tagen und Franek zu vier Wochen Arrest verurteilt. — Wegen derselben Sache — es hatte sich auch ein Soldat an der Herstellung der Flugzettel beteiligt — war dieser, der Infanterist Trejbal, zu sieben Jahren Festung und drei Jahren Kerker verurteilt worden. Trejbal hatte die Flugzettel auch in die Kaserne eingeschmuggelt.

#### Schweiz.

##### Wassilleffs Schicksal.

Ueber Wassilleff, der auf Beschluß des Schweizer Bundesgerichts bekanntlich an Rußland abgeliefert wurde, wissen Schweizerische Blätter folgendes mitzuteilen:

Nachdem Wassilleff wieder dem Untersuchungsrichter in Pensa zur Verfügung stand, hat dieser angeordnet, daß das Verfahren da wieder aufgenommen werde, wo es seinerzeit stehen geblieben. Wassilleff war, bevor er nach der Schweiz kam, aus dem Gefängnis in eine Zerkennanstalt gebracht, um auf seinen Geisteszustand untersucht zu werden. Dasselbe sei auch jetzt wieder geschehen.

#### Frankreich.

##### Antimilitaristisches.

Paris, 6. September. Anlässlich der bevorstehenden Einstellung der Rekruten wird das antimilitaristische Blatt „Vox de Peuple“ eine Spezialnummer veröffentlichen, worin die Rekruten aufgefordert werden, keinen Gebrauch ihrer Waffen gegen ihre Landsleute im Falle von Unständen zu gebrauchen.

#### England.

##### Arbeitslosen-Demonstration.

Glasgow, 6. September. Nach einer Versammlung, in der heftige Reden gehalten worden waren, versuchten etwa zweitausend arbeitslose Sozialisten in die Kathedrale einzudringen, gerade als der Nachmittagsgottesdienst beginnen sollte. Die Polizei, die gewarnt worden war, war in großer Stärke zugegen und trieb die Menge mit ihren Knütteln zurück, wobei mehrere Ruhestörer ersichtlich verlegt wurden. —

#### Für den Frieden.

London, 7. September. Valfour erklärte in einem Interview über die deutsch-englischen Beziehungen, er sei überzeugt, daß es in England keinen Parlamentarier und keine Partei gäbe, welche Deutschland angreifen wolle, ebenso sehr er, ganz abgesehen von moralischen Gründen nicht ein, welche Interessen Deutschland bestimmen sollten, einen Angriff auf England zu unternehmen.

#### Rußland.

##### Das Verbot der Zolstoi-Feste.

Petersburg, 6. September. Der Erlaß des Heiligen Synods betreffend das Verbot der Zolstoi-Feste bildet das Hauptthema der gesamten russischen Presse. „Kowoje Wremja“ sagt: Die Ehrung gilt nicht der theologischen Tätigkeit Zolstois, sondern der Persönlichkeit des großen Mannes und seinen genialen künstlerischen Schöpfungen. Alle Russen, auch die eifrigsten Orthodoxen können mit ganzer Seele den Festtag der russischen Literatur feiern. — Der okobristische „Golos Prowdy“ schreibt, der Verzicht auf eine Feier Zolstois wäre ein nationaler Selbstmord. — „Nitsch“ meint: Der Synodalerlaß wird einen tiefämmernden Wiberhall bei allen finden, denen der Ruf und die Würde Rußlands teuer ist. — „Slatwo“ schreibt: Der Synod verlege das russische Nationalgefühl; eine Folge des Erlasses werden zahlreiche Austritte aus der Kirche sein. — „Ruh“ sagt eine neue Spaltung innerhalb der russischen Kirche voraus. — „Sowremennoje Slatwo“ schreibt: Der Synod sagte sich von der russischen Kirche los, er trennte sich damit vom Vaterlande. — Die extremen „Ruhstojenamja“ allein billigt den Erlaß und nennt Zolstois den Abgott der Anarchisten, der die Verachtung aller acht russischen Leute verdiene. —

##### Aus dem dunkelsten Rußland.

Es ist eines der bestbelegten Argumente der journalistischen Moxfächer der russischen Regierung, die Schilderungen der „russischen

Greenel“ seien übertrieben und in Wirklichkeit sei alles in schönster Ordnung. Als interessante Illustration zu dieser „Ordnung“ kann nachstehender offizieller Bericht des Chefs der Sanitätsabteilung der Jekaterinoslawer Gouvernementslandschaft, W. Spasch, dienen, in welchem die Ergebnisse einer gründlichen Revision des Lugansker Gefängnisses geschildert werden. Wir geben hier das wesentlichste aus diesem Bericht ohne welchen Kommentar wieder.

Das Lugansker Gefängnis, das im ganzen auf 184 Personen berechnet ist, besaß zur Zeit der Revision 394 Insassen. Gewöhnlich steigt aber diese Zahl auf 492. In den Einzelzellen, die nach ihrem Rauminhalt bloß für eine Person berechnet sind, sitzen je 2 bis 6 Personen. In mehr als der Hälfte aller Zellen werden die Fenster nicht geöffnet und die Räume absolut nicht gelüftet. Wenn in Betracht gezogen wird, daß in den meisten Zellen Schwerkranke daniederliegen, so kann man einen Begriff gewinnen, in welcher Atmosphäre die Gefangenen weilen müssen. Im Bericht heißt es hierüber wie folgt: „Die Luft ist in den meisten Zellen so drückend, stinkend und dumpf, daß man beim Eintritt höchstbald dem Erbrechen und einem Ohnmachtsanfall nahe ist. Die Aborte verpesteten die Luft im ganzen Gefängnis, trotzdem zur Zeit der Revision Spuren einer verstärkten Säuberung bemerkt werden konnten“. Die Leibwäsche der Gefangenen macht einen ekelregenden Eindruck: „Eine offizielle Persönlichkeit hatte festgestellt, daß die Leibwäsche von Weibsnachten bis Mai nicht gewechselt wurde“. Das Gefängnislazarett ist überfüllt, aber nicht alle Kranke liegen in Betten. Viele liegen auf dem nackten Fußboden oder auf nackten eisernen Bettrahmen. Zu gleicher Zeit wurden während der Revision 600 ungebrauchte Matratzen und eine große Anzahl von Wäsche und Sommerkleidung im Zeughaufe entdeckt. Die Ernährung der Gefangenen wird im Bericht als „völlig ungenügend“ bezeichnet. „In dem Moment, da die Revision stattfand, kostete das Gefängnis bereits den dritten Tag“. Die Organisation der medizinischen Hilfe klingt nach den Worten des Berichtes wie „bitterer Hohn“. Hierzu kommt noch die unmensliche Haltung der Administration. Die Gefängnisadministration — so lesen wir im Bericht — konnte bloß ein Ziel: die Disziplin im Gefängnisse, die angeblich geschwunden war, wieder aufzurichten. Von Kleinigkeiten angefangen trat überall nicht einfach raue Disziplin sondern Grausamkeit zutage. Die bittere Wahrheit klangen darum die Worte eines Gefangenen: „Wer bereits auf der sibirischen Katorma gewesen ist, sehnt sich jetzt dorthin“...

#### Auch ein Fortschritt.

Petersburg, 7. September. Auf Antrag Stolkpols beschloß der Ministerrat, wegen eingetretener Anhe des Kriegszustandes in Finnland aufzuheben und durch den Zustand des verstärkten Schutzes zu ersetzen.

#### Türkei.

##### Das jungtürkische Wahlprogramm.

Paris, 7. September. Das „Echo de Paris“ meldet aus Konstantinopel, das Wahlprogramm der jungtürkischen Partei enthalte u. a. folgende Punkte: Mit allen Mitteln soll die Durchführung der Verfassung begründet und die nationale Souveränität durchgesetzt werden. Ferner wird verlangt Einführung der Versammlungsfreiheit, Ausdehnung der Kompetenzgrenzen der Wilajets, Erteilung des Wahlrechtes an alle osmanischen Untertanen über 21 Jahre, ohne Unterschied ihrer sozialen Lage. —

##### Gemeinderatswahlen.

Konstantinopel, 6. September. Die Wahlen für den Gemeinderat der Vorstadt Pera fanden gestern statt. Gewählt wurden 7 Griechen, 3 Araber und 2 Armenier. Eine Anzahl Türken stimmten für die Griechen.

##### Beamtendemonstrationen.

Konstantinopel, 6. September. 200 Beamte des Unterrichtsministeriums demonstrieren gestern vor der Hohen Porte, weil der Unterrichtsminister von 400 Beamten 80 entlassen hatte. Der Großvezir versprach die Angelegenheit zu untersuchen. Diese Antwort befriedigte aber keineswegs und die Demonstrationen werden daher fortgesetzt. Morgen wird das gesamte Schulpersonal in den Streik treten.

##### Abberufung der Offiziere.

Konstantinopel, 6. September. Als erste unmittelbare Folge der Salzburger Entreeue zwischen dem österreichischen und italienischen Minister des Auswärtigen kann, wie der Konstantinopeler Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ von autoritativer Seite erzählt, die Abberufung aller österreichischen und italienischen Offiziere in Mazedonien gelten. Diese wird in die Form eines unbestimmten Urlaubs gelleidet. Ein italienischer Offizier ist bereits in dieser Form beurlaubt worden. Von den österreichischen Offizieren befinden sich noch 10 in Mazedonien.

##### Keine Pressefreiheit.

Konstantinopel, 7. September. Gegen drei politische Blätter sowie gegen ein Wochblatt wurde wegen ihres „aufreizenden“ Inhalts sowie wegen Verleumdung des Offizierkorps das gerichtliche Verfahren eingeleitet. —

#### Persien.

##### Die Kämpfe in Tâbris.

London, 7. September. Die ein hiefiges Blatt aus Tâbris meldet, wurde vorgestern eine auf Ersuchen der Antirohialisten durch Vermittelung des englischen Botschafters einberufene Versammlung von Führern der Antirohialisten und Abgeordneten ein ed Danlehs abgehalten. Beide Parteien schienen eine Verständigung herbeiführen zu wollen.

Ein späteres Telegramm aus Tâbris besagt, trotz der Versicherungen ein ed Danlehs, daß während der Verhandlungen die Feindseligkeiten eingestellt werden würden, hätten seine Anhänger nachts die große Stadtkaserne angezündet. Infolge dessen hätten die Antirohialisten das Geschloßfeuer wieder eröffnet, das bis zum Anbruch der Nacht fortgesetzt worden sei.

#### Marokko.

##### Die Verhandlungen.

Paris, 7. September. Die Forderung, welche in San Sebastian an dem von Frankreich entworfenes Text der französisch-spanischen Note vorgelegt wurde, bedingt nach dem „Matin“ eine neuerliche Verzögerung der Abfindung jener Note an die Mächte. Die französische Regierung ersuchte mehrere ihrer Botschafter und Gesandten, ihren Urlaub zu unterbrechen und im Hinblick auf die in allen Hauptstädten bevorstehenden wichtigen Verhandlungen über die Modalitäten der Anerkennung Mulay Hafids sich auf ihre Posten zu begeben. Der Abschluß des in der französischen Note vorgesehenen Nebereinkommens über eine entsprechende Versorgung des bisherigen Sultan Abdal Was dürfte, wie man hier annimmt, in nicht allzu langer Frist zustande kommen. Die Vertrauensmänner von Abdal Was, El Moti und Du Kili sollen heute in Tanger mit El Menebbi die Verhandlungen über jenen Punkt beginnen. —

# Aus der Partei.

## Württembergische Organisationen zur Frage der Budgetbewilligung.

Die Parteigenossen Tütlingsen sprachen sich mihbilligend über die Stellung der süddeutschen Landtagsabgeordneten zur Budgetfrage aus.

Die sozialdemokratischen Vereine Oberndorf, Hoch-Röffingen, Fluors und Weide berieten in einer Delegiertenversammlung gemeinsam über die Frage durch eingehende Diskussion. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute, den 6. September, in Hoch-Röffingen tagende Versammlung der sozialdemokratischen Vereine Oberndorf, Hoch-Röffingen, Fluors und Weide betrachten die Budgetbewilligung der süddeutschen Abgeordneten als eine bedenkliche, nicht zu billigende Abschwenkung von der bisher eingehaltenen, vom Lübecker sowohl als vom Dresdener Parteitag festgelegten Taktik. Die Versammlung mihbilligt das Verhalten der badischen Parteinstanzungen gegenüber dem Parteivorstande, da dieses nur dazu dienen kann, die für die Partei unerlässliche, unter den denkbar schwersten Kämpfen und Opfern erzielte Disziplin und Einigkeit zu lockern. Die Versammlung begrüßt mit Freude das entschlossene und einzig richtige Vorgehen der Stuttgarter Parteigenossen und vertritt die Ansicht, daß die Genossen auf dem Lande, die sich der Aufgabe unterworfen haben, unter Einsetzung ihrer Existenz die Organisationen aufrecht zu erhalten, das Recht haben, zu verlangen, daß die führenden Genossen die Parteitagbeschlüsse respektieren, da in diesen der Wille der Gesamtpartei festgelegt ist. Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag in diesem Sinne entscheiden wird. Die Versammlung bedauert den scharfen Ton, der von einzelnen Parteiblättern bei Behandlung dieser Frage ange schlagen wurde und setzt voraus, daß auch hier der Parteitag Remedur schaffen wird.“

## Die Mainzer „Volkszeitung“.

Wir nehmen noch nachträglich mit Befriedigung davon Notiz, daß unser Mainzer Parteiorgan Wert darauf legt, festgelegt zu sehen, daß es die Vorkühmung der „Mainzer Post“ eine „häßliche Wüste des Budgetstreits“ genannt hat. In der ursprünglichen Notiz war nicht ohne weiteres klar, was mit diesem Ausdruck bezeichnet werden sollte. Deshalb hatten wir irrtümlich angenommen, die Mainzer „Volkszeitung“ habe zu der Münchener Drohung nichts gesagt.

## „Mandatskauf“.

Unter diesem Titel schreibt die „Brandenburger Stg.“ Unter anderem:

„Nach dem Organisationsstatut haben eben nur Wahlkreise das Recht, Delegierte zum Parteitag zu entsenden. Und wenn nun auch dem Buchstaben nach jeder Kreis bis zu drei Delegierten entsenden kann, so entspricht es doch jedenfalls dem Geiste des Statuts, daß kein Kreis mehr Vertreter entsendet, als er auf eigene Kosten schicken kann.“

Wie sieht es nun damit in verschiedenen Kreisen der Provinz Brandenburg aus? Laut Statutenbericht der Wahlkreisvereine an die Provinzialkonferenz hatte am 30. Juni 1908 die Parteioffiziation des Kreises Ostprignitz einen Kassenbestand von drei Mark. Zum Parteitag gewählt wurden in diesem Kreise drei Delegierte; kommt also auf jeden, wenn es mit rechten Dingen zugeht, eine Mark! Daß die Genossen damit nicht bis nach Rürnberg kommen, leuchtet wohl ein. Es ist aber auch auf Parteitagssammellisten aus diesem Kreise nichts eingeschrieben.

Ein anderes Beispiel: Der Kreiswahlverein Oberbarnim hat einen Kassenbestand von 186,08 M. Auch er entsendet drei Delegierte, wozu die eigenen Mittel des Kreises zweifellos ebenfalls nicht ausreichen. — Landsberg. Soldat hat 74,15 M. Kassenbestand, wählte aber drei Delegierte.

So geht es durch alle schwachorganisierten Kreise der Provinz Brandenburg fort. Nur die selbständigen, von Berlin unabhängigen Kreise haben sich mit einem Vertreter begnügt. Nach allem, was wir hierzu bereits geäußert haben, sehen wir keine Veranlassung, noch einmal darauf einzugehen. Wir wollten lediglich auch diese Bemerkungen unseren Lesern unterbreiten und begnügen uns, nochmal kurz darauf hinzuweisen, daß unseres Wissens die gewählten Delegierten durch ihre Agitationsfähigkeit, Reichstagslandparaturen u. dergl. mit dem Kreise, der sie entsendet, in besonders intimer Beziehung stehen, und daß die Kostenfrage auch früher schon oft auf die gleiche Art geregelt worden ist; endlich, daß es in Süddeutschland von jeher genau so gemacht worden ist und heute noch gemacht wird. Die Revisionisten schlagen jetzt Wärm über etwas, das sie selbst lange Jahre ohne Gewissensbisse getan haben. Wenn wir es jetzt auch tun, soll es auf einmal Unrecht sein.

## Die Breslauer „Volksmacht“

Dolemisiert weiter gegen und bemerkt dabei u. a.: „Dann aber schreibt der „Vormärts“ gegen uns: Wir hätten es unterlassen, unseren Lesern endlich den zahlenmäßigen Nachweis zu unterbreiten, daß selbst, wenn jeder Wahlkreis der Provinz Brandenburg drei Delegierte entsendet, die süddeutschen Genossen dennoch viel härter auf dem Parteitage vertreten sind, als ihrer Zahl entspricht.“ Dieser Nachweis ist aber nicht das Ausschlaggebende, denn wir wenden uns nicht dagegen, daß die Kreise mehr Delegierte als sonst entsenden, sondern dagegen, daß sie sie veranlaßt von dritter Seite, mit gebundenem Mandat und nur zu dem Zwecke entsenden, damit sie in Rürnberg nicht die Argumente, sondern die „Richtung“ bekämpfen. Das heißt und halten wir für verderblich und unzulässig. Und je mehr die Berliner ihre Argumente gegen die Süddeutschen für die richtigen und schwerwiegenden hielten, um so mehr konnten sie sich auf die Duldung und Unterstützung derselben verlassen und auf die „große Zahl“ verzichten.“

Was hierauf zur Sache selbst zu erwidern, haben wir bereits in anderem Zusammenhang gesagt. An dieser Stelle muß aber noch folgendes bemerkt werden: die Redaktion der Breslauer „Volksmacht“ hat selbstverständlich das Recht, als ausschlaggebend das anzusehen, was ihr so erscheint. Aber sie ist auf alle Fälle verpflichtet, den zahlenmäßigen Nachweis, den wir für ausschlaggebend halten, ihren Lesern zu übermitteln, damit diese sich ein eigenes Urteil bilden können. Ebenso wie wir u. a. die Argumente der Breslauer „Volksmacht“ und an anderer Stelle die von der „Brandenburger Zeitung“ hervorgehobenen Tatsachen unseren Lesern übermitteln. Die Leser des „Vormärts“ sind infolgedessen allseitig unterrichtet, auch über die Argumente, die wir für falsch oder unwesentlich halten; die Leser der Breslauer „Volksmacht“ dagegen kennen die zahlenmäßigen Angaben über die Delegationen immer noch nicht!

## In einer Parteiversammlung zu Leipzig

machte Genosse Dr. Bensch, der leitende Redakteur der „Leipz. Volksztg.“ interessante Ausführungen zum Budgetstreit, wozu wir das nachfolgende wiedergeben:

„Es berührt immer eigentümlich, wenn man bei Debatten, wo es sich um so wichtige Parteifragen handelt, wie die Frage der Budgetbewilligung ist, die schon zwei Parteitage beschäftigte, nichts Besseres zu tun weiß, als den Ton auf den Ton zu legen, und über zu große Grobheit zu klagen. Wer wichtige Dinge zu vertreten hat, der hat auch das Recht, grob zu werden, wenn er sieht, wie diese Dinge leichtfertig gefälscht werden. . . . Dann aber möchte man wirklich Quark statt Blut in den Adern haben, wenn man ruhig mit ansehen sollte, wie die Partei systematisch und planmäßig brüßert und verhöhnt wird. Zuerst die Stuttgarter Geheimkonferenz, dann die Regierung des badischen Landesvorstandes, dem „preussischen“, „berliner“ Parteivorstand auf eine im Parteinteresse gestellte Frage Antwort zu geben, und nun erst der unqualifizierbare Vorstoh der „Mainzer Post“, die strapaziös auf die Sprengung der Parteihinarbeit. . . . Wenn man das nicht mit gefutterter Samthandschuh zupackt, so ist das völlig degreiflich. . . . Sowie man von einer Frage, und sei sie noch so grundlegend wichtig, behauptet, sie sei eine Frage der

Taktik, glaubt man mit ihr machen zu können, was man will. So liegen die Dinge nun aber doch nicht! Was eine prinzipielle und was eine taktische Frage ist, entscheidet nicht den Regeln der Logik der Partei. Und da ist es gar keine Frage, daß die Budgetbewilligung eine prinzipielle Frage ist. Die Lübecker Resolution sagt ausdrücklich, die Ablehnung des Gesamtbudgets ergebe sich aus dem Parteiprogramm und den Grundfragen des proletarischen Kampfes. Hierüber ist also keine ernsthafte Diskussion mehr möglich.“

Die Erklärung, mit der die badischen Genossen ihre Entbehrung begründeten, begann mit einer Leporelloliste von Fäßen, um derentwillen sie eigentlich den Etat ablehnen wollten und sollten. Der schmachvollste Fall war wohl der Fall Schäufele, der so schlimm lag, daß selbst der Genosse Kolb, wie gesagt, selbst der Genosse Kolb noch vor einem Jahre in seinem „Kolbfreund“ schreiben konnte: Es sei kein Wort zu verlieren darüber, daß ein demart arbeiterfeindliches Ministerium der Etat nicht bewilligt werde. Das war, wie gesagt, vor einem Jahre. Inzwischen ist nichts passiert, was den Genossen Kolb zu einer veränderten Auffassung hätte bestimmen können. Denn inzwischen hat sich ja nur die „ganz harmlose“, „völlig unverändliche“ Geheimkonferenz von Stuttgart abgepflegt, auf der, wie Genosse Ulrich behauptete, nur Druckfäden ausgelassen worden sind. (Große Heiterkeit.)

Es ist richtig, daß die bayerischen Genossen mancherlei erreicht haben: die sogenannte politische Gleichberechtigung der Arbeiter ist im Falle Kolbhauber ausnahmsweise mal nicht mit Frühen getreten, die Arbeiterlöhne sind erhöht und die Gehaltsstolen der kleinen Beamten verbessert worden. Aber weshalb hat das die bayerische Regierung getan? Etwas, um der Sozialdemokratie einen Gefallen zu tun? Sie hat es getan, weil sie die organisierten Massen fürchtet, die hinter den bayerischen Landtagsabgeordneten stehen. Für diese Verbesserungen ist die bayerische Arbeiterklasse der bayerischen Regierung keinen Dank schuldig, denn was sie erreicht hat, das hat sie sich erkämpft, das hat sie den herrschenden Massen abgetrotzt, und es wäre würdiger gewesen und hätte den Folgen Traditionen der Sozialdemokratie mehr entsprochen, wenn die Fraktion zur Regierung gesagt hätte: was wir erreicht haben, haben wir uns selber zu danken, zwischen uns aber bleibt beim alten. (Weisfall.) Aber wenn dem auch nicht so wäre, wenn die bayerische Regierung wirklich aus gutem Herzen gehandelt und die sogenannte politische Gleichberechtigung anerkannt hätte: seit wann haben wir uns denn zu dieser Hundedemut durchgemauert (Rechtliches Sehr gut!), daß wir den Herrschenden sofort den Kopf küssen und vor Dank überquellen, wenn sie einmal ausnahmsweise uns gegenüber nicht die Gesetze brechen, nicht die Verfassung verletzen, nicht uns als Bürger zweiter Klasse behandeln? Die bayerische Regierung hat nur ihre Pflicht getan, spezieller Dank gebührt ihr dafür nicht.

Auch mit den sattem bekannnten „Kulturaufgaben“ der Landtage hat man die Budgetbewilligung verteidigen wollen. Wollig mit Unrecht! Was sind das für „Kulturaufgaben“. Die Schule! Die heutige Schule! Die Kirche! Das Geizgnis! Die Ausgaben für die Massenjustiz! Wir haben gar keine Veranlassung, diesen Vollwerken des Klassenstaates unsere Billigung zu geben. Und durch welche Mittel werden die Kosten für die „Kulturaufgaben“ aufgebracht? Zum größten Teil durch indirekte Steuern! Wo die aber herkommen, brauche ich vor organisierten Arbeitern nicht erst auseinanderzusetzen. Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, selbst wenn diese Kosten durch direkte Steuern gedeckt würden, so müßten wir auch in diesem Falle den Etat ablehnen; denn solange wir unter kapitalistischen Verhältnissen leben, ist es immer und immer wieder die Arbeiterklasse, die die Gelber aufbringen muß. Eine Zustimmung zum Etat bedeutet demgemäß nicht nur eine Anerkennung des kapitalistischen Produktionsweise, in der der Arbeiter das Restier ist, dem alles aufgedeckt wird. Sie sehen: wer den Etat bewilligt, der marschiert, ob er will und es weiß oder nicht, aus dem Erfurter Programm heraus und stellt sich mit beiden Beinen in den Klassenstaat. . . .

Die Erklärung, mit der unsere bayerischen Genossen den Etat bewilligten, war ein Dalkesja auf das soziale Gewissen und die Arbeiterfreundlichkeit der bayerischen Regierung. Wer aber ist die bayerische Regierung? Wie in anderen Klassenstaaten die Regierung allgemein der Ausfüh der herrschenden Klassen, so ist in Bayern die Regierung der Ausschü der Zentrumspar tei (Stürmisches Sehr wahr!), der unsere bayerischen Genossen zur absoluten Majorität in der Münchener Landstube verholfen haben. Die Zentrumspreste ist denn auch nicht faul gewesen und hat die Erklärung unserer Genossen, in der von den „Anfängen zu einer besseren Entwicklung“ in Bayern die Rede ist, sich als Feder an den Hut gesteckt und gesagt: Das sind ja ebenwiele Lobsprüche auf uns! (Sehr gut!) Man hat also die Geschäfte des Zentrums beforzt, während man die Geschäfte der Partei beforzen sollte. Man glaubte, ganz besonders schlau zu sein, und ist im ganz besonderen Maße das Gegenteil gewesen. (Sehr richtig!) Jetzt kann das Zentrum landauf, landab in Bayern mit dieser Erklärung hausieren gehen und den Wählern sagen: Seht, selbst die Sozialdemokraten haben unsere sozialpolitische Tätigkeit anerkannt, wählt also lieber uns.“

Der Wunsch, die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, wird schwerlich in Erfüllung gehen. Der Antrag stammt aus Bayern, und er liegt aus dem bayerischen Bedürfnis, die sozialdemokratische Politik den Interessen der bayerischen Bauern anzupassen. Darüber hat sich schon Vollmar auf dem Frankfurter Kongreß 1894 mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Aber der Bayer Luer — hören Sie! der Bayer Luer! — trat ihm entgegen und führte aus: Wir werden die bayerischen Bauern nicht bekommen; unsere Pflicht ist es, daß wir uns der ländlichen Arbeiter, des Bedingten annehmen. Sobald wir aber das tun, ist der Bauer unser Gegner. . . .

Eine Resolution, die die Budgetbewilligung nicht nur als einen groben Verstoß gegen den Sinn der Lübecker Resolution, sondern auch als einen Ausfluß kleinbürgerlicher Politik erklärt, wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

# Aus Industrie und Handel.

## Die Geschäftslage im Textilgewerbe.

Aus dem Glanhou-Diezeraner Bezirk, vom Niederrhein sowie aus Thüringen wird über eine allmähliche Belebung der Nachfrage berichtet. Auf den Beschäftigungsgrad blieb diese Belebung der Kaufkraft aber bis jetzt noch ganz ohne Einfluß. Zum Teil ist in den vergangenen Monaten so sehr auf Vorrat gearbeitet worden, daß es schon einer sehr starken Anregung bedarf, um den Beschäftigungsgrad zu erhöhen zu lassen. Eine Besserung für den Arbeitsmarkt dürfte von der Herbstbelebung vorderhand überhaupt nicht mehr zu erwarten sein, da bei zunehmender Arbeitslosigkeit erst einmal die bestehenden Betriebseinschränkungen aufgehoben werden würden. Die ungünstig der Beschäftigungsgrad im Textilgewerbe sich im Laufe des Sommers verändert hat, geht aus dem Anhang am Arbeitsmarkts deutsch hervor. Im Textilgewerbe, wo selbst in Zeiten normalen Geschäftsganges Arbeitskäfte knapp sind, kamen im Juli an den öffentlichen Arbeitsnachweisen auf je 100 offene Stellen 133,91 Arbeituchende gegen 92,89 im Juli 1907 und 90,57 im Juli 1908. Während also in beiden Vorjahren die Nachfrage nicht gedeckt werden konnte, besteht im laufenden Jahre ein übermäßiger Andrang! Im Januar, auch in einer stillen Geschäftszeit, hatte der Anhang nur 121,11 pro Dundert betragen. Auch die Rohstoffversorgung zeigt bisher noch immer eine recht ungünstige Entwicklung, wenn man sie unter dem Gesichtspunkte betrachtet, daß eine stärkere Versorgung auf einen lebhaften Beschäftigungsgrad hinweist. Für sämtliche Zweige des Textilgewerbes betrug die Roh-

stoffversorgung, soweit sie vom Auslande gedeckt wird, in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 5 339 724 Doppelzentner gegen 6 105 060 in der gleichen Zeit 1907. Alle wichtigeren Zweige des Textilgewerbes haben ihre Rohstoffbezüge eingeschränkt; nur Hanf, Heide, Kamie wurde etwas mehr eingeführt als im Vorjahre. Bezeichnend für die Ungunst der Marktlage, die noch bis vor kurzem bestand, ist die scharfe Senkung, die das Preisniveau der Rohstoffe im laufenden Jahre erfahren hat. Noch mehr spricht aber die Bewegung der Garnpreise für die Verschlechterung der Lage. Ende August war die Spannung gegenüber dem Vorjahre noch ganz bedeutend: in Mülhausen i. E. kostete z. B. Garn aus rein amerikanischer Baumwolle Ia Qualität Ende August 1907 noch 2,64 bis 2,72 Mark pro Kilo, während die gleiche Sorte jetzt nur noch 1,98 bis 2,00 Mark kostet. Auch in Krefeld, Augsburg, Stuttgart ist die Preisbewegung ähnlich. Bei diesen Preisen setzt auch das Ausland, speziell England, Garn nicht mehr in dem bisherigen Umfang in Deutschland ab. Sowohl die Einfuhr von Baumwolle als von Wollgarn ist im laufenden Jahre bedeutend zurückgegangen; von Baumwollgarn wurden nur 176 817 Doppelzentner eingeführt gegen 202 684 im Vorjahre; Wollgarn wurde ebenfalls nur in einer Menge von 119 837 Doppelzentnern importiert gegen 150 762 im vorigen Jahre. Auch die Ausfuhr von Garnen ist geringer als im Vorjahre, da es an Absatz mangelte. Die zunehmende Verschlechterung des Geschäftsganges im laufenden Jahre fällt die Unternehmungslust in engen Grenzen. In den Monaten Januar bis August wurden in neuen Gesellschaften oder in schon bestehenden Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. nur 26,75 Millionen Mark neu investiert gegen 49,16 Millionen in der entsprechenden Zeit 1907. Der Kapitalbedarf sank also fast um die Hälfte des vorjährigen Betrages.

Neugründungen. Nach den Zusammenstellungen des „Int. Volkswirt“ wurden im August 1908 errichtet acht neue Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 5 000 000 M. gegen 16 Gesellschaften mit 10,702 Millionen Mark Nominalkapital und 19 Gesellschaften mit 14,489 Millionen Mark bezw. 15 Gesellschaften mit 82,43 Millionen Mark in den Parallelmonaten der beiden Vorjahre. Das Gesamtgründungsergebnis der abgelaufenen acht Monate beläuft sich auf 93 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 116 296 200 M. gegen 150 Gesellschaften bezw. 214,524 Millionen Mark gegen die gleiche Periode des Vorjahres und gegen 213, 231, 204, 125, 92, 89, 168, 216 und 364 Aktiengesellschaften mit 249,97 bezw. 473, 394, 394, 329, 115, 172, 340 und 544 Millionen Mark in den vollen Jahren 1907 bis 1899.

Stinnes allerwege. Herr Stinnes, der vielfache Bergwerksbesitzer, Schiffseigner, Hauptanteilseigner beim Essener Elektrizitätswerk, Aufsichtsrat diverser Gesellschaften, hat in letzter Zeit weniger von sich hören lassen. Daß er aber noch an der Arbeit ist, bezeugt eine Nachricht aus Hamburg, nach der er die dortige bedeutende Kohlenfirma A. B. Westfal u. Co., die in Harburg auch eine Zementfabrik besitzt, angekauft hat.

Die Streikbewegung in Deutschland wird von Monat zu Monat matter. Sie ist im Monat August abermals zurückgegangen. Die Ungunst der Lage des Arbeitsmarktes erschwert es den Arbeitern immer mehr, durch Arbeitsniederlegung eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erreichen oder eine Verschlechterung abzuwehren. Nach den vorläufigen Zusammenstellungen der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ wurden im August dieses Jahres nur 29 Streiks neu begonnen gegen 36 im Juli, 57 im August 1907, 67 im August 1906 und 58 im August 1905. Soweit man also in den Jahren zurückgeht, findet man nicht wieder eine so geringe Streikneigung im August wie 1908. Auch der Abgang gegenüber Juli ist bezeichnend; im vorigen Jahre war die Streikbewegung von Juli auf August gewachsen. Einen nennenswerten Umfang erreichte die Streikbewegung überhaupt nur im Vaugewerbe. Sie war hier sogar etwas lebhafter als im Vorjahre. Es handelt sich um Bauarbeiter aller Art; den Anlaß der Streiks bildeten in der Mehrzahl der Fälle Lohn-differenzen, einmal nur Tarifstreiks. Nächst dem Vaugewerbe ist das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe zu nennen mit zahlreichem Streiks; allerdings sind es hier beträchtlich weniger als im Vaugewerbe. Zum größten Teil waren es auch nur kleinere Streiks, die neu begonnen wurden; einmal streikten 50, dann wieder 32 Tabakarbeiter, ein dritter Tabakarbeiterstreik wurde von 46 Arbeitern begonnen. Die Ursache waren meistens Lohn-differenzen. Sehr viel geringer als im vorigen Jahre war die Streikbewegung in der Metallindustrie. Damals wurden im August nach der vorläufigen Zusammenstellung 19, in diesem Jahre nur vier Streiks neu begonnen. Daneben erreichte der Kleiderstreik in Stettin, der allerdings schon im Juli begann, wegen der angebotenen Generalausperrung allgemeine Aufmerksamkeit. Zu nennen sind dann noch die Industrie der Steine und Erden, das Leder- und das Holzgewerbe, wo überhaupt gestreikt wurde; von Streiks in anderen Berufsgruppen verlautete im August nichts.

Betriebseinschränkungen. Infolge der schlechten Absatzverhältnisse sind, wie „Der Detailist, Düsseldorf“ meldet, bei der großen Seidenfabrik Schroder u. Co. in Wörs für die nächsten Wochen nur fünf Arbeitstage vorgesehen. Auch andere Fabriken in Wörs und Umgebung haben sowohl Arbeiterzahl als auch Arbeitszeit sehr eingeschränkt. Wegen schlechten Geschäftsganges in der Samtindustrie wurde zahlreichen Samtarbeitern in Sächeln gekündigt. — Es sind Verhandlungen im Gange, um eine einheitliche Betriebseinschränkung in der elsässischen Baumwollindustrie herbeizuführen. Wie die „Corr. Textilind.“ hört, sollen bei den Beteiligten Anfragen bezüglich einheitlicher Betriebseinschränkung sowohl in der Spinnerei als auch in der Weberei stattfinden.

Amerikanisches Wendenwerk. Unablässig bemüht man sich in Vörsentreisen, mit Hinweis auf die Hausbewegung in amerikanischen Eisenbahnwerten an einen neuen großen unmittelbaren wirtschaftlichen Aufschwung glauben zu machen. Ein New Yorker Mitarbeiter des „Internationalen Volkswirt“ weist nun darauf hin, daß es sich bei der Kursbewegung um eine zielbewusste Wache handelt. Er schreibt u. a.:

„Auch die jetzige Hausse in der Wallstreet ist nichts weiter als eine Wache des Bahnkönigs (Karrimann), welcher durch diese das Publikum zum Kaufen reizen will. Denn bald muß die in Aussicht stehende gute Ernte, oder politische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Kurse in das Treiben geführt werden. Da aber trotzdem bisher keine merkliche Verstärkung der Werte stattgefunden hat, so ist eben lediglich eine ebenso geistliche wie starke Hand imstande, die trotzdem fortbestehende Hausse zu halten. Es scheint die Absicht vorzuliegen, die Hausse solange zu halten, bis das Publikum zurückgelehrt ist, in der Hoffnung, dann auf dieses abladen und dann den Markt ruhig sich selbst überlassen zu können bis zum nächsten Zusammenbrüche.“

Die Statistik zeigt deutlich, daß Amerika zur Hebertinduna einer wirtschaftlichen Krisis durchschnittlich drei Jahre bedarf, ehe es wiederum in eine Hochkonjunktur eintritt. Demzufolge wäre also eine solche nicht vor 1910 zu erwarten.“

# Soziales.

## Der Streik um die Aushändigung der Papiere.

Auch der Prinzipal dem Vater eines minderjährigen Angefallenen die Papiere aushändigen? Diese Rechtsfrage unterlag gestern der Entscheidung der ersten Kammer des Kassationsgerichtshofs. Der Sachverhalt lag hier folgendermaßen: Die 17jährige Alagerin M. war bei der beklagten Firma, der Jung-requisitenfabrik „Thanatona“, tätig gewesen. Nach Ablauf einer Probezeit sagte ihr die Prinzipalin Frau A., sie könne sie nur für ein niedrigeres Gehalt gebrauchen, worauf sich die Alagerin mit den Worten enifernte, sie werde mit ihrem Vater sprechen

und am nächsten Tage Bescheid sagen. Tags darauf kam statt ihrer der Vater ins Geschäft und verlangte, sich als der Vater der Klägerin vorzustellen, Herausgabe von 7 M. Restgehalt und der aus Invaliditätskarte, Krankenlastenbuch und 3 Zeugnissen bestehenden Papiere. Obgleich der Vater eine Kaufmanns- als Legitimation vorwies, verweigerte Frau R. die Herausgabe der geforderten Papiere. Erst einem Schlichter, der auf Veranlassung des Herrn N. beim Polizeirevier in dieser Sache zu intervenieren sich bemühte, händigte sie gegen Quittung die Invaliditätskarte aus und erklärte sich auch bereit, das Geld und die übrigen Papiere zu geben, wenn der Revierleutnant für eventuell daraus entstehende Schäden die Garantie übernehme. Dies lehnte aber der Leutnant ab, und nun verwies man Vater und Tochter an das Kaufmannsgericht. In der Verhandlung gab die beklagte Chefine die Gründe ihrer auf den ersten Blick schilfand anmutenden Verhältnisse an. Sie hatte vor längerer Zeit auch einen sich ihr als Bruder eines erkrankten Angestellten vorstellenden jungen Menschen die Papiere ausgehändigt. Hernach stellte es sich heraus, daß es ein Schwindler war, und sie wurde in dieser Sache vom Kaufmannsgericht zum Schadenersatz in Höhe von 250 M. verurteilt. Da konnte man es ihr nicht übelnehmen, wenn sie vorichtig geworden sei.

Das Kaufmannsgericht wies die Klägerin mit der Forderung von 24 M. Schadenersatz ab. Die Tochter hätte sich Restgehalt und Papiere selber holen müssen, denn, wenn sie auch minderjährig ist, so kann sie in bezug auf ihr Dienstverhältnis ganz selbständig handeln. War sie aber dringend verhindert, so hatte sie den Vater mit einer beglaubigten Vollmacht ausrüsten müssen. Die Beklagte hatte ein Recht darauf, daß sie verlangen und man kann ihr Befehlen auf diesem Recht angefaßt ihrer früheren Erfahrungen ihr nicht einmal verübeln.

**Kontrolle der Quittungskarten durch Versicherungsanstalten.** Wie notwendig eine Kontrolle der Quittungskarten bei den Arbeitgebern ist, zeigt wieder recht deutlich der Jahresbericht der Landesversicherungsanstalt Oesterreich-Raissa für 1907. Diese hat im Berichtsjahre 79 797 Arbeitsstellen mit 813 033 Versicherten revidiert. Dabei wurden 14 644 Anstände gegen 11 710 im Jahre 1906, ermittelt. Der Geldwert der festgestellten Mängelstände beläuft sich auf 101 458,86 M., gegen 75 507,51 M. 1906. Dazu wird in dem Kontrollbericht noch besonders betont, daß diese Summe der festgestellten Mängelstände nur denjenigen Betrag darstellt, welcher unmittelbar infolge des Eingreifens der Kontrollbeamten nachträglich bemerkt ist. Diejenigen Beträge, welche infolge der Ankündigung von der bevorstehenden Revision von den Arbeitgebern noch freiwillig nachgebracht wurden — und diese sind wohl nicht gering! — sind naturgemäß in obiger Summe nicht enthalten. Die Revision hatte zur Folge, daß 1400 Strafverfügungen und 1965 Warnungen erlassen werden mußten. Die Höhe der Strafen war freilich sehr gering — man ist ja gewöhnt, daß man mit den Arbeitgebern viel glimpflicher umgeht, als mit Arbeitern! — im Durchschnitt kam auf eine Strafe nur 4,15 M. (Insgesamt 5853 M.) Durch die Revisionen wurden 8038 Personen neu zur Versicherung herangezogen.

Es ergibt sich aus all diesem, daß den Arbeitern nicht dringend genug geraten werden kann, sich zu überzeugen, daß für sie Invaliditätsmarken — und diese wieder in der richtigen Höhe — vom Arbeitgeber gefordert werden. Denn es gibt ja genug gewissenlose Arbeitgeber, die wohl den Arbeitern die Beiträge abziehen, aber „vergessen“, die Marken dafür überhaupt, oder aber in der richtigen Klasse zu stellen.

#### Polizeilicher Schutz des Publikums in Warenhäusern.

Bei einer feuerpolizeilichen Besichtigung des Warenhauses „Grand Bazar“ zu Frankfurt a. M. wurde festgestellt, daß weder der alte Bau, noch der Neubau eine unmittelbar an das städtische Kabelnetz angegeschlossene Feuermeldeanlage hatte. Die Polizei verlangte durch Verfügung die Errichtung einer solchen im Interesse der vielen Angestellten des Warenhauses und der großen Menge des dort verkehrenden Publikums. Wodurch würde die Einrichtung von Amtswegen geschaffen werden, mozu ein Kostenvorschuß von 8000 M. zu zahlen wäre. Die Einziehung des Kostenvorschusses wurde verweigert. Die Gesellschaft „Grand Bazar“ erhob Beschwerde beim Regierungspräsidenten. Sie machte geltend, daß es sich um einen Eingriff in ihr Privatrecht, namentlich in ihr Eigentumsrecht handle. Im Konsens sei von einer solchen Meldeanlage, die an das städtische Netz angeschlossen sein sollte, nichts gesagt. Im übrigen aber sei schon bei Erteilung des Baubescheides Rücksicht genommen worden auf die Feuergefahr. Die Aufträge der Polizei seien mit Rücksicht auf den Warenhauscharakter besonders dringende gewesen. Sie seien trotzdem befolgt worden, in der Erwartung, daß weitere Auflagen nicht erfolgen würden. Zum Schutze des Publikums sei genügend geschehen. Es seien mehrere feuerfester abgeschlossene, breite und starke Treppen mit direktem Ausgang nach der Straße vorhanden. In jedem Stockwerk befinden sich mehrere Hydranten und sonstige Vorrichtungen. In allen Stockwerken seien Feueralarmvorrichtungen, welche in jedem Stockwerk von mehreren Stellen aus bedient werden könnten. Und Telefone, mit welchen die Feuerwehr nötigenfalls gerufen werden könne, seien in jedem Stockwerk. Auch hielten in der Zeit starken Verkehrs vor Weihnachten feuerwehrende Wache, wofür die Gesellschaft allein 1200 M. zahle.

Die Baupolizei in ihrer Antwort und die Branddirektion in einem Gutachten erklärten diese Einrichtung zwar für nützlich, aber nicht für ausreichend. Die geforderte, mit den letzten Errungenschaften der Feuermeldetechnik ausgerüstete Feuermeldeanlage habe den großen Vorzug, daß dadurch das Warenhaus direkt mit der Zentral-Feuerwache verbunden werde. Durch einfache Auslösung eines Melders in irgend einem Geschoh, der selbst von einem Kind bedient werden könne, werde die Feuerwehr automatisch alarmiert. Sie wisse gleich, wo es brenne, und könne sofort an die Brandstelle abrücken, und zwar in einer dem Objekt entsprechenden Stärke. Das erste Erfordernis bei Brandgefahr sei möglichst schnelles Eingreifen der Feuerwehr. Eine Verzögerung auch nur von Sekunden könne die schlimmsten Folgen haben.

Der Regierungspräsident verworf darauf die Beschwerde, ebenso der Oberpräsident, und das Oberverwaltungsgericht wies die nunmehr von der Gesellschaft angebrachte Klage ebenfalls ab. Aus den Urteilsgründen ist hervorzuheben: Nach § 10 II 17 Allgemeinen Landrechts sei es Aufgabe der Polizei, das Publikum oder einzelne Mitglieder desselben vor Gefahren für Leib und Leben zu schützen. Der Schutz richte sich nach den jeweiligen tatsächlichen Verhältnissen und nach den immer fortschreitenden Erfahrungen. Namentlich auf dem Gebiete der Feuerversicherung der großen Warenhäuser würden fast täglich neue Erfahrungen gewonnen. Auch lasse sich nicht alles bei Prüfung des Bauprojektes eines großen Warenhauses voraussagen. Es sei eine tägliche Erscheinung, daß an konsentierte und der Bauverlaubnis genau entsprechende Warenhäuser neue Anforderungen gestellt werden. Dem Eigentümer aber liege die gesetzliche Pflicht ob, sein Gebäude in einem den jeweiligen Erfahrungen entsprechenden Zustand zu erhalten. Die Aufgabe der Polizei, die zweifellos eine bedeutende Vergrößerung des Schutzes des Publikums darstellt, und auf objektiven Ermäßigungen beruht, sei daher gerechtfertigt. Die Anlage sei nicht etwa ein Teil der öffentlichen Anlage, sondern diene allein den Zwecken des Kaufhauses, wenn sie auch an jene anschließen. Auch gehe die Anlage in das Eigentum der Gesellschaft über nach Zahlung der vorgeschriebenen Kosten. Allerdings unbeschadet des Kontrollrechts der Polizei, wie es sich aus dem öffentlichen Recht ohne weiteres ergebe.

## Gewerkschaftliches.

### Die Tarifstreik des Unternehmertums.

Nach der bekannten Dichtstift: „Haltet den Dieb!“ entrüsteten sich die Scharfmacher mit Vorliebe über die Kontrakt-

brüchigkeit der Arbeiterschaft, die es zweifellos, ja unmöglich mache, Tarifverträge überhaupt erst abzuschließen. Wir wollen nicht leugnen, daß gelegentlich einmal schlechtberatene Arbeiter als einzelne glauben, sich der Tarifverbindlichkeiten ihrer Organisationen entziehen zu dürfen; aber noch stets sind sie von ihren Organisationen energisch zurückgewiesen worden; dafür, daß die Gewerkschaften als solche kontraktbrüchig geworden wären, sind uns die Scharfmacher trotz allem Geheiß der Beweis noch immer schuldig geblieben.

Wohl aber können wir mit Beispielen dienen, welche die Tarifuntreue ganzer Unternehmerorganisationen klar beweisen. So weiteten sich kürzlich in Breslau zwei dem betreffenden Arbeitgeberbunde angeschlossene Malermeister, den im Jahre 1907 abgeschlossenen Tarif noch länger innezuhalten. Die Gehilfenorganisation wandte sich darauf an die Schlichtungskommission; der Vorsitzende der Arbeitgeberorganisation, der Malermeister Ludewig, stand auch nicht an, zu erklären, daß der Tarif von den Meistern ebenso ehrlich gehalten werden müsse wie von den Gehilfen. Doch da hatte er in ein Hornissest gestoßen. In ihrer Wut setzten die Mitglieder der Arbeitgeberorganisation den ganzen Vorstand samt dem Obermeister ab und wählten sich einen gefügigeren Vorstand, der sein Amt nicht würdiger einzuleiten wußte, als daß er den alten Vorstand beschuldigte, er habe den Mitgliedern das Geld direkt aus der Tasche gezogen, durch den Abschluß eines Tariffs nämlich. Und der neue Vorstand scheint auch nicht im geringsten die Absicht zu haben, die Beobachtung der Tarifstreue von seinen Mitgliedern zu fordern. Denn als die Gehilfenvertreter auf die Folgen eines solchen Verhaltens aufmerksam machten, erhielten sie die höhnliche Antwort: „Sie können tun, was Sie wollen; uns ist es egal!“

Auch unter den Breslauer Maurermeistern scheint die Tarifstreue nicht hoch im Werte zu stehen. Ein Maurermeister, der infolge Tarifbruchs als Verklager vor dem Gewerbegericht stand, erklärte dort, daß er auf dem Standpunkt stehe, die gegenwärtige schlechte Konjunktur entbinde vom Tarifvertrage! Und ein von ihm geladener Zeuge bestätigte, daß er mit solcher Ansicht nicht allein stehe und daß viele Breslauer Mitglieder des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe den Tarif nicht innehalten; damit müßten die Arbeiter sich eben abfinden!

Vielleicht merkt sich die „Arbeitgeber-Zeitung“ die beiden Fälle für ihre nächsten Fabeln von der Vertragsunwürdigkeit der Arbeiter vor.

#### Berlin und Umgegend.

##### Der Streik der Rohrleger und Helfer.

In der Versammlung der Streikenden, die am Montagvormittag den großen Saal des Gewerkschaftshauses wieder vollständig füllte, teilte der Referent Handtke mit, daß die Zahl der Firmen, welche den Tarif des Deutschen Metallarbeiterverbandes anerkannt haben, auf 93 gestiegen ist. Bei diesen Firmen sind etwa 320 Arbeiter beschäftigt. Im übrigen ist die Situation unbedeutend. Die Streikbrecher aus der Gruppe Wiesenthal sowie seiner gelben und unorganisierten Bundesbrüder sind zwar der Zahl nach nicht gering, aber an Qualität völlig unzureichend. Von den Streikenden hat sich, so sehr es auch von Unternehmern und denen Beauftragten versucht wird, niemand zum Abfall bewegen lassen. Es zeigt sich, daß sich die Wiesenthalische Streikbrecherorganisation der lebhaftesten Protektion der Unternehmer erfreut. Ein Beispiel beweist das. Ein Rohrleger hatte die Arbeit niedergelegt. Als er sein Werkzeug holen wollte, traf er mit dem Unternehmer zusammen. Dieser suchte dem Arbeiter begreiflich zu machen, daß er doch ruhig weiter arbeiten könne. Wenn er, der Rohrleger, glaube, auf seinen Verband Rücksicht nehmen zu müssen, dann solle er doch austreten. Im Kontrast — des Unternehmers (!) — könne er sogleich in den Wiesenthalischen Verband eintreten und dann sei er ja „berechtigt“, weiterzuarbeiten. Selbstverständlich lehnte der Rohrleger dies Anerbieten mit aller Entschiedenheit ab. — Wie bei früheren Streiks, so macht sich auch hier ein probatorisches Auftreten von Streikbrechern bemerkbar. Wie ein Versammlungsteilnehmer berichtete, hat ihm ein Arbeitswilliger gesagt, daß er stets einen geladenen Revolver bei sich trage. Natürlich eine Folge des bösen Gewissens, denn an eine Bedrohung solcher Elemente denkt niemand.

##### Dem Zentralverband der Stramarbeiter erhitte wir folgende Zuschrift:

Auf die im „Vorwärts“, Nr. 20, von Herrn Ernst Junge gegebene Verichtigung müssen wir konstatieren, daß Herr E. Junge nicht den tarifmäßigen Lohn zahlte. Ferner war der Hinweis auf die Salgier keine gelegentliche Entgleisung, sondern ein unserem Vertreter in aller Ruhe aufgemachtes Rechenexempel, um wieviel sich diese Arbeiter billiger stellen würden. Auch die Drohung, daß er diejenigen, die es wagen würden, ihn in seinem Beginnen zu stören, beim Staatsanwalt denuncieren wird, entspricht dem Verhalten des Herrn Junge vor der paritätischen Schlichtungskommission, wo er durch sein Betragen eine ordnungsmäßige Erledigung der Differenzen illusorisch machte. Die Baustellen bleiben für organisierte Berufsgenossen gesperrt, bis an dieser Stelle die Sperre aufgehoben wird.

##### Die Ordreverwaltung. J. A.: Dausschild.

**Kätzung, Bauklemmer!** Bei der Firma Göhlisdorf in Friedenau, Thorwaldenstrasse, haben die Klemmer die Arbeit niedergelegt. Die Firma und deren Bauten sind gesperrt.

#### Deutsches Reich.

##### Die Furcht der Gelben vor der Öffentlichkeit.

Ende voriger Woche tagte in Baden-Baden der von uns angekündigte Kongress der gelben „Gewerkschaften“ Deutschlands. Vertreter der Arbeiterpresse wurde der Eintritt zu den Verhandlungen mit der Ausrede verweigert, daß nur Interna zur Verhandlung ständen. Herr Ernest und seine Gesinnungstumpen haben auch wirklich alle Veranlassung, ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen der öffentlichen Kritik zu entziehen. Durch ihren Rückzug hinter verschlossene Türen läßt sie schließlich ja selbst die vernichtendste Kritik an ihren Taten und Plänen.

#### Ausland.

##### Der italienische Gewerkschaftskongress

ist am Sonntag in Modena zusammengetreten. Dieser Kongress vereinigt nicht die Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft Italiens, sondern nur die in der Konföderation generale del Lavoro zusammengeschlossenen Zentralverbände. Diese sind, wie unsere deutschen Gewerkschaften, in örtliche Verwaltungseinheiten gegliedert. Der Zusammenschluß erfolgte auf ihrem Kongresse im November 1906 in Bologna. An seine Spitze wurde ein Exekutivkomitee (analog der deutschen Generalkommission) gestellt. Außer dieser Organisation besteht noch diejenige der örtlichen Arbeitskammern, die sich meistens in den Händen der Syndikalisten befinden. Allerdings sind hier auch die örtlichen Verwaltungseinheiten der Zentralverbände wieder mitvertreten, in einigen haben sie sogar die Mehrheit. Das Stärkeverhältnis der Richtungen ist folgendes:

Nach dem Bericht der Konföderation, der bis zum 30. Juni 1906 reicht, gehören 206 957 organisierte Arbeiter den Zentralverbänden an, während in den 92 Arbeitskammern 648 514 Arbeiter gezählt wurden. Da die Zentralverbände in der letzten Zahl wieder mit inbegriffen sind, so sind sie im ganzen in der Mehrheit. Der Kongress von Bologna entschied sich mit 114 000

gegen 55 000 Stimmen für die sozialistisch-gewerkschaftliche Methode, gegen die Syndikalistische. Auch auf diesem Kongress wird es wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen kommen, sie werden aber nicht mehr die Schärfe erlangen, wie vor zwei Jahren, da die Syndikalisten in ihrer Mehrzahl fernbleiben. Die wichtigsten Punkte sind: Die nationale und die internationale Solidarität während der Streiks und: Das Verhältnis der Konföderation zu den politischen Parteien.

Bei Beginn des Kongresses waren circa 400 Delegierte anwesend, die insgesamt 1200 Sektionen (Zweigvereine usw.) vertreten. Die sozialistische und die radikalen Parteien haben Delegationen entsandt. Das italienische Arbeiteramt wird von seinem Direktor, dem Professor Montemontini, selbst vertreten.

## Gegen die Quertreibereien der Wiesenthaler.

In zehn von der Berliner Gewerkschaftskommission einberufenen Versammlungen nahm die Berliner Arbeiterschaft am gestrigen Abend Stellung gegenüber der Zersplitterungsarbeit der Wiesenthaler und Konforten. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht, einige sogar überfüllt.

Die Vorgeschichte dieser Verräterei, die so schwere Folgen im deutschen Gewerkschaftsleben hervorrief, ist im allgemeinen bekannt. Im Mai wurde der bestehende Tarif für das Rohrlegergewerbe von den Arbeitgebern gelündigt. Das war für Wiesenthal Anlaß, seine Person in den Vordergrund zu schieben und seine wahren Gefühle in die Tat umzusetzen. Flugs wandte er sich an die Arbeitgeber und teilte diesen mit, daß „seine Organisation“ bereit sei, ihre Wünsche für einen neuen Tarif zu übermitteln. Der alte Tarif wäre am 1. September d. J. abgelaufen. Die Arbeitgeber legten nun einen von ihnen ausgearbeiteten Tarif vor, der aber für die Arbeitnehmer bedeutende Verschlechterungen enthielt. Darauf erklärte sich die Organisation des Deutschen Metallarbeiterverbandes, wenn die Unternehmer diesen Tarif mit den Verschlechterungen zurückzögen, bereit, den alten Tarif auf ein Jahr zu verlängern. Die Vertreter der Arbeitgeber wollten erst mit ihren Auftraggebern Rücksprache nehmen. Das Resultat war der genannte für die Arbeiter äußerst ungünstige Tarif, der ihnen zur Anerkennung vorgelegt wurde. Während der Deutsche Metallarbeiterverband diesen Vertrag ablehnte, geschah das Unglaubliche, der Wiesenthalische Verband nahm denselben glatt an. Jene legten die Arbeit nieder, in dem Bewußtsein, ihre Rechte und Errungenschaften zu verteidigen. Wiesenthal und Konforten dagegen wirkten auf ihre Anhänger ein, weiterzuarbeiten. Das war bewußter Streikbruch.

So sehen wir nun in Berlin das traurige Bild, wie ein Teil der Arbeiter sich von einem Manne zum schlimmsten Vergehen, das die organisierte Arbeiterschaft kennt, verleiten läßt, von einem Manne, der, wie Genosse Ritter gestern unter lebhaftem Beifall ausführte, in seiner Entwicklung noch gar nicht abgeschlossen hat, und von dem man noch nicht vorhersehen kann, wo er einst — enden wird. Es wurden zahlreiche Fälle befundet, wo Wiesenthal oder seine Helfer an gesperrte Firmen Arbeiter vermittelte oder zu vermitteln suchte. Das ist bezeichnend sowohl für diesen Muster-Gewerkschaftsführer als auch für seine würdigen Genossen.

In familiären Versammlungen brach mit spontaner Festigkeit der berechtigte Unwille über ein derartiges Gebaren hervor. Auch die Diskussion befähigte, daß man dieses Vorgehen richtig zu würdigen versteht. Der Hauptling des all-gemeinen Metallarbeiterverbandes war, so weit wie die Versammlungen überblicken konnten, nirgends anwesend. Bei Niems, wo Genosse Wölke vor einer äußerst zahlreichen Zuhörerschaft Wiesenthals Verhalten gerpflüdt, versuchten einige Wiesenthaler Unruhe hervorzurufen. Im „Verhard-Rose-Theater“ kennzeichnete Genosse Wels unter stürmischem Beifall vor eihundert Personen den „Allgemeinen Metallarbeiterverband“ und seine geistigen Häupter. Dannenberg, der noch zu retten suchte, was nicht zu retten war, mußte dem stürmischen Protest der Versammelten weichen. So zeigte die Berliner Arbeiterschaft, daß sie mit der Wiesenthalischen Maulwurfsarbeit nichts zu schaffen haben will und jederzeit in der allbewährten freien Arbeiterbewegung ihre einzige und beste Vertretung sieht.

Folgende Resolution wurde in allen 10 Versammlungen angenommen:

„Die am 7. September 1908 stattfindende öffentliche Gewerkschaftsversammlung spricht ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß es dem schändlichen Treiben einiger gewissenloser Demagogen gelungen ist, einen Teil der Berliner Rohrleger und Helfer vom geraden Wege abzubringen und sie zum Verrat an ihren Berufsgenossen zu verleiten.

Die Versammlung erblickt in dem Verhalten der Wiesenthaler, der Hirsch-Dunderschen, der Christliden und der Gelben eine schwere Schädigung der allgemeinen Arbeiterinteressen, wie es schlimmer bisher in der Arbeiterbewegung noch nicht zu verzeichnen war. Die Versammelten verpflichten sich, jeden Rohrleger und Helfer, der zurzeit ohne die vom Deutschen Metallarbeiterverband, dem Verband der Schmiede und dem Kupferschmiederverband ausgegebenen Berechtigungsarten arbeitet, an seine Pflicht zu mahnen, die darin besteht, sich den zurzeit streikenden Rohrlegern und Helfern anzuschließen, und damit den gemachten Fehler wieder gut zu machen.

Diejenigen Rohrleger und Helfer, welche dieser Aufforderung nicht folgen, laden mit Recht den Vorwurf des Streikbruchs auf sich und müssen sich gefallen lassen, daß sie dementsprechend von jedem ehrlichen Arbeiter behandelt werden.

Die Versammlung spricht auch ihr Bedauern darüber aus, daß der Vorsitzende des Berliner Gewerbegerichts bei dem schändlichen Treiben der oben bezeichneten Vereinigungen mitgewirkt hat.“

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Eisenbahnunfall.

Brüssel, 7. September. (B. G.) Im Südbahnhof stieß eine Lokomotive mit großer Gewalt gegen eine Anzahl mit Passagieren besetzte Personenzüge. Hierbei wurden sieben Personen verletzt, darunter mehrere schwer. Unter den Verletzten befindet sich auch eine Dame, welche kürzlich bei der Eisenbahnkatastrophe von Contich ebenfalls verletzt worden war. Der Materialschaden ist bedeutend.

#### Englischer Gewerkschaftskongress.

Rottingham, 7. Sept. (B. L. V.) Der Gewerkschaftskongress, auf welchem 1 750 000 Arbeiter vertreten sind, wurde heute mit einer Ansprache seines Präsidenten des Parlamentariermitgliedens Chadleton eröffnet. Der Präsident behandelte in seiner Rede die Frage der Arbeitslosigkeit und empfahl als Heilmittel die Verminderung der Arbeitsstunden. Auch forderte er dazu auf, daß alle auf Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Alterspension hinwirken sollten. Ferner machte er den Vorschlag, die englische Regierung möge die Abhaltung einer internationalen Gewerkschaftskongress in London anregen, auf welcher alle europäischen Regierungen und die Vereinigten Staaten von Amerika vertreten sein sollen.

#### Eine unangenehme Ueberraschung.

Borgom, 7. September. (Reidung der Petersburger Telegraphenagentur.) Beim Öffnen eines an den Ostverwalter Ingenieur Gogz adressierten Postpakets erfolgte eine Explosion. Zwei Söhne des Verwalters der elektrischen Station, welche mit dem Öffnen des Pakets beschäftigt waren, wurden verletzt.

Die Parteischüler über die Parteischule.

II.

Ein ähnliches Urteil, wie die im vorigen Artikel Genannten, fällen noch Werner-Rostock, Vorsitzender des 5. medl. Wahlkreises (1) (mit Leichtigkeit wird mir jetzt klar, was ich früher nicht verstand); Paech-Landsberg, Tischler (1) (ich muß belennen, daß ich durch die Parteischule trotz meiner geringen Vorbildung sehr viel gelernt habe); Knaut, Parteisekretär in Strahburg (2) (Wie Sie wissen, war ich kein Neuling in unserer Bewegung, als ich die Schule besuchte; habe wohl vordem auch schon über Geschichtsauffassung und Marxismus gesprochen und geschrieben, heute schäme ich mich fast, es getan zu haben); Lindner, Arbeitersekretär in Essen (1) (die Fähigkeit, grundlegende Schriften über den Sozialismus zu lesen und zu verstehen, ist eine viel größere geworden.); Winter, Redakteur in Offenbach (2) (Auch ist meine Lust am Studium, sowie das Verständnis für unsere Parteiliteratur bedeutend gestiegen); Stroinski, Erbarbeiter in Wipfl bei Kall (2) (So sehr es mich befriedigt, daß ich früher das Rechte unbewußt vertreten habe, so stolz macht es mich jetzt, meine feste Ueberzeugung vertreten zu können); Buchta, Redakteur in Wahrenth (2) (Ich habe tatsächlich das sichere und erfreuliche Gefühl, durch den genossenen Kursus in theoretischer Hinsicht bezüglich der Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus bedeutend festeren Boden unter die Füße bekommen zu haben); Stözl, Mechaniker in Münden (2) (Offen gestanden, ich bin mit Voreingenommenheit den Vorträgen der Genossin Luxemburg gefolgt, weil wir von den Radikalgenossen fortwährend bekämpft und ohne Grund als Revisionisten hingestellt werden. Doch als der Unterricht seinem Ende nahte, da war ich überzeugt, daß in keiner anderen Weise, als wie es geschehen, die Einsicht in den wissenschaftlichen Sozialismus einem Parteigenossen beigebracht werden kann); Rink, Parteisekretär in Offenbach (1) (Wenn ich heute in der Lage bin, als Volksschüler einer Dorfschule über die verschiedenen Wirtschaftsepochen und ihre Unterschiede und die Unterschiede des utopistischen und wissenschaftlichen Sozialismus reden, Vortragskurse darüber abhalten zu können, so danke ich das der Parteischule und ihren Lehrern.)

Die folgenden Briefauszüge betonen neben dem theoretischen Gewinn den praktischen Nutzen, den die Briefschreiber aus der Teilnahme an der Parteischule gezogen haben.

Reise, Berichterstatter in Wegejad (1): Ausdrücklich möchte ich bemerken, daß ich vor dem Besuch der Schule niemals als Redner hervorgetreten war. Meine Tätigkeit hatte vornehmlich in der praktischen Kleinarbeit bestanden. ... Freilich, ein genügend theoretisch geschulter Sozialdemokrat war und bin ich auch heute noch nicht; was ich gewonnen hatte, das war die Kenntnis unserer Grundbegriffe und vor allem die Anweisung einer guten, sicheren Grundlage, auf der ich systematisch weiter bauen konnte und stets mit Lust und Liebe weiter bauen werde. ... Was mir die Parteischule geboten, das gebrauche ich jetzt mit größtem Nutzen in meiner Tätigkeit als festbeschäfteter Mitarbeiter der „Bremer Bürger-Zeitung“. Aber auch als Redner und Leiter von Unterrichtsabenden kommen mir die in der Parteischule gewonnenen Kenntnisse bedeutend zu statten.

Bumtritt, Bildhauer in Wurg (2): Bei meiner jetzigen agitatorischen Tätigkeit - ich habe im Juni und Juli allein in zwanzig Versammlungen Vorträge gehalten - kommt mir die Ausbildung in der Parteischule sehr zu statten. Nicht nur, daß es leichter ist, unsere Grundzüge zu erklären und zu popularisieren, sondern auch eine Fülle von neuen Gedanken und Anregungen, die das Studium während des halben Jahres mit sich brachten, besuchten die Agitation.

Kleines Feuilleton.

Tolstoi über das Eigentum. Tolstois sozialreformatorische Ideen erinnern vielfach an die Anschauungen des primitiven Christentums, in manchen Punkten gehen sie noch darüber hinaus, da sie jede gesellschaftliche Organisation, die das Urchristentum doch in irgend einer Form hatte, ablehnen und nur den Menschen in seiner völligen Vereinzelung ins Auge fassen. Indem sich der Sozialismus auch in der Kritik mit Tolstoi in vielen Punkten berührt, so hat er doch mit seinen rein individualistischen und anarchistischen Nyanwendungen keinerlei Gemeinsamkeit. Seine Auffassung vom Eigentum hat Tolstoi einem Freunde und Schüler, woran der „Lärner“ jetzt erinnert, in besonders extremer Form entwickelt.

„Meinen Sie,“ jagte Tolstoi, „das Geld, das Verze, Abolaten oder Buchhändler verdienen, werde auf eine weniger unanständige Weise erworben als jenes, das ein Dieb oder Räuber sich aneignet? Es ist ganz das gleiche: alles ist das Ergebnis von Gewalt. Nehmen Sie hier mein eigenes Vermögen; wie wurde es erworben? Durch Gewalt. Mein Urgroßvater war einer der Generale Katharinas. Sie nahm das Land den Bauern, die es bearbeiteten, und gab es ihm für das Verdienst, daß er so und so viele Leute im Kriege umgebracht hatte. So wurde die eine Hälfte meines Vermögens erworben, die andere habe ich mir mit meinen literarischen Arbeiten verdient. Aber auch sie ist durch Gewalt an mich gekommen. Wer kauft meine Romane? Reiche Leute. Woher haben sie ihren Reichtum? Wiederum von der Gewalt. Es ist nicht so viel Gut auf der Welt vorhanden, daß irgendeiner davon mehr besitzen könnte als den auf ihn entfallenden Anteil. Man hat in Rußland ein Sprichwort, das besagt, derjenige, der anständig arbeitet, komme niemals dazu, sich ein schönes Haus zu bauen, und das ist wahr. Der anständige Arbeiter kann sich nur das Notwendigste zu seinem Lebensunterhalt verdienen. Wo immer man ein großes Haus, Luxus und dergleichen erblickt, hat man das Ergebnis der Verraubung der Armen vor sich. Und das Schlußresultat ist nicht nur Verraubung, sondern auch Demoralisation, denn der Dieb und des Diebes Kinder brauchen nicht zu arbeiten; sie werden faul, die Faulheit führt zur Nichtnutzbarkeit, und ihr Beispiel verdirbt und verführt zur Unzufriedenheit die Kinder derer, die zu arm sind, als daß sie es so machen könnten wie sie. Wenn man Christus ähnlich werden will, darf man kein Eigentum haben, man muß es nach allen Seiten austeilern, bis man nicht mehr hat als die übrigen.“

Theater.

Neue freie Volkshäuser (Neues Theater): „Jahrmarsch in Pulsnig“, Schwank von Walter Hasler. Der Einschlag Eduard v. Hartmannscher Lebensphilosophie dünkt ja wohl für solch ein leichtgeschürztes Genre etwas ungewohnt. Was brauchen wir, dürfte mancher denken, symbolische Tiefsein, wo es sich um Lust und Kassen dreht und drehen soll. Aber das ist ja für diesen Schwank gerade das Unterscheidungsmerkmal von viel anderen seiner Gattung. Er hat Ideengehalt und ist doch so ungewöhnlich

Reiz, Geschäftsführer in Greiz (2): „Heute will ich Ihnen nur noch sagen, daß ich vor dem Kursus keine Versammlungen abgehalten habe. Seit Juni dieses Jahres (Der Unterricht schloß am 31. März. Sch.) bin ich aber sehr oft als Referent tätig. Ich halte Vortragskurse ab. Vier Kurse habe ich abgehalten, für fünf habe schon wieder Auftrag.“

Müller, Redakteur der „Düsseldorfer Volkszeitung“ (1): „Die Vermittlung von Wissen an weitere Kreise ist mir ebenfalls wesentlich erleichtert worden. ... Während des vergangenen Winters leitete ich einen Bildungskursus in Halberstadt (R. war früher in Oscherleben. Sch.), die leitenden Genossen der Organisation erklärten mir, System und Art der Darstellung wie auch die Tiefe des Eindringens in den Gegenstand hätten sehr gewonnen. Meine jetzige Tätigkeit als Redakteur hat der Unterricht günstig beeinflusst, auch die schriftliche Darstellung ist mir wesentlich leichter geworden.“

Mertins, Parteisekretär in Wemmel (1): „Als Redner fühle ich mich nach Abschluß des Kursus viel sicherer als vordem, und meine Referate kann ich mit weit mehr Inhalt und Gehalt ausstatten, systematischer aufbauen und den Stoff doch auf jeden Fall besser zergliedern und populärer vortragen.“

In ähnlicher Weise urteilt Schädlich, Gewerkschaftsbeamter in Hamburg (2): (Die Parteischule hat mir das Nützliche für meine gewerkschaftliche und politische Tätigkeit erst gegeben); ferner Frau Greifenberg, Augsburg (1): (Durch das bessere Wissen zeigt man den Gegnern gegenüber größere Sicherheit. ... Das Material zu Vorträgen ist systematischer zusammengetragen und erhält dadurch einen höheren inhaltlichen Wert); Schünig, Gewerkschaftsbeamter in Magdeburg (2): (Jetzt bin ich in der Lage, Inhalt sowohl wie Form - von Vorträgen - anders zu gestalten, und zwar fällt mir dies verhältnismäßig leicht); Rauch, Redakteur der „Bremer Bürger-Zeitung“ (1) (hat einen über 26 Sonntagvormittage sich erstreckenden Kursus zur Einführung in die Werttheorie abgehalten; von 28 Genossen zu Beginn waren noch 20 am Schluß vorhanden); Schumann, Parteibeamter in Berlin (2) (Der Unterricht hat es ermöglicht, daß ich das Gewonnene auch anderen zugänglich machen kann); Verta Selinger, Bureaugehilfin in Berlin (2) (Meine Anschauungen sind gefestigter, ich bin deshalb auch viel eher in der Lage, sie in den verschiedenen Situationen zu vertreten und zu verteidigen); Günther, Arbeitersekretär in Jena (1) (Soweit ich neben meiner Tätigkeit als Arbeitersekretär mit zur praktischen Parteilarbeit herangezogen werde, sei es schriftlich oder mündlich, kann ich versichern, daß mir die sechs Monate Parteischule sehr gute Dienste geleistet haben); Frau Plum, Essen (2) (Es ist mir viel leichter einen Vortrag auszuarbeiten wie vorhin.); Kubig, Lithograph in Pankow-Berlin (1) (Ich habe als Redner das kommunistische Manifest in verschiedenen zahlreichem Publikumsvorträgen zu Gehör bringen können und zwar in der systematischen Zergliederung des Genossen Panneloet.); Schenk, Maler in Berlin (1) (In Bezirkabenden habe ich zu wiederholten Malen unser Programm besprochen, ebenso habe ich in einer Abteilung des vierten Kreises im vorigen Winter theoretische Abende für die Funktionäre abgehalten.); Müller, Korrektor in Chemnitz (2) (Das Zusammenstellen von Referaten ... das Auffuchen von Material usw., fällt mir wesentlich leichter); Wandel, Mechaniker in Weizingen in Württemberg (2) (Mit Lust und Erfolg trete ich den Gegnern in der Diskussion gegenüber, die günstigen Wirkungen der Parteischule treten auf allen Gebieten zutage); Denker, Schlosser in Weidmannslust-Berlin (2) (Durch die Rechtslehre auf der Parteischule sind die Schüler in die Lage gekommen, ein Gespräch zu verstehen und benutzen zu lernen); Arzberger, Arbeitersekretär in Düsseldorf (1); Schmidt, Töpfer in Reghin; Kohrer, Wagenbauer in Wiesbaden; Jacob, Redakteur der „Wanter Volksstimme“ (1) (Ich behaupte auch, daß die Kosten, welche für die Parteischule aufgebracht werden müssen, indirekt wieder durch Ersparung von Prozeßkosten aufgehoben werden).

Marxionini, Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ (2), schließt ein längeres Urteil mit folgender Betrachtung: „Die We-

humorvoll. Der Hörer nimmt ein Tröpfchen Weisheit als Gewinn nach Hause und fragt nicht viel nach mancherlei Unwahrscheinlichkeiten, auf die er stößt. Freilich sind auch sie liebenswürdig belanglos. Dem Schwank entstammt eine gewisse kleinbürgerlich-jüdische Wehmaglichkeit. Um ihn aber zu seiner echten Wirkung gelangen zu lassen, muß er einwandfrei gespielt werden. Und daran fehlte es nicht. Unter allen Darstellern ragte zweifellos Schmidt-Schäfer als Pilsnabfabrikant Köhner hervor. Er versteht es meisterhaft, die urjüdische „Gemittlichkeit“ zu charakterisieren. Hans Andresen, der auch zugleich als Regisseur des Stückes zeichnet, spielt den Stadtrat Ahmann mit Kraft und Wärme. Meta Morella ist ein resolutes Fräulein Charlotte, die sich wohl bewußt bleibt, daß ein älteres Mädchen, sofern sie heiratet, doch immer eine junge Frau ist. Für Charles Lemanski, den Direktor eines anatomischen Jahrmuseumens, bringt Paul Schwabiger alle schauspielerischen Qualitäten mit, die zur Ausstattung dieser typischen Gestalt gehören. Die Verwandten des Stadtrats werden in ihrer ganzen Scheinheiligkeit und perfiden erblichkeitsartigen Art durch Elise Gademann, Albert Schindler und Carlos Fjold ergötlich verkörpert. Man amüsierte sich vortrefflich und quittierte durch Ausbrüche ungebundener Heiterkeit. e. k.

„Die Nacht der Finsternis“ von Leo Tolstoi. Die Aufführung von Tolstois in die Abgründe menschlicher Verwahrlosung hinabsiegender und noch in tiefsten Dunkel den Glauben an die Möglichkeit befreiender Erhebung und Umkehr verkündenden Bauerndramas war eine würdig erste Vorfeier zum achtzigsten Geburtstag des großen Dichters und Menschenfreundes, der eben jetzt, am Rande des Grabes, sein Lebenswerk durch den gewaltigen Protest gegen die Ausschreitungen des russischen Despotenregiments, dieser organisierten und potenzierten Macht der Finsternis, gekrönt hat. Bei seiner, dem Geiste des Urchristentums verwandten Frömmigkeit, ein Fremdling in den heutigen Zeiten, den vorwärts treibenden Kräften der modernen Entwicklung ohne Verständnis gegenüberstehend - hat Tolstoi dennoch durch seine Persönlichkeit, in der sich lautere Willensreinheit mit wunderbar poetischer Anschauungskraft verbindet, eine Bedeutung wie wenige gewonnen. In seinen Dichtungen kreuzen und durchdringen sich höchst eigenartig die ethischen Tendenzen und ein bestechlicher, den seelischen Zusammenhängen nachforschender Wirklichkeitsinn. In Tolstois Augen ist das Schuldbekenntnis seines dramatischen Helden eine Tat des freien Willens, Symbol und Ausdruck einer überirdisch mysteriösen Macht. Aber indem er als Künstler an die Vorgänge herantritt, indem er sie gestalten will, muß er sie als ein in dem Charakter und den Verhältnissen vorbereitete behandeln. Und seine Phantasie dringt so genial in das Wesige dieses fremden Seelenlebens ein, weiß das Räuberwerk der ineinander greifenden psychologischen Momente so überzeugend nachzubilden, daß jene Tat in dem Rahmen des Ganzen zugleich als eine notwendig bedingte erscheint. Supernaturalist in der Weltanschauung, ist er in der künstlerischen Form der Darstellung im besten Sinne des Wortes Naturalist geblieben.

feitigung der Schule würde ein schwerer, gar nicht gut zu machender Fehler sein. Daß sie Feinde in der Partei hat, ist klar, denn es gibt „Genossen“, die genau wissen, daß ihr Weizen nicht blühen kann, wenn jedes Jahr eine Anzahl Genossen, die in den vordersten Reihen stehen, über die Lehren Marx' und Engels' unterrichtet werden. Den Herren „Genossen“ ist es lieb, wenn möglichst wenig von Marx und Engels gelehrt wird.“

Für eine weitere Ausgestaltung der Parteischule, wofür auch eine Reihe der schon genannten Briefschreiber eintreten, sowie für Reformen innerhalb der Parteischule sprechen sich besonders die folgenden Genossen aus:

Schmidt, Modellstecher in Halle (2): „Es wäre mir zu wünschen, daß die Schule noch mehr ausgebaut würde, indem die Zeitdauer verlängert oder Fortschrittskurse eingerichtet würden.“

Haarer, Gewerkschaftsbeamter in Offenbach (2): „... Ich will nur bemerken, daß die Erfolge der Schule sowohl für die Partei wie auch für die einzelnen Schüler noch wesentlich größere wären, wenn die zuständigen Parteinstanzen bei der Auswahl der für die Parteischule vorgeschlagenen Genossen sorgfältiger verfahren würden und vor allen Dingen gründlich überlegen würden, ob bei den von ihnen vorgeschlagenen Genossen Vorkenntnisse und geistige Fähigkeiten auf den Anforderungen der Schule und der Lehrstoffe entsprechen.“

Weise, Tischler in Götting (2): „Richtig ist nach meiner Erfahrung, daß unbedingt eine weit sorgsamere Prüfung der Personen stattfinden muß, die an dem Parteischulkursus teilnehmen sollen. ... Ferner sollte vor allem auch die Mithachtung und Abneigung gegen die Teilnehmer am Kursus schwinden. Es ist verlorenes Geld für die Partei, wenn, wie in meinem Göttinger Agitationsbezirk, die Leitung auch nicht ein einziges Mal an uns Parteischüler herantritt und uns Gelegenheit gibt, das Gelernte weiter zu bewerten.“

Im den Schluß der Briefauszüge setze ich die Meinungsäußerung eines ehemaligen Parteischülers aus Oberbayern, die in der gegenwärtigen Parteisituation besonderes Interesse beanspruchen darf.

Göpfert, Arbeitersekretär in Rosenheim (1): „Die Parteischule ist, da sie aus allen Ecken Deutschlands ihre Schüler holt, zweifellos dazu angetan, manche Meinungsverschiedenheit in unseren Reihen nicht nur aufzuheben, sondern sie wird uns in großen wirtschaftlichen sowie politischen Fragen in einigen Jahren ganz entschieden näher zusammenführen, zum mindesten aber wird eine reifliche Erwägung sowie eine sachliche Diskussion an die Stelle treten, wo heute noch ein sehr bedauerlicher Parteistreit besteht. Denn durch eine einheitliche Belehrung der sämtlichen Schüler aus allen Ecken Deutschlands wird trotz der Verschiedenartigkeit der Bezirksverhältnisse eine möglichst einheitliche Taktik sich erzielen lassen, an der mitzuarbeiten bzw. ihr zum Durchbruch zu verhelfen, Pflicht für uns alle, namentlich für uns als ehemalige Parteischüler sein muß.“

Vielleicht erscheint manchem diese Blütenlese zu umfangreich. Aber es ist mir schwer genug geworden, aus den vielen und interessanten Ausführungen der fünfzig Briefe nur diese kurzen Auszüge zu machen. Mehr als einmal hatte ich beim Lesen der Briefe das freudige Gefühl, daß die Genossen schon durch die Art und den Inhalt ihrer Briefe beweisen, daß sie die Parteischule mit Gewinn besuch haben. Weit erhebender aber war mir doch die Tatsache, daß alle Parteischüler, einer wie der andere, für das Institut, dem zuzuhören sie auf ein halbes Jahr wieder zu „Schülern“ wurden, in die Schranken treten. Nicht in ihrem Interesse, denn sie haben von der Parteischule persönlich nichts mehr zu erwarten; wohl aber im Interesse der Partei, weil sie erkannt und an sich selbst erprobt haben, welche hohe Bedeutung eine derartige Kriegsschule für eine Kampfpartei besitzt.

Heinrich Schulz.

Genosse Wegener-Kassel (Steinarbeiter), dessen Kritik der Parteischule den Anlaß zu der Debatte und zu der vom Genossen Heinrich Schulz eingeleiteten Umfrage gegeben hat, schreibt uns:

Ganz überraschend Lebensvolles bot Reicher in der Rolle des alten einseitig-gottesfürchtigen Altm, des Wahnerns und Barners, der nach dem Bekenntnis des Sohnes segnend die Hand auf dessen Scheitel legt, und Fräulein Ida Wäsi in der Figur der blöden, halbstarrig-tüchtigen Kallina. Sehr eindrucksvoll namentlich auch in den Szenen wird hervorbrechender Eiferfucht war auch Elise Lehmanns Anisja. Wassermanns Klitta litt bei aller großen Kunst seines Darstellers daran, daß er nicht die Illusion des Jünglingshaften wachrufen konnte. Die kleineren Rollen besaßen sich in guten Händen.

Humor und Satire.

Zu Tolstois achtzigstem Geburtstag.

Was der gekrönte Knirps sich dachte, Als dich zu feiern er vertrieß? Daß er dich Älten Armer machte, Und Ehre dir verringern ließ?

Er freilich kennt sie aus Grimassen, Die Liebe, die sein Volk erfüllt; Er sucht die Ehre auf den Gassen, Wo ein betrunken Pöbel brüllt.

Von Klammen, die im Herzen krennen, Was weiß er, der sie niemals sah? Wie soll er echte Liebe kennen, Dem sie bis heute nicht geschah?

Du findest sie in andern Spuren, Dir wird im stillen sie gewährt, Wenn feile Reizung sich den Huren Und Fürsten öffentlich erklärt.

- Riedergang. (Ein hoher Offizier): Wir müssen wieder Krieg haben, das Volk kennt mich mal mehr die Korpskommandeure bei Klammen. Der einzige preussische Militär, von dem man heute spricht, ist der Hauptmann von Köpenik. (Stimpflichstimm.)

Notizen.

- Neue Dramen. Gerhart Hauptmann will noch in diesem Winter im Lessing-Theater ein neues Stück herausbringen. Es heißt „Griesele“ und hat einen öfters behandelten mittelalterlichen Sagenstoff zum Inhalt.

- Theaterchronik. Im Neuen Schauspielhaus sollen häufiger als bisher vollständige Vorstellungen zu bedeutend ermäßigten Preisen veranstaltet werden, die die besten älteren Repertoirestücke der deutschen Bühne bringen werden. Sie werden am Freitag, den 11. September, mit Jordans Lustspiel „Durchs Ohr“ beginnen. - Im Oktober wird das Vorhing-Theater als „Berliner Operetten-Theater, G. m. b. H.“ unter der Direktion von Edmund Binder und Christian Hermann wieder eröffnet.

- „Die Sozialaristokraten“ von Arno Holz sind soeben in zweiter Auflage im Verlage von Johannes Solfenbach in Berlin erschienen. (Preis 3 M.)

Werte Genossen!

Bezugnehmend auf den Artikel des Genossen Schulz „Zur Organisation des Bildungswesens“ und die Zuschriften früherer Parteischüler möchte ich folgendes bemerken:

Es ist nicht wahr, daß ich die Parteischnle als ein „verfehltes Unternehmen“ bezeichnet habe. Ich habe gesagt, ich glaube nicht, daß die Parteischnle in ihrer bisherigen Form bestehen bleiben wird. Zwischen „verfehltem Unternehmen“ und „bisheriger Form“ ist doch ein großer Unterschied, zumal ich mit der „Form“ die Entsendung der Genossen auf die Schule und die Regelung der Entsendungen gemeint habe.

Genosse Schulz hat alle früheren Parteischüler mit einem Schreiben beglückt und ihnen Fragen zur Beantwortung vorgelegt die meine angeblich getane Aeußerung entkräften, bezw. das Gegenteil beweisen sollen. Die gestellten Fragen — das will ich von vornherein betonen — müssen sämtlich bejaht werden. Aber eine andere Frage hätte ebenfalls gestellt werden müssen: das ist die Frage des Genossen Eisner, ob in den Schülern Hoffnungen auf eine Parteilstellung erregt und ob sie erfüllt worden sind. Genosse Schulz hält zwar diese Frage für überflüssig; ich bin aber anderer Ansicht, da sich bei einer Umfrage kurz vor Beendigung des Kursums herausgestellt hat, daß außer mir nur noch ein Schüler vorhanden war, der erklärte, in seinen privaten Beruf zurückzukehren. Alle anderen Schüler rechneten mit einer Parteilstellung und gaben auf wiederholtes Befragen an, keine Unterkunft in ihrem früheren Berufe finden zu können.

Was die Form der Entsendung, die ich hemängelte, anbelangt, so wird meines Erachtens von den Organisationen darin gefehlt, daß sie nicht die richtigen Leute auf die Schule schicken. Es machte sich in vielen Stunden die Tatsache unangenehm bemerkbar, daß Fragen, die in einigen Minuten erledigt sein könnten, mitunter Stunden in Anspruch nahmen und deshalb die Lehrer öfters gezwungen waren, auszurufen: „Wir sind wieder nicht soweit gekommen, wie ich wollte.“ Daß die Lehrer das Ziel, das sie sich gestellt haben, nicht erreichten und in den letzten Stunden alles durcheinander war, ist auch auf diesen Umständen zurückzuführen. Dadurch, daß Genossen ohne jede Vorbildung an dem Kursum teilnahmen, ist den Lehrern wie auch den Schülern mit Vorbildung ein Hemmschuh angelegt worden. Genosse Piekmeyer scheint das auch empfunden zu haben, denn er verlangt in seinem Artikel „einen Sommerkursus für Fortgeschrittene“, und Genosse Schiller-Predlau sagt treffend: „Wohl wird die Auswahl der Schüler und die Art der finanziellen Lastenverteilung anders geregelt werden müssen.“

Ich habe nicht, wie vielleicht Genosse Rauch, in der Parteischnle einen Künrberger Trichter gesucht, glaube aber, daß nur fortgeschrittene Genossen an dem Kursum teilnehmen würden. Um die Parteischnle zu einer wirklichen Hochschule zu machen, habe ich das Künrberger System empfohlen und bin überzeugt, daß die Partei viel dabei profitiert, wenn auf die Parteischnle nur solche Genossen kommen, die nach Künrberger Muster vorgebildet sind. Dann brauchen wir keinen Sommerkursus für „Fortgeschrittene“.

Ganz recht hat Genosse Klubb-Dortmund wenn er sagt, daß ich während der Schulzeit niemals von einem „verfehlten Unternehmen“ gesprochen habe. Das tue ich auch heute nicht. Aber eine Aenderung habe ich gewünscht, und die ist zum Teil auch infolgedessen eingetreten, als jetzt hauptsächlich Angestellte der Partei und Gewerkschaften an den Kursum teilnehmen sollen und die Regelung der Familienunterstützung den Organisationen überlassen bleibt. Hoffentlich spricht man nun nicht mehr von einem „verfehlten Unternehmen“, wie ich die Parteischnle benannt haben soll.

Mit Parteigruß D. Wegener.

Verbandstag des Zentralverbandes der Manrer.

Hannover, 5. September.

Sechster Verhandlungstag.

Nachdem gestern die Verfassung des Zentrums des Verbandes in Hamburg beschlossen ist, steht heute zur Beratung die Regelung der Bureaufrage. Dazu liegt ein Antrag vor, der den Vorstand verpflichtet, sich durch die Einrichtung seiner Bureauverhältnisse nicht auf die Dauer in Hamburg festzulassen.

Paeplov-Hamburg erörtert die Notwendigkeit, spätestens bis Oktober 1910 in andere Räume überzusiedeln, und schlägt vor, auf einem eigenen Grundstück ein eigenes Gebäude zu errichten, das schon zurzeit eine gesicherte gute Kapitalanlage darstelle und seinen Wert für die Zukunft mindestens behalte, so daß der Verband keinen Schaden erleide, wenn er seinen Sitz sollte wirklich einmal von Hamburg verlegen.

Nach einigen Einwendungen wird der Antrag auf Erwerb eines Grundstückes und der Errichtung eines eigenen Hauses mit 104 gegen 99 Stimmen angenommen.

Einführung neuer Mitgliederlegitimationen.

handelt es sich nach dem Referat Bömelburgs um die Anregung der letzten internationalen Manrerkonferenz, daß einheitlich eingerichtete Mitgliedsbücher eingeführt werden sollen, die auch für den Verkehr mit dem Auslande Gültigkeit haben sollen. Ein lebhafter Wunsch in dieser Beziehung besteht namentlich in den Grenzgebieten. Die Einführung solle am 1. Januar 1910 erfolgen. Die speziellen Ausführungen des Referenten haben kein allgemeineres Interesse. Der in diesem Sinne gehaltene Antrag des Vorstandes hierzu wird angenommen.

Es folgt der

Bericht der Statutenberatungskommission.

die am Montag eingeseht ist, um die zahlreichen zur Statutenänderung vorgebrachten Anträge zu bearbeiten. Die Kommission hat einen Statutenentwurf unter Vertretung der Anträge, soweit sie diese für geeignet hielt, ausgearbeitet, über den Paeplov berichtet. Die Disposition, die sich auf 115 Anträge erstreckt, nimmt die ganze Vormittagsstunde in Anspruch. Allgemeines Interesse hat diese nicht. Der von der Statutenberatungskommission vorgelegte Entwurf wird mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen. An dem Streikreglement werden keine Änderungen vorgenommen.

Die Kommission, die eingeseht ist, um zu prüfen, ob ein weiterer Beamter zur Erledigung literarischer und statistischer Arbeiten notwendig ist, erklärt durch Daehne-Verlin in ihrem Bericht, daß bei der Verwaltung zweifellos eine Arbeitsüberlastung bestehe, die die ordnungsgemäße Erledigung der Geschäfte, wie sie im Interesse des Verbandes nötig sei, unmöglich mache. Die Kommission macht deshalb den Vorschlag, daß Paeplov mit in den Vorstand eintritt unter Aufrechterhaltung seiner Beziehungen zur Redaktion des „Grundstein“, damit darin die Intentionen des Vorstandes gewahrt werden. Der zweite Vorschlag soll aufgehoben werden, es soll nur ein Vorsitzender sein und vier Sekretäre. Im Falle der Abwesenheit des Vorsitzenden ist der erste Sekretär (Paeplov) sein Stellvertreter. Nach dem Ausscheiden Paeplovs aus der Redaktion des „Grundstein“ soll bis auf weiteres Winnig allein die Redaktion ausüben, dem im Bedarfsfalle eine Hilfskraft an die Seite gegeben werden soll.

Paeplov erklärt, daß es nach diesem Bericht vielleicht scheinen könnte, als wenn die vorgeschlagene Regelung auf Personen zurückgeschlagen habe. Von der Personenfrage müsse zunächst ganz abgesehen werden. Der Verbandstag möge erst entscheiden, ob überhaupt die vorgeschlagene Form Platz greifen solle, und dann erst die Personenfrage regeln.

Caafsch-Wapenid ist gegen die Aufhebung des Postens eines dritten Vorsitzenden. Er wünscht nicht, daß alle Nachmittage in

eine Hand gelegt werden. Der Berichterstatter Daehne erklärt, daß die Personenfrage bei dem Vorschlage keine Rolle gespielt habe; er habe die Personen nur genannt, um den etwaigen Anschein zu zerstreuen, als wenn eine Zurücksetzung von Personen vorliege. (N.B. Effttinge-Hamburg war bisher zweiter Vorsitzender.)

Die Vorschläge der Kommission werden darauf einstimmig angenommen.

Es folgt nunmehr noch die Beratung einer Anzahl einzelner Anträge. Nur einige davon haben ein größeres Interesse. Ein Antrag, der den Vorstand beauftragt, die Gründung eines Industrieverbandes näher zu treten, insbesondere Schritte zu tun, um die Verschmelzung des Bauhilfsarbeiterverbandes mit dem Manrerverbande zu fördern. Bömelburg regt an, heute nur einen prinzipiellen Beschluß zu fassen und den Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages zu setzen, soweit die Verschmelzung mit dem Bauhilfsarbeiterverbande in Frage komme. Mit der Frage eines sogenannten Industrieverbandes möge man dagegen den Vorstand nicht belasten, da das zurzeit, weil aussichtslos, nicht opportun sei. Während, der Vorsitzende des Bauhilfsarbeiterverbandes erklärt, daß letzterer auf dem Standpunkte der Verschmelzung stehe und bedauere, daß der Manrerverband der Frage nicht schon auf seinem vorigen Verbandstage nähergetreten sei. Mit 200 gegen 23 Stimmen stimmt der Verbandstag dem Vorschlage Bömelburgs zu. Ein Antrag Bömelburgs betrifft die Delegation zu den Gewerkschafts- und internationalen Kongressen. Danach soll die Entscheidung über die Beschickung der internationalen Kongresse ausgesetzt werden bis zum nächsten Verbandstage 1910. Zum Gewerkschaftskongreß sollen 15 Delegierte entsandt werden, 2 vom Vorstande, je 1 vom Ausschuss und der Redaktion des „Grundstein“ und 11 von den Mitgliedern nach Wahl in 11 Wahlabteilungen. Der Antrag wird angenommen.

Weiter wurde beschlossen, Luxemburg in das Verbandsgebiet einzubeziehen.

Alsdann wurde die von Mannheimer Delegierten beantragte und schon früher erwähnte Resolution angenommen: „Angeichts der tiefgehenden ökonomischen Wirkungen, die aus der zeitweilig wiederkehrenden Depression im Wirtschaftsleben der Berufsangehörigen verursacht werden, empfiehlt der 10. Verbandstag der Manrer Deutschlands den örtlichen Organisationen, die gesetzgebenden Körperschaften (kommunale oder Landesverwaltungen) zur Feststellung der jeweiligen Arbeitslosigkeit und zur Vinderung der daraus resultierenden Nachteile zu veranlassen.“

Es folgte noch der Bericht der Beschwerdekommision, der eine Anzahl Beschwerden gegen Ausschüsse usw. betrifft, die nur lokales oder internes Interesse haben.

Die eigentliche Arbeit des Verbandstages ist damit erledigt. Es erübrigen sich nur noch die Wahlen. Durch Applikation werden die bisherigen Mitglieder des Vorstandes, Ausschusses usw. einstimmig wiedergewählt.

Bömelburg spricht seinen Dank aus und bemerkt, die Kollegen möchten dahin wirken, daß das gegenseitige Mißtrauen wieder verschwinde und daß die Grundidee gewinnen für den weiteren Ausbau des Verbandes, damit er stark ist, um allen kommenden Stürmen trotzen zu können.

Silberschmidt dankt den hannoverschen Kollegen für ihre Mithilfe und dem Verbandstag für die ruhige und sachliche Erledigung seiner Arbeiten, von denen er nochmals einen Heberblick gibt, namentlich hinsichtlich der Stellungnahme zu den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zuständen und den Kämpfen mit den Unternehmern. Er schließt mit einem Appell an die Einigkeit, in der allein der Verband die ihm bevorstehenden großen Aufgaben erfüllen könne.

Nach einem Hoch auf den Verband und die gesamte Arbeiterbewegung schließt Silberschmidt gegen 11 Uhr abends den Verbandstag.

Gerichts-Zeitung.

Eine „deutsch-baltische Edelmannsbestie“

war ein Baron von Ropp genannt worden in zwei vor Jahresfrist erschienenen Artikeln des „Vorwärts“, die darüber berichteten, daß von Ropp den lettischen Revolutionär Kuhlau ermordet habe. Kuhlau ist bekannt geworden durch Aufdeckung scheußlicher Grausamkeiten, die in den baltischen Provinzen während der Gegenrevolution von Kojaken und Edel-leuten verübt worden waren. Er wurde später verhaftet unter der hallofen Beschuldigung, an der Ermordung hochgestellter Persönlichkeiten teilgenommen zu haben. Man machte dann kurzen Prozeß mit ihm: auf dem Transport nach dem Libauer Gefängnis wurde er niedergeschossen. Die offizielle Presse Rußlands meldete, er habe fliehen wollen und hierbei sei er von den ihn begleitenden Kojaken erschossen worden. Dem gegenüber wurde im „Vorwärts“ dem Baron von Ropp, der als „Ehrenpolizeist“ an dem Transport teilgenommen haben soll, der Vorwurf gemacht, daß er zusammen mit einem gewissen Heusel einen Fischverkauf des Gefangenen fugiert habe, dann aber den „Flüchtling“ hergefallen sei und ihn mißhandelt und niedergeschossen habe. Durch diese Darstellung fühlte Baron von Ropp sich in seiner Ehre gekränkt und er hat deshalb gegen unseren Genossen Hans Weber als den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ Privatklage wegen fortgesetzter Verleumdung erhoben.

Am Montag sollte am Amtsgericht Berlin-Mitte vor der 145. Schöffengerichtsstube über den verhandelt werden. Der Vorsitzende Richter Weiland meinte, der „Vorwärts“ sei wahrscheinlich selber mißgünstig worden und die Sache werde sich nicht beweisen lassen; da sei es für den Angeklagten wohl das Beste, einen Vergleich zu schließen und die gegen v. Ropp erhobenen Vorwürfe zurückzunehmen. Genosse Weber erklärte, auf einen Vergleich könne er nicht eingehen; er sei der Ueberzeugung, daß die im „Vorwärts“ gegebene Darstellung zutrefte und er glaube, daß sie sich auch beweisen lassen. Webers Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oster Cohn, kündigte an, daß es vielleicht nötig sein werde, in diesem Prozeß die ganzen Taten und Untaten baltischer Junker vorzutragen. Wegen der Umständlichkeit, das erforderliche Material zu beschaffen, bedürfe er noch einer weiteren Frist und müsse daher um Vertagung bitten. Der Rechtsbeistand des Klägers widersprach diesem Antrage. Dr. Cohn nannte dann vorläufig zwei Zeugnisse, von denen jetzt die eine in Wolfen, die andere aber in Berlin wohnt. Außerdem stellte er in Aussicht, daß er in etwa 14 Tagen aus Rußland noch andere Zeugen werde benennen können. Daraufhin gelangte das Gericht zu dem Beschluß, die Sache sei zu vertagen und dem Angeklagten sei eine vierzehntägige Frist zur Stellung der Beweisanträge zu gewähren.

Angeltreuer Beamter.

Große Versehungen im Amte hat sich der Postbote Ernst Blume aus Weip zugeschrieben kommen lassen, welcher sich gestern unter der Anlage der Unterschlagung in Idealkonkurrenz mit schwerer Urkundenfälschung in 14 Fällen und der Urkundenfälschung in einem weiteren Falle vor der zweiten Ferienkammer des Landgerichts I verantworten mußte. Der Angeklagte trat im Jahre 1902 als Postillon in den Postdienst ein und erhielt anfänglich einen Tagelohn von 2,75 Mark und später 3,30 Mark. Sie der Angeklagte behauptet, sei er von Anfang an vom Anglitz verpflegt worden. Er habe, um die Bahnanschlüsse zu erreichen, stets übermäßig schnell fahren müssen und dies sei die Ursache verschiedener Unfälle gewesen. Einmal habe er ein Pferd angefahren, so daß es später getötet werden mußte. Der Wächter habe ihn auf Schadenersatz in Höhe von 190 M. verklagt. Hierdurch habe er sich eine Schuldenlast auf den Hals laden müssen, die zu seinem geringen Gehalt in keinem Verhältnis gestanden habe. Als er keinen Ausweg mehr wußte, habe er sich zu dem jetzt zur Anlage stehenden Strafzettel verleiten lassen. — Wegen der verschiedenen

Unfälle wurde der Angeklagte aus dem Fahrdienst gezogen und als Postbote beschäftigt. Schon nach kurzer Zeit liefen bei dem Postamt in Weip Beschwerden ein, daß Geldsendungen nicht in die Hände der Adressaten gelangt wären. Die eingeleitete Untersuchung blieb anfänglich ohne jeden Erfolg. Schließlich lenkte sich der Verdacht auf den Angeklagten. Anfangs April d. J. wurde festgestellt, daß Blume eine Postanweisung über 230 M. unterschlagen und mit der Nutzung des Adressaten versehen hatte. Es wurde festgestellt, daß Blume auch noch in 13 anderen Fällen die Postanweisungen mit dem Namen des Empfängers gefälscht und das Geld unterschlagen hatte. In einem weiteren Fall hatte der Angeklagte einen Brief, der zugleich mit einer Postanweisung bestellt werden sollte, vernichtet, da er annahm, daß in diesem Briefe auf die Geldsendung Bezug genommen wurde. — Vor Gericht entschuldigte v. Blume sein Tun mit seiner überaus bedrängten Lage, in die er durch seine als Postillon erlittenen Unfälle geraten sei. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Zweimal gestodert.

Der Schumacher K. war am 27. Juli aus seiner polnischen Heimat nach Berlin gekommen, um hier seine Schwäger zu besuchen. Die Freude des Wiederlebens war von ihm durch den Konsum nicht unbedeutender Quantitäten alkoholischer Getränke befeuert worden und als er spät abends seiner vor dem Königssee belegenen Wohnung zueilte, wurde er auf dem Alexanderplatz derartig von der Nüchternheit gepackt, daß er sich in den dortigen Anlagen auf eine Bank setzte und sehr bald den Schlaf der Gerechten schloß. Als er erwachte, mußte er die Entdeckung machen, daß das bare Geld, welches er in der Hosentasche trug, auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Reichensledderei ihm geraubt worden war. Zu seiner Freude konnte er feststellen, daß 3 M., die er in der sogenannten Willemsche trug, noch vorhanden waren. Er sollte sich dieses Vesiges nicht lange erfreuen. Als er am Königssee angekommen war, verlockten ihn die an der Bartholomäuskirche aufgestellten Bänke abermals zu einer kleinen Siesta. Er lag wiederum sehr bald in Morpheus Armen. Ein dort vorbeikomender Passant bemerkte, wie sich zwei verdächtige Kerle an den Schlafenden heranmachten und ihn unter der Nase kipelten, um den Grad seiner Schlaflosigkeit festzustellen. Der Beobachter wußte sofort, was die Glode geschlagen hatte und benachrichtigte einen in der Nähe postierten Schumacher. Bei dessen Annäherung nahmen die beiden „Reichensledderer“ Reißaus; der eine entkam, der andere wurde festgenommen und seine Persönlichkeit als die des Gelegenheitsarbeiters August Kadost festgestellt. Als der harmlose Schlaftrunk gewickelt wurde, sagte er inständig nach seiner Willemsche und konnte dann mit schmerzhafter Stimme feststellen, daß man ihn nun zum zweiten Male ausgeplündert und ihm den letzten Rest seines Geldes gestohlen habe. Er verschwor sich, nie wieder nach Berlin zu kommen. Er war auch zum gestrigen Termin vor der ersten Ferienkammer nicht erschienen. Man kam über sein Zeugnis hinweg, da der Angeklagte geständig war. Mit Rücksicht auf dessen Vorstrafen verurteilte ihn der Gerichtshof zu neun Monaten Gefängnis.

Versammlungen.

Der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Berlins nahm am Sonntag Stellung zu dem Antrag, den Lohalarbeiter von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen. Goldlust begründete den Antrag und legte ausführlich die Gründe dar, die für denselben sprechen. Grund ergänzte die Ausführung des Vorredners noch und wies nachdrücklich darauf hin, wie nötig es sei, einen starken Lokalfonds zu besitzen, um bei besonderen Vorfällen eingreifen zu können. Nach Genossin Lungwitz sowie mehrere andere Redner traten für eine Erhöhung ein. Trotzdem wurde der Antrag abgelehnt. Als bejodete Hauskassierer wurden gewählt: Wenzel und Wittig. Zur Konferenz wurden Brund, Pohl und Settelow gewählt. Wegen vorgerückter Zeit wurde der Bericht vom Verbandstag von der Tagesordnung abgesetzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sachkunde findet Vindenkranke Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl 777 wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gedächtnis 7 Uhr Sonntags abends 7 Uhr abends um 6 Uhr. Jeder Antrags ist ein Sachfrage und eine Anzahl als Wertgegenstand beizulegen. Persönliche Antworten wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trägt man in der Sachfrage vor.

R. 100. Bei 100 bis zum 14. Lebensjahr — S. R. 100. Sie wenden sich an den Gerichtsberichterstatler oder an die Redaktionen. — W. O. 25. — Und nicht bekannt. Frauenwohl, Frau Schultze Gauer, Wormer Str. 5. — R. H. 35. — D. 14. Die hiesigen Witzverträge wären nur mit Zustimmung der Vermieter zu lösen. — Ruppert 2. Wir lehnen ab, solche Empfehlungen auszusprechen. Wenden Sie sich an den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Engelauer 15. — Weinackerdorf. Die Mutter hat keine Ansprüche. — S. T. 77. 1. und 2. Die Hälfte der Erbfolge. 2. Die Witwenschaft bedingt der Witwer. — G. L. 156. Niemals drohen! — G. 1879. Erleben Sie Einkünfte bei der Beerdigung, welche auf dem Beerdigungsfeld angegeben ist. — S. H. 100. Es kommt noch darauf an, wie lange Sie schon dort beschäftigt sind. Lesen Sie S. 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. — R. H. 37. Die Polizeibehörde hat das Recht, Ausgewanderte Deutsche, welche wieder zurückkehren, muß die Staatsangehörigkeit wieder gewahrt werden. — R. G. u. Wirths 35. Fragen Sie den Herrn Polizeibureau an. — G. R. 78. Sie müssen in einem an den Witzminister zu richten, bei dem Landesgericht II einzureichenden Gehaltsbezug vom dem Gehaltsvermerk beantragen. — 403 Teil I. Ja, aber der Witz darf nicht länger ausbleiben. — C. P. 10. Rückgliederweise. — P. R. Witzdorf. Steuerjahr R das Kalenderjahr. — Otto Kunz. 1. 100 Prozent. 2. Lassen Sie die Quasibereiten und sprechen Sie mit einem Frauenarzt. 3. Nein! Ohne Tausch geht das Kind der Komplexion nicht an. — P. S. 1874. Kleinig hat Amts- und Landgericht. — Automatenfrage. Gesächste empfehlen wir nicht. — T. Rein. — W. T. 33. Wollen Sie bitte die 4. Auflage des „Vornamts“ vom Sonntag, den 6. September, wegen Rechtsantritt nachlesen. — R. O. 35. Wir haben von dem Beitrag zu dieser Krankenkasse wiederholt abgetrennt. — H. Falkenberg. Neue Hochstraße. Wollen Sie gest. auf Ihren Vollzeiter anfragen. — G. H. Reddöffer. Der Kleinrentner, Kreis 60 Pf. in der Buchhandlung Vorwärts zu haben. — Witz, Galtkopf, Soldner Straße. Die Adresse des reichsten Millonärs ist und nicht bekannt. — G. St. 100. Eine Verpflichtung zur Entlassung besteht nicht. Verlassen Sie es aber noch einmal mit einer Rücksprache mit dem Rektor. — Thema. Die Zeitung eines Kriegerevents wird das Thema gern befragen. Das R. Nur bei einem Objekt von über 100 M. ist Verurteilung gegen ein Namensschuldurteil an das Landgericht möglich. — G. O. 38. 1. Dann wählen Sie auf Verlegung des Vertrages klagen. 2. Auch hier müssen Sie dem Witz zunächst eine angemessene Frist stellen und dann ebenfalls klagen. — R. M. 10. M. R. 30. Blumenstraße 73. — R. Witzstraße. Am besten bei Monats. — C. S. 13. Wir sind selber nicht in der Lage, Ihnen darüber Auskunft geben zu können. Vielleicht aber werden Sie sich einmal an den Arbeitsnachweis Ihrer Organisation wegen einer leichten Stellung.

Witterungsübersicht vom 7. September 1909, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, Windrichtung, Windstärke. Rows include Hannover, Göttingen, Braunschweig, etc.

Weiterprognose für Dienstag, den 8. September 1909.

Hemlich kühl, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, 8. September.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Schauspielhaus. Das große Licht.  
Deutsches. Reden.  
Kammerstücke. Sozialistische. (Anfang 8 Uhr.)  
Reising. Die Nacht der Finsternis.  
Metropol. Donnerwetter — tadellos.  
Anfang 8 Uhr.

Königl. Opernhaus. Sardanapal.  
Neues. Außerhalb der Gesellschaft.  
Neues Schauspielhaus. Die Kinder der Erzellen.  
Kleines. X...  
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.  
Reising. Der Floh im Ohr.  
Gebbel. Der Liebhaber.  
Königsplatz. Die blaue Maus.  
Trianon. Kräutlein Jasotte — meine Frau.  
Weken. Ein Dolchstoß.  
Schiller O. (Königl. Theater.)  
Das Stiefelstück.  
Schiller. Charlottenburg. Das Opferlamm.

Frederich. Wilhelmshöhe. Schauspielhaus. Als ich wiederkam.  
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.  
Lortzing. Haja.  
Luisen. Flachsman als Erzieher.  
Edella. Das Witternachtsmärchen.  
Bernhard Hofe. Das bemooste Haupt.  
H. S. Vera Violetta. Spezialitäten.  
Gebrüder Herrfeld. Das kommt davon. (Anf. 7 Uhr.)  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Gustav Behrens. Die Goldbrunnen.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Walhalla. Spezialitäten.

Urania. Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

### ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich nachm. 4 Uhr:  
Gr. Militär-Doppel-Konzert  
Eintritt 1 M.,  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,  
Kinder unter 10 Jahren  
— die Hälfte.

**Lortzing-Theater**  
Helle-Altenstraße 7/8.  
Heute 8 Uhr:  
Singspiel **Hedwig Lange.**  
**Zaza.** 154/5  
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Am Altar.**  
**Neues Operetten-Theater.**  
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenbr.  
Neu einstudiert! Anfang 8 Uhr:  
**Die Dollarprinzessin.**

### Metropol-Theater

Unter persönlicher Leitung des  
Komponisten **Paul Lincke.**  
Zum 4. Male:  
**Donnerwetter**  
tadellos!  
Große Jahresrevue in einem Vorspiel  
a. 9 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Paul Lincke. In Szene  
gesetzt von Dir. Richard Schultze.  
Die Tänze einstudiert v. Ballett-  
meister Louis Gundlach.  
Anf. 8 Uhr. — Rauchen gestattet.

### Apollo Theater

Täglich:  
**Trilby-Svengali?**  
Raus und Mystikum  
**Paul Spadoni**  
der König der Kraftstücke. 9 1/2:  
**Vera Violetta.**

### WINTERGARTEN

**Eröffnungs-  
Programm.**

The Zancigs — Joseph Josephi, Sänger  
— Ephraim Thompson, dressierte  
Elephanten — Okabe, Japaner-  
Truppe — Die 5 Mowatts, Keulen-  
Jongleure — Die 12 Tiller-Girls,  
engl. Gesangs- u. Tanztruppe —  
Cornelia und Eddie, amerikanische  
Exzentriks — Der Zukunftspreis,  
Wettrennen m. lebenden Pferden.  
Karl Hertz, Zauberkünstler.  
Beyer de Lafory, französ. Sängerin.  
**Der Biograph.**

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Na endlich!**  
Pariser Extravaganza mit  
**Paulette van Roy**  
und das kolossale  
**Eröffnungsprogramm**  
14 erstklassige Spezialitäten.

**Passage-Panoptikum.**  
Ohne Extra-Entree.  
**Der Riese**  
aller Riesen  
**Pisjakoff**  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Passage-Panoptikum.**  
Ohne Extra-Entree.  
**Der Riese**  
aller Riesen  
**Pisjakoff**  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Passage-Panoptikum.**  
Ohne Extra-Entree.  
**Der Riese**  
aller Riesen  
**Pisjakoff**  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Passage-Panoptikum.**  
Ohne Extra-Entree.  
**Der Riese**  
aller Riesen  
**Pisjakoff**  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Passage-Panoptikum.**  
Ohne Extra-Entree.  
**Der Riese**  
aller Riesen  
**Pisjakoff**  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Passage-Panoptikum.**  
Ohne Extra-Entree.  
**Der Riese**  
aller Riesen  
**Pisjakoff**  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Passage-Panoptikum.**  
Ohne Extra-Entree.  
**Der Riese**  
aller Riesen  
**Pisjakoff**  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Passage-Panoptikum.**  
Ohne Extra-Entree.  
**Der Riese**  
aller Riesen  
**Pisjakoff**  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Passage-Panoptikum.**  
Ohne Extra-Entree.  
**Der Riese**  
aller Riesen  
**Pisjakoff**  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Passage-Panoptikum.**  
Ohne Extra-Entree.  
**Der Riese**  
aller Riesen  
**Pisjakoff**  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

### Schiller-Theater.

O. (Ballner-Theater.)  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Das Stiftungsfest.  
Schwan in 3 Akten von Gustaf  
von Moser.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Der Richter von Zalamea.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Stein unter Steinen.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Das Opferlamm.  
Schwan in 3 Akten von Gustaf  
von Moser.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Das Stiftungsfest.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Das Opferlamm.

### XIV. Saison.

## Zirkus Busch

Donnerstag, den 10. September  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Premiere.**

Die Zirkuskassen sind täglich von 10 Uhr an geöffnet. Billette  
sind ferner zu haben: beim Invalidendank, Unter den Linden 24  
und in der Billett-Abteilung des Warenhauses A. Wertheim,  
Leipziger Straße 132/133. [154/15\*

### Hagenbeck-Schau

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die  
**Hagenbeck-Schau**  
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße, 213/6\*  
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.  
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.  
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.  
Jeden Wechtag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags hochinteressante Raubtierdressur-Proben.  
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachsene u. 25 Pf. f. Kinder.

## H. & P. Uder, SO., Engelufer 5

### Tabakfabrik und Tabakgroßhandlung.

Anerkannt größtes Lager sämtlicher Tabakfabrikate.

Um unsere Kundschaft von unserer Leistungsfähigkeit zu überzeugen, haben wir von heute ab ein neues Verkaufssystem für  
**Zigaretten**  
(sämtl. gangbaren Marken) eingerichtet und offerieren solche bei **Großabnahme** zu noch nie dagewesenen **Rabattsätzen!**

Verkauf nur an Wiederverkäufer!  
Lagerbesuch im eigenen Interesse dringend empfohlen.  
Freie Zusendung durch unsere Gespanne. — Teleph. Amt IV, 3014.

### Brunnen-Theater

Sadtstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.  
Täglich:  
**Mit vollen Segeln.**  
Erstklassige Spezialitäten.  
Richard Morcosos 8  
wilde Königslöwen  
spannendste Raubtiergruppe der  
Gegenwart.  
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

### Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.  
Täglich 8 Uhr. Gallerie 30 Pf.  
67 Kommandantenstr. 67

### Das kommt davon!

mit dem Vorspiel:  
**Es lebe das  
Nachtleben.**  
Komödie in 3 Akten von Anton  
und Donat Herrnsfeld.

### Sanssouci.

Kottbuser  
Str. 6.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Zd. Sonntag, Montag u.  
Donnerstag:

### Hoffmanns Norddeutscher Sängers

und Tanz.  
Ausgewähltes Programm  
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

### Rixdorfer Theater

Bergstraße 147.  
Mittwoch, den 10. September 1908:  
Eröffnung der Spielzeit.  
**Nathan der Weise.**  
Ein dramatisches Gedicht in 5 Akten  
von Lessing. — Anfang 8 Uhr.

### Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.  
Anfang 8 Uhr.  
Das neue große September-  
Programm. — 12 glänzende  
Erstklassigkeiten.

### Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Hpt. Börse.  
Täglich 8 Uhr. Gallerie 30 Pf.  
Der einzig bestehende Eröffnungs-  
Spielplan!  
12 Attraktionen I. Ranges 12.  
u. a.: The 5 Rahnos, Schleuder-  
brett-Krochoten, Alcide u. Alberti,  
Lustakt, Margarita Gilton, Tauben-  
dressur. Dazu:  
**Der Seekadett.**  
Singspiel in 3 Akten.  
Familienfarren wochent. 3. halben  
Kassenpreis gültig in allen Barbier-,  
Friseur- u. cigarrengeeschäften gratis!

### Parodie-Theater

Drebbener Straße 97.  
Heute:  
Cavalleria-Rustikana und  
die urkomische Burleske  
„Berlin steht Kopf“.  
Anfang Sonnt. 8. wochent. 8 1/2 Uhr.

### Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.  
**Berlin wie es weint  
und lacht.**  
Volksstück mit Ges. in 3 Akten  
und erstklassige Spezialitäten.  
Anf. Sonnt. 4 Uhr, wochent. 4 1/2 Uhr.  
Bei ungünstiger Witterung im Saal.

**Achtung! Schiffszimmerer Achtung!**  
Sonnabend, den 12. September 1908:  
**6. Stiftungs-fest**  
der Zahlstelle Berlin und Umgegend  
in den „Markgrafen-Sälen“, Markgrafendamm No. 24.  
Ringbahn-Station: Stralau-Rummelsburg und Treptow.  
Elektrische: Schlesischer Bahnhof-Stralau-Treptow.  
Hierzu ladet ergebenst ein  
Der Vorstand. Das Komitee. 290/12

## Brauerei Friedrichshain

früher Lipps, Am Königstow.  
Oekonom: Ernst Liebling.  
Vom 8. September 1908 ab auf kurze Zeit täglich:  
**Großes bayerisches Keller-Fest**  
Orig. bayr. Königskapelle, die Untersberger, die  
bayr. Schrammeln in Heimatstracht. — Gr. Fest-Aufführungen.  
Belustigungen jegl. Art. — Gr. Prämierungen sowie Gratisverlosungen.  
Bedienung durch ca. 30 oberbayr. Maden in Heimatstracht. Anf. 5 Uhr.  
Entree Wochentags 20 Pf. — Bei ungünstiger Witterung im großen Saal.  
Zurückgekehrt 1487b\*  
Zahnarzt **Theodor Lewin,**  
Skalitzer Straße 46.

## Berliner Eis Paast

Lutherstr. 22/24  
Permanente  
Eisbahn.  
Son morgens 10 Uhr bis  
nachts 12 Uhr geöffnet.  
Täglich von 12 Uhr ab:  
Großes Konzert.  
Umschließel:  
Vormittags 10 bis 5 1/2 Uhr  
0,75 Mk.; ab 5 1/2 Uhr 1 Mk.;  
Kinder unter 12 Jahren  
bis 5 1/2 Uhr 0,50 Mk.

## Reichshallen-Theater

Täglich:  
**Stettiner  
Sänger.**  
Anf. Wochentags 8 Uhr,  
Sonntags 7 Uhr.  
Reichshallen-Garten und  
Restaurant: Militär-Konzert.

## Schönheitsfehler

durch Uder und Schmiele zu verbinden. 18  
nicht leben ein Verbrechen an der eigenen  
Schönheit. Man benutze die nach dem  
genauen E. H. V. Nr. 12898 von E. Uder  
& Co., Berlin, hergestellte, wunderbare  
mit **Gold-Blatt**, erst empfohlen  
und ausnahmslos bewährt, Preis 50 Pf.  
(kleine Packung) und 1 Mk. 1.00  
(große Packung) in Verbindung  
mit **Gold-Blatt**, dem herrlichsten  
und unentbehrlichen Kosmetikum. Preis  
12 Mk., Probe 75 Pf.

### Wunderbare Erfolge,

ganzl. bei gleichzeitiger Anwendung der  
nach dem nämlichen Patent hergestellten,  
wunderbaren und im Gegenlag zu jeder  
andern Festigkeit wirkenden **Juder's**  
**Waters-Medizin**-Seife, Preis 50 Pf.  
(kleine Packung) und 1 Mk. 1.00  
(große Packung) 10 Pf. u. 1/2 Pf. (für  
Kleinkinder), werden leicht bewährt. Jeder,  
der länger vergeblich bellte, mache einen Ver-  
such. Nur die ganz feine Haut der Kinder ver-  
trägt die feinste **Waters-Medizin**-  
Seife, 2 Mk. u. Preis 50 Pf.,  
und **Waters-Medizin**-Kreme, Preis  
40 Pf. (kleine Packung) und 1 Mk. 1.00  
(große Packung) für die feinste Haut.  
Überall zu haben. Wo nicht, direkt  
Verlang durch E. Uder & Co., Berlin,  
Postfach 74.

### W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.  
**Fremdes Blut.**  
Schauspiel.  
Anf. d. Konz. 7. d. Vorstellung 8 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Ehren- und Vorzugskarten gültig!  
Sonnabend, 12. Sept. Vorverkauf:  
Einmalige Aufführung: Muttersegen.

### Casino-Theater

Löfflinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Familie**  
**August Knoche.**  
Berliner Gesangsstücke in 3 Akten.  
August Knoche: Dir. Hans Berg.  
Vorber d. glänzende Eröffnungsprog.  
Sonntag 4 Uhr: Der Brandstifter.  
Nachspielerei.

### Volksgarten-Theater

am Bahnhof Gesundbrunnen.  
Für die Winter-Saison  
empfehle meine 400-1000 Personen  
fassende Festhalle auch Sonntags  
an Vereine und Gemerkschaften zu  
günstigen Bedingungen; auch noch  
einige Sonnabende frei.

### Fröhels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.  
Täglich:  
Mit vollen Segeln.  
Lebensbild in 3 Akten.  
Dazu  
erstklassige Spezialitäten.

### Besteckes Teilzahl-Geschäft für Brennabor-Räder!

Kein Laden!  
Günstigste  
Bedingungen.  
Berlin SO.,  
Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.

## Sofastoffe

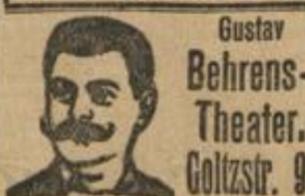
Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle-Reste! Hoquetts.  
Pilech-Satteltaschen.  
Muster b. näh. Angabe franko.  
Berlin, Oranienstr. 158.

### BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Anhalterstr. 132.  
Das bemooste Haupt.  
Anf. 8 Uhr. Wochentags.  
Auf der Gartenbühne:  
Theatervorstellung. Ben-Mi-Bez.  
Stündliche Vorstellungen. Anfang 5 Uhr.

### Folies-Caprice

Durchschlagender Erfolg!  
**Die lästige Witwe.**  
Die Braunschau. — Bunter Teil.  
Ververkauf von 11-2 Uhr  
a. d. Theaterkasse. Anf. 8 Uhr.



**Behrens-Theater.**  
Goltzstr. 9.  
Neu! Neu! Neu!  
Am Strande von Helgoland.  
Ausstattungs-Operette.  
Wiederaufführung von Gustav Behrens  
und 10 erstklassige Spezialitäten.  
Dunkles Kinematograph.  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr

# Eine Umwälzung in der Hauswäsche!

In der soeben stattgefundenen Versammlung der Reinigung der Seifenhändler von Berlin hielt Dr. Salmann einen Vortrag, der

## Jede Hausfrau brennend interessiert

wird und der hier in seinem wesentlichsten Teil wiedergegeben wird:

Von jeher gehört die sachgemäße Behandlung der Wäsche zu den wichtigsten Angelegenheiten der Hausfrau. Das „schneeliche Winnen“ ist ihr Stolz und bildet einen erheblichen Teil des Besitzes bei Hoch und Niedrig. Umsoweniger ist eigentlich die Tatsache zu verstehen, daß in immer steigendem Maße die Wäsche aus dem Hause gegeben wird, wobei doch ohne Zweifel durch Gebrauch allzu scharfer Mittel die Lebensdauer der Wäsche gefährdet erscheint, und nur so zu erklären, daß der Wäschtag mit den bisher üblichen Arten der Wäschebehandlung

## eine der ungemütlichsten Episoden

des häuslichen Lebens zu bilden pflegt. Auch auf diesem profanen Gebiete beginnt die Wissenschaft, sich heimlich zu machen, und sie verjähmt es nicht, der denkenden Hausfrau die Ergebnisse ihrer mühsamen Forschungen in bequemer Weise zu vermitteln, indem sie sie unabhängig machen will von der unkontrollierbaren Tätigkeit der außerhäuslichen Wäschereindustrie.

Man kann den Prozeß der Wäschereinigung einteilen in den der Einweichung bzw. Lösung des Schmutzes, in den der Abreibung des erweichten Schmutzes von der Faser und in den der Bleichung der gereinigten Wäsche.

## Der „Schmutz“ der Wäsche

besteht aus Staub, der durch Schweiß, Fett und dergleichen auf der Faser festgelegt ist, sowie aus den abgekühlten Zellen der menschlichen Oberhaut, eventuell aus Flecken, die von aufgetragenen oder angetrockneten Flüssigkeiten, z. B. Tinte, Obstsaft, Kalao usw. herrühren. Diesen Schmutz erweicht und lockert ohne Zweifel am besten eine gute Seifenlösung.

Besteht also der erste Akt der Hauswäscherei in der Erweichung des Schmutzes durch eine gute Seife — durch kaltes oder heißes Einweichen, eventuell durch Kochen mit Seifenwasser —, so besteht die eigentliche „Arbeit“ im mechanischen Abreiben des erweichten Schmutzes durch die hin und her bewegten Hände, durch Bürsten, Klappen, Reiben auf rauhen Flächen, wie z. B. Waschbrettern, durch Hin- und Herschleudern in Maschinen. Aber auch jetzt pflegt die Wäsche noch nicht völlig rein zu sein, sondern es ist zumeist eine nochmalige Seifenbehandlung mit abermaligen sich daran anschließenden Reibprozeß erforderlich. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß eine so intensive mechanische Behandlung natürlich auch nicht gleichgültig für den Bestand der Wäschefaser sein kann.

## Den dritten Akt bildet

### der Bleichprozeß,

der durch Oxydation des bei der Vergilbung der Faser sich bildenden gelben Farbstoffes diesen in weiß umwandeln soll. Das Normale ist oder sollte vielmehr hier die Rasenbleiche sein. Wir verstehen darunter die Einwirkung des durch gewisse atmosphärische Einflüsse dicht über dem Erdboden — auf dem Rasen — „aktivierten“ Sauerstoffs der Luft, eine Einwirkung, die trotz ihrer bedeutenden Intensität die Faser in ihrem Bestande nicht im geringsten bedroht. Leider ist die

## Rasenbleiche dem Wetter unterworfen,

sie erfordert auch viel Zeit und ist unter den meisten Verhältnissen überhaupt nicht anwendbar, und so greift man zum Chlor. Ueber die wäschemordende Wirkung dieser Substanz ist heutzutage ja jede Diskussion überflüssig, sie ist fast sprichwörtlich geworden. Wenn man — gering gerechnet — annimmt, daß die Lebensdauer der Wäsche um die Hälfte durch die Chlorung herabgemindert wird, und wenn man ferner bei zehn Millionen Familien in Deutschland durchschnittlich einen Wäschebestand von 400 Mark voraussetzt, insgesamt also vier Milliarden, so fägt die Chlorung dem Rationalvermögen alle paar Jahre einen

## Schaden von einer Milliarde Mark zu.

Wir sehen also, daß eine Vereinfachung und Verbesserung der Methoden der Hauswäscherei ein dringendes Bedürfnis der Zeit und eine der interessantesten und meistversprechenden Aufgaben der Gemischten Technologie ist.

## Ich glaube nun sagen zu dürfen, daß diese Aufgabe

### durch die Erfindung des Clarax

in verblüffend einfacher Weise gelöst erscheint, wie ich des weiteren zeigen werde. Diese Erfindung wurde von der Berliner Chemischen Fabrik angekauft, und das hiernach hergestellte Präparat wird unter der Bezeichnung „Clarax“ in kleinen Päckchen zu 10 Pf. in den Handel gebracht. Einzelheiten können zurzeit aus patentrechtlichen Gründen nicht angegeben werden.

Um das Wesen der „Clarax“-Wirkung zu verstehen, muß man zunächst einen Rückblick tun auf die Entwicklung der sogenannten „neuen“ Richtung in der Waschmittelindustrie, denn auch

## „Clarax“ ist ein Sauerstoffpräparat,

wemgleich ein solches von prinzipieller Neuheit.

Die ersten Sauerstoff-Waschpräparate basierten auf Natriumsuperoxyd und erregten bei ihrem Erscheinen ungeheures Aufsehen. Natriumsuperoxyd zerfällt aber beunruhigend beim Eintragen in Wasser in Natronlauge und Wasserstoffsuperoxyd. Dieser Zerfall geschieht unter Selbstentzündung und häufig unter fast explosionsartigen Erscheinungen und es

bleibt unbergessen, daß durch umherfliegende Partikelchen schon

## schwere Verletzungen des Auges

bei derartigen Präparaten vorgekommen sind. Wenngleich in den üblichen Natriumsuperoxyd-Waschmitteln auch gleichzeitig neutralisierende Substanzen, z. B. Fettsäuren, vorhanden sind, welche die schädliche Wirkung der freien Natronlauge abtumpfen sollen, so weiß doch jeder Chemiker, daß die gewünschte Verbindung bei den in Frage kommenden Temperaturen und unter den Verhältnissen der alltäglichen Praxis nicht so rasch und so vollständig zustande kommt, wie man sich das theoretisch denkt.

Grundsätzlich anders liegt die Sache beim Natriumperborat. In ihm haben wir — wenigstens bei den reellen Marken — ein in der Tat auch unter den gewöhnlichen atmosphärischen Einflüssen haltbares Sauerstoffpräparat ohne jede Nebenwirkung, und auf ihm bauen sich die zahlreichen modernen Mischungen aus Seifenpulver und Natriumperborat auf, die zu bekannt sind, als daß man sie bei Namen zu nennen brauchte. Die Annahme aber, daß Natriumperborat als solches nicht haltbar sei, und die Mischung mit Seife keine Haltbarkeit erhöhe, ist irrig, und das Gegenteil ist richtig. Tatsächlich ist bezüglich Haltbarkeit die

## Beimischung von Seifenpulver zum Perborat schädlich.

Uebrigens teilen die Natriumperboratpräparate mit den Natriumsuperoxydpräparaten den Nachteil, daß sie bezüglich des Sauerstoffs sehr unökonomisch arbeiten. Ein erheblicher Teil wird nämlich bereits durch die katalytisch wirkenden Stoffe der Wäsche in Freiheit gesetzt und für den in Frage kommenden Zweck entwertet, während der Rest bereits bei einer Temperatur von 60 Grad C entweicht, so mit bei Kochtemperatur, wobei die Wirkung am stärksten sein soll, nicht mehr vorhanden ist.

## An diesem Punkte setzt

## die bedeutsame Erfindung des „Clarax“

ein. Durch Zusatz gewisser Stoffe, auf die, wie schon gesagt, aus patentrechtlichen Gründen zurzeit nicht eingegangen werden kann, gelang es, die Sauerstoffentwicklung erheblich zu verzögern, das heißt für vorliegenden Zweck in den richtigen Bahnen zu halten. Der latente Sauerstoff des „Clarax-Pulvers“ verzehrt sich nicht an den katalytisch wirkenden Substanzen der Wäsche, die ihn nur wenig in seinem latenten Zustande irritieren, er entweicht auch nicht bei relativ niedrigen Temperaturen, sondern die Lösung muß erst längere Zeit gelocht werden, um die gesamte Menge des verfügbaren Sauerstoffes zu entbinden. All dies haben die minutiösen Untersuchungen Dr. Verjus, Assistent an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, evident ergeben. Es liegt nun auf

der Hand, daß diese höchst eigenartigen Umstände eine hohe, bisher nicht erreichte technische und wirtschaftliche Ökonomie in der Ausnutzung des verfügbaren Sauerstoffes bedingen. So war es möglich, in einem kleinen Päckchen für 10 Pf., das ich Ihnen hier demonstriere, eine Menge Substanz unterzubringen, welche genügt, um circa 10 Pfund trodrene Wäsche

## automatisch zu waschen und zu bleichen.

Die Wirkung ist tatsächlich eine verblüffende, vielfach in der Praxis erprobt und unter anderen auch von Dr. Jeserich mit den Worten höchster Anerkennung bestätigt. Dabei ist von irgend-einem schädlichen Einfluß des „Clarax“ auf die Wäsche-Faser absolut keine Rede. Die Zerreihsproben und mikroskopischen Untersuchungen von Dr. Jeserich haben ergeben, daß selbst wiederholtes Kochen in gesättigter Clarax-Lösung keinerlei angreifende Wirkung auf die Wäsche erkennen läßt. Ein bedeutender Umstand für die Seifen-Industrie liegt besonders darin, daß „Clarax“ nicht etwa mit der unbestrittenen Seife in Konkurrenz tritt. „Clarax“ soll vielmehr eine Erhöhung des Wascheffektes der Seife bewirken, andererseits eine völlig unschädliche Bleichwirkung erzielen, und das geschieht tatsächlich in so vollkommener Weise, daß man sagen kann, die

## Arbeit und der Verbrauch an Feuerung wird auf die Hälfte reduziert.

Es soll hier nicht darauf eingegangen werden, worin beim „Clarax“ der eigentliche Grund für seine tatsächlich frappierende Wirkung liegt. Der Sauerstoff allein ist es nicht, sondern die anderen im „Clarax“ vorhandenen Stoffe üben ohne Zweifel ebenfalls einen wichtigen Einfluß aus, da andere Mischungen mit dem gleichen Sauerstoffgehalt bis zur Wirkungslosigkeit differieren. Ich will Ihnen nur an einem ekklatanten Beispiel, durch Entfernung eines Gallus-Tinten-flecks, die außerordentliche Bleichwirkung des „Clarax“, das natürlich auch andere Flecke vorzüglich entfernt, demonstrieren.

## (Der Redner entfernt vor der Versammlung innerhalb weniger Minuten einen Tinten-, Blaubeer- und Kakaofleck mit schwacher „Clarax“-Lösung.)

Haben somit die bisherigen Sauerstoffpräparate eine aussichtsvolle Richtung gezeigt, so hat „Clarax“ den richtigen Weg bis ans Ziel verfolgt und wir dürfen es dem Fabrikanten nicht verargen, wenn er etwas in poetischem Ueberschwange, aber nicht ganz unzutreffend sein Präparat als „Die Waschfrau in der Tüte“ bezeichnet.



# Clarax

## Die Waschfrau in der Tüte

für 10 Pf.

Die Generalversammlung von Groß-Berlin.

Zu der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend...

politischen Bedeutung der Budgetbewilligung

auf der Tagesordnung. Dazu teilt der Verbandsvorsitzende Eugen Ernst mit, daß Genosse Rollenbühr seine in der vorigen Generalversammlung vorgelegte Resolution zurückgezogen hat...

Siehe auf wird die in der vorigen Generalversammlung abgebrochene Diskussion fortgesetzt.

Genrich Schulz: Der Genosse Rollenbühr hat für die Frage der Budgetbewilligung den Rahmen einer akademischen Debatte aufgestellt, wollte sie rein theoretisch behandelt wissen...

Genrich Schulz: Ich bitte die bayerischen Genossen dringend, die Meinung auszusprechen, daß sie etwas besonderes sind. Nun werden wir dies Wort dahin abändern müssen, daß wir sagen, die süddeutschen Genossen sollen die Meinung ausgeben, daß sie etwas besonderes seien.

Genrich Schulz: Ich bitte Sie, in dieser Hinsicht die wichtigsten Ausführungen des Genossen Kautsky nachzulesen. Vor dem Wesen einer Spaltung der Partei fürchte ich mich nicht.

Eduard Bernstein: Genosse Schulz wünscht, daß die Frage nicht allzu theoretisch, sondern mehr praktisch behandelt werde. Das ist auch mein Wunsch, und darum bebaure ich es, daß mit der Zurückziehung von Rollenbührs Resolution auch mein Zusatzantrag hinfällig geworden ist.

Eduard Bernstein: Ich halte die Behauptung aufrecht, daß die Budgetfrage die Bedeutung nicht hat, die ihr beigelegt wird. Aber wenn das so ist, dann fällt auch ein Teil der Gründe weg, die gegen die süddeutschen Genossen angeführt werden.

Eduard Bernstein: Ich halte die Behauptung aufrecht, daß die Budgetfrage die Bedeutung nicht hat, die ihr beigelegt wird. Aber wenn das so ist, dann fällt auch ein Teil der Gründe weg, die gegen die süddeutschen Genossen angeführt werden.

Eduard Bernstein: Ich halte die Behauptung aufrecht, daß die Budgetfrage die Bedeutung nicht hat, die ihr beigelegt wird. Aber wenn das so ist, dann fällt auch ein Teil der Gründe weg, die gegen die süddeutschen Genossen angeführt werden.

Eduard Bernstein: Ich halte die Behauptung aufrecht, daß die Budgetfrage die Bedeutung nicht hat, die ihr beigelegt wird. Aber wenn das so ist, dann fällt auch ein Teil der Gründe weg, die gegen die süddeutschen Genossen angeführt werden.

Eduard Bernstein: Ich halte die Behauptung aufrecht, daß die Budgetfrage die Bedeutung nicht hat, die ihr beigelegt wird. Aber wenn das so ist, dann fällt auch ein Teil der Gründe weg, die gegen die süddeutschen Genossen angeführt werden.

Eduard Bernstein: Ich halte die Behauptung aufrecht, daß die Budgetfrage die Bedeutung nicht hat, die ihr beigelegt wird. Aber wenn das so ist, dann fällt auch ein Teil der Gründe weg, die gegen die süddeutschen Genossen angeführt werden.

ordneten Fragen verschiedene Meinungen haben, aber doch auf Grund des Parteiprogramms gemeinsam wirken und streben. Ich hätte auch nichts dagegen, wenn Sie mich in diesem Sinne statt Revisionist Reformist nennen würden.

Adolf Hoffmann erwähnt kurz die Proteste, die gegen die angebliche Mandatsjägerie zum bevorstehenden Parteitag erhoben wurden und ersucht die Genossen, einmal nachzulesen, was Bollmar in München über das Rosenheimer Mandat der Frau Lilly Braun ausführte.

Adolf Hoffmann: Wenn die Genossen der Meinung waren, daß der Genosse Bernstein nur in der Theorie ausreicht, so zeigt sich jetzt, daß dies auch in der Praxis der Fall ist. In der Sache selbst sollten wir dafür sorgen, daß hier auf der Generalversammlung in irgend einer Form eine Abstimmung stattfindet, und ich beantrage, daß wir heute über die im 5. Wahlkreis angenommene Resolution abstimmen, damit es nicht heißen kann, Groß-Berlin habe zu der Frage keine bestimmte Stellung genommen.

Adolf Hoffmann: Wenn die Genossen der Meinung waren, daß der Genosse Bernstein nur in der Theorie ausreicht, so zeigt sich jetzt, daß dies auch in der Praxis der Fall ist. In der Sache selbst sollten wir dafür sorgen, daß hier auf der Generalversammlung in irgend einer Form eine Abstimmung stattfindet, und ich beantrage, daß wir heute über die im 5. Wahlkreis angenommene Resolution abstimmen, damit es nicht heißen kann, Groß-Berlin habe zu der Frage keine bestimmte Stellung genommen.

Adolf Hoffmann: Wenn die Genossen der Meinung waren, daß der Genosse Bernstein nur in der Theorie ausreicht, so zeigt sich jetzt, daß dies auch in der Praxis der Fall ist. In der Sache selbst sollten wir dafür sorgen, daß hier auf der Generalversammlung in irgend einer Form eine Abstimmung stattfindet, und ich beantrage, daß wir heute über die im 5. Wahlkreis angenommene Resolution abstimmen, damit es nicht heißen kann, Groß-Berlin habe zu der Frage keine bestimmte Stellung genommen.

Adolf Hoffmann: Wenn die Genossen der Meinung waren, daß der Genosse Bernstein nur in der Theorie ausreicht, so zeigt sich jetzt, daß dies auch in der Praxis der Fall ist. In der Sache selbst sollten wir dafür sorgen, daß hier auf der Generalversammlung in irgend einer Form eine Abstimmung stattfindet, und ich beantrage, daß wir heute über die im 5. Wahlkreis angenommene Resolution abstimmen, damit es nicht heißen kann, Groß-Berlin habe zu der Frage keine bestimmte Stellung genommen.

Adolf Hoffmann: Wenn die Genossen der Meinung waren, daß der Genosse Bernstein nur in der Theorie ausreicht, so zeigt sich jetzt, daß dies auch in der Praxis der Fall ist. In der Sache selbst sollten wir dafür sorgen, daß hier auf der Generalversammlung in irgend einer Form eine Abstimmung stattfindet, und ich beantrage, daß wir heute über die im 5. Wahlkreis angenommene Resolution abstimmen, damit es nicht heißen kann, Groß-Berlin habe zu der Frage keine bestimmte Stellung genommen.

Adolf Hoffmann: Wenn die Genossen der Meinung waren, daß der Genosse Bernstein nur in der Theorie ausreicht, so zeigt sich jetzt, daß dies auch in der Praxis der Fall ist. In der Sache selbst sollten wir dafür sorgen, daß hier auf der Generalversammlung in irgend einer Form eine Abstimmung stattfindet, und ich beantrage, daß wir heute über die im 5. Wahlkreis angenommene Resolution abstimmen, damit es nicht heißen kann, Groß-Berlin habe zu der Frage keine bestimmte Stellung genommen.

Adolf Hoffmann: Wenn die Genossen der Meinung waren, daß der Genosse Bernstein nur in der Theorie ausreicht, so zeigt sich jetzt, daß dies auch in der Praxis der Fall ist. In der Sache selbst sollten wir dafür sorgen, daß hier auf der Generalversammlung in irgend einer Form eine Abstimmung stattfindet, und ich beantrage, daß wir heute über die im 5. Wahlkreis angenommene Resolution abstimmen, damit es nicht heißen kann, Groß-Berlin habe zu der Frage keine bestimmte Stellung genommen.

Adolf Hoffmann: Wenn die Genossen der Meinung waren, daß der Genosse Bernstein nur in der Theorie ausreicht, so zeigt sich jetzt, daß dies auch in der Praxis der Fall ist. In der Sache selbst sollten wir dafür sorgen, daß hier auf der Generalversammlung in irgend einer Form eine Abstimmung stattfindet, und ich beantrage, daß wir heute über die im 5. Wahlkreis angenommene Resolution abstimmen, damit es nicht heißen kann, Groß-Berlin habe zu der Frage keine bestimmte Stellung genommen.

Adolf Hoffmann: Wenn die Genossen der Meinung waren, daß der Genosse Bernstein nur in der Theorie ausreicht, so zeigt sich jetzt, daß dies auch in der Praxis der Fall ist. In der Sache selbst sollten wir dafür sorgen, daß hier auf der Generalversammlung in irgend einer Form eine Abstimmung stattfindet, und ich beantrage, daß wir heute über die im 5. Wahlkreis angenommene Resolution abstimmen, damit es nicht heißen kann, Groß-Berlin habe zu der Frage keine bestimmte Stellung genommen.

Adolf Hoffmann: Wenn die Genossen der Meinung waren, daß der Genosse Bernstein nur in der Theorie ausreicht, so zeigt sich jetzt, daß dies auch in der Praxis der Fall ist. In der Sache selbst sollten wir dafür sorgen, daß hier auf der Generalversammlung in irgend einer Form eine Abstimmung stattfindet, und ich beantrage, daß wir heute über die im 5. Wahlkreis angenommene Resolution abstimmen, damit es nicht heißen kann, Groß-Berlin habe zu der Frage keine bestimmte Stellung genommen.

Adolf Hoffmann: Wenn die Genossen der Meinung waren, daß der Genosse Bernstein nur in der Theorie ausreicht, so zeigt sich jetzt, daß dies auch in der Praxis der Fall ist. In der Sache selbst sollten wir dafür sorgen, daß hier auf der Generalversammlung in irgend einer Form eine Abstimmung stattfindet, und ich beantrage, daß wir heute über die im 5. Wahlkreis angenommene Resolution abstimmen, damit es nicht heißen kann, Groß-Berlin habe zu der Frage keine bestimmte Stellung genommen.

urteilen und was die Aufregung hervorgerufen hat. Es muß von jedem, der der Partei angehört, verlangt werden, daß er sich nach den Grundfragen der Partei und den Parteitagebeschlüssen richtet, sonst stellt er sich selbst außerhalb der Partei.

Nachdem die Debatte zwei Stunden gedauert hat, wird nun ein Antrag auf Debatteentschluss angenommen.

Rollenbühr führt in seinem Schlusswort unter anderem aus: Bernstein hat die Sache so hingestellt, als ob das Budget mehr eine rein kalkulatorische Aufstellung über die Einnahmen und Ausgaben des Staates war, die Abstimmung darüber keine politische Bedeutung hätte.

Rollenbühr führt in seinem Schlusswort unter anderem aus: Bernstein hat die Sache so hingestellt, als ob das Budget mehr eine rein kalkulatorische Aufstellung über die Einnahmen und Ausgaben des Staates war, die Abstimmung darüber keine politische Bedeutung hätte.

Rollenbühr führt in seinem Schlusswort unter anderem aus: Bernstein hat die Sache so hingestellt, als ob das Budget mehr eine rein kalkulatorische Aufstellung über die Einnahmen und Ausgaben des Staates war, die Abstimmung darüber keine politische Bedeutung hätte.

Die Versammlung beschloß sodann mit allen gegen eine Stimme, sich mit der in den Wahlkreisen Groß-Berlins angenommenen Resolution gegen die Budgetbewilligung einverstanden zu erklären, ohne sich damit auf einen bestimmten Wortlaut festzulegen.

Als zweiter Punkt standen die gegen den in der vorigen Generalversammlung gefassten

Beschluß über die Höhe des Beitrags der weiblichen Mitglieder eingegangenen Proteste auf der Tagesordnung. Es liegt unter anderem ein Protest des Wahlvereinsvorstandes vom 5. Kreise, sowie ein zweiter von der Mitgliederversammlung des Landwehr-Wahlvereins vor, dem sich namentlich auch die dortigen Genossinnen angeschlossen haben.

Die Generalversammlung fordert den Parteitag auf, energischen Protest zu erheben gegen die von der Mehrheit des Reichstages geschaffenen Ausnahmegesetze gegen die Polen, und besonders zu protestieren gegen das Verbot der Rittersprache in öffentlichen Versammlungen.

Die Generalversammlung fordert den Parteitag auf, energischen Protest zu erheben gegen die von der Mehrheit des Reichstages geschaffenen Ausnahmegesetze gegen die Polen, und besonders zu protestieren gegen das Verbot der Rittersprache in öffentlichen Versammlungen.

Die Generalversammlung fordert den Parteitag auf, energischen Protest zu erheben gegen die von der Mehrheit des Reichstages geschaffenen Ausnahmegesetze gegen die Polen, und besonders zu protestieren gegen das Verbot der Rittersprache in öffentlichen Versammlungen.

Die Generalversammlung fordert den Parteitag auf, energischen Protest zu erheben gegen die von der Mehrheit des Reichstages geschaffenen Ausnahmegesetze gegen die Polen, und besonders zu protestieren gegen das Verbot der Rittersprache in öffentlichen Versammlungen.

Die Generalversammlung fordert den Parteitag auf, energischen Protest zu erheben gegen die von der Mehrheit des Reichstages geschaffenen Ausnahmegesetze gegen die Polen, und besonders zu protestieren gegen das Verbot der Rittersprache in öffentlichen Versammlungen.

Die Generalversammlung fordert den Parteitag auf, energischen Protest zu erheben gegen die von der Mehrheit des Reichstages geschaffenen Ausnahmegesetze gegen die Polen, und besonders zu protestieren gegen das Verbot der Rittersprache in öffentlichen Versammlungen.

Die Generalversammlung fordert den Parteitag auf, energischen Protest zu erheben gegen die von der Mehrheit des Reichstages geschaffenen Ausnahmegesetze gegen die Polen, und besonders zu protestieren gegen das Verbot der Rittersprache in öffentlichen Versammlungen.

„Den Aufnahmefähigkeit ist eine Rubrik hinzuzufügen, in welcher die gewerkschaftliche Organisation des Mitgliedes eingetragen werden kann.“

„Bei Demonstrationen und Protestversammlungen ist für die Referate keine Entschädigung zu gewähren.“

Ein Antrag des vierten Kreises: „Die Gewährung von Diktaten zu Parteitagen und Kongressen ist einheitlich zu regeln“, wird abgelehnt, nachdem Wolle r m a n n darauf hingewiesen hat, daß die jegliche Regelung, monach die Delegierten, die als Partei- oder Gewerkschaftsbeamten und in ähnlichen Stellungen fortlaufend ihre Gehalt beziehen, einen geringeren Satz erhalten, gerechtfertigt ist.

Unter Partei- und Verbandsangelegenheiten erklärt R ö b e r - P a n l o w, daß er in der vorigen Versammlung nicht gesagt habe, daß der erwähnte Verordnungsentwurf raubgeworfen werden sollte, wenn er noch einmal nach Panlow käme. — Eugen E r n s t konstatiert demgegenüber, daß er doch das Wort gebraucht habe. Wenn der Genosse Röber jetzt zu der Einsicht gekommen sei, daß er dies nicht hätte sagen sollen, so sei dies ja erstreblich. — Die Versammlung gab durch Zwischenrufe ihre Zustimmung kund.

Zum Schluß wies Genosse E r n s t darauf hin, daß die Genossen Groß-Berlin in der heutigen Versammlung klar zum Ausdruck gebracht, daß sie die Politik des Entgegenkommens mit aller Entschiedenheit ablehnen. Er sprach im übrigen die Erwartung aus, daß die Genossen nunmehr innerhalb unserer Organisation an allen Aktionen mit ganzer Kraft teilnehmen werden. — Die Versammlung schloß mit dröhnenden Hochrufen auf die Sozialdemokratie.

## Konferenz der Freien Jugendorganisationen Deutschlands.

Die Konferenz tagte am Sonntag in den Arminhallen. Nach Eröffnung der Verhandlungen begrüßte R ö b e r - P a n l o w die Delegierten und Gäste. Er sagte, daß 25 Ortsgruppen durch 30 Delegierte vertreten sind, auch sind zahlreiche Gäste anwesend. Viele Ortsgruppen konnten aus personellen Gründen keine Vertretung senden. Der Redner verwies auf die gegenwärtigen Diskussionen, die über die Frage der Jugendorganisation in der Arbeiterpresse gepflogen werden. Die Frage, ob die proletarische Jugend ihre Angelegenheiten selbst regeln solle, werde hier entschieden werden.

P e t e r s - B e r l i n, der ebenfalls eine Begrüßungsrede hielt, sagte, die ganze proletarische Jugendbewegung Deutschlands habe einmütig zum Ausdruck gebracht, daß sie ihre mit vielen Mühen und Opfern geschaffene Organisation aufrecht erhalten wolle, und daß sie willens sei, auch in Zukunft Opfer für ihre Organisation zu bringen. Es sei sehr wichtig, daß die proletarische Jugend in ganz Deutschland in der Frage der selbständigen Jugendorganisation einig sei. Eine Mainlinie gäbe es nicht mehr, Nord- und Süddeutschland hätten sich die Hände gereicht, es herrsche volle Einmütigkeit in der Frage der Organisation. Nicht im Interesse der Jugend allein, nicht aus egoistischen Gründen trete die proletarische Jugend für die Erhaltung ihrer Selbständigkeit ein, sondern weil sie glaube, durch ihre Organisation der Arbeiterbewegung den besten Dienst leisten zu können. Wir wollen alle wünschen, daß die heutigen Verhandlungen dazu beitragen, daß die proletarische Jugend und Arbeiterschaft eins werden in der Frage der Jugendorganisation. Diese Einigkeit würde der größte Erfolg der Konferenz sein.

D a n n e n b e r g - W i e n begrüßte die Konferenz namens des Internationalen Bureau der sozialistischen Jugendorganisationen und der österreichischen Jugendorganisation. Wenn auch die Vereinigung der Jugendorganisationen Deutschlands, weil sie unpolitisch ist, dem Internationalen Bureau nicht angeschlossen ist, so werde ihre Entwicklung doch vom Bureau mit größtem Interesse verfolgt, denn Deutschland sei berufen, das klassische Land der sozialistischen Jugendbewegung zu werden.

Weitere Begrüßungsreden hielten K e u l e b r o u c k e namens der belgischen jungen Garde, sowie H e n t - L e i p z i g und B a r t e l - D r e s d e n im Namen der dortigen Jugendorganisationen.

Hierauf trat die Konferenz in die Behandlung der Tagesordnung ein.

P e t e r s - B e r l i n erstattete den Geschäftsbericht.

Der Vereinigung gehörten Ende Juni 26 Vereine mit 6431 Mitgliedern an. Seitdem ist die Zahl der Mitglieder auf etwa 8000 angewachsen. Einige süddeutsche Vereine sind beigetreten und der Gauvorstand von Württemberg hat erklärt, daß seine Organisation der Vereinigung beitreten werde, wenn die Selbständigkeit der Jugendorganisation erhalten bleibt. Die vor acht Tagen in Leipzig abgehaltene Konferenz habe die Einheitslichkeit der Jugendbewegung gesichert. Nach den Anschlüssen aus Süddeutschland verfüge die Vereinigung über etwa 10 000 Mitglieder. Das sei ein ansehnlicher Stamm, namentlich wenn man bedenke, daß die Jugendorganisation erst kurze Zeit bestche und mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

In der Diskussion erhob P ä p p i k - B e r l i n den Vorwurf, Peters habe als Geschäftsführer der Vereinigung und bei Verhandlungen mit Vertretern der Arbeiterorganisationen so viele Fehler gemacht, daß bei den erwachsenen Arbeitern die Ansicht Platz greifen konnte, es sei unzumutbar, wenn die selbständigen Jugendorganisationen weiter beständen. Aus dieser Auffassung erklärte sich auch das Referat, welches Robert S c h m i d t auf dem Gewerkschaftskongress hielt.

M a s c h e - B e r l i n meinte dagegen, es liege die Arbeiterschaft beleidigen, wenn man glauben würde, sie ließe sich in ihrem Urteil über die Jugendorganisation durch das persönliche Verhalten von Peters und nicht ausschließlich durch sachliche Gründe leiten.

P e t e r s bestritt, daß durch sein Auftreten die Situation zwischen Jugend und Arbeiterschaft verschärft worden sei. — Im übrigen erstreckte sich die Diskussion auf rein geschäftliche Angelegenheiten.

Die Zeit bis zum Eintritt der Mittagspause wurde ausgefüllt mit der Beratung einer Reihe von Anträgen, die für die Öffentlichkeit ohne Interesse sind.

Nach der Mittagspause begrüßte S i m o n K a h n e n f e i n die Konferenz im Namen des Arbeiter-Abstinentenbundes. Er sagte unter anderem, die Jugendbewegung und die Arbeiter-Abstinentenbewegung haben den Zusammenhang, daß beide nach Klein an Zahl sind und sich zunächst Bildung, schließlich Anerkennung in weiten Kreisen zu erlangen haben. Es werde möglich sein, daß die Selbständigkeit der Jugendorganisation erhalten bleibe und wenn sie unter Vorbehalt der organisierten Arbeiterschaft fortfähre, im Interesse aller Bestrebungen zu wirken, dann werde die allgemeine Anerkennung nicht ausbleiben.

D r. D u n e r - S t u t t g a r t bringt Grüße der dortigen Jugendorganisation dar.

Der Vorsitzende der Konferenz verlas ein Schreiben der Generalkommission, welches als Antwort auf die Einladung, einen Vertreter zur Konferenz zu senden, eingegangen ist. Die Generalkommission schreibt, sie betrachte die Jugendorganisation nicht als einen selbständigen Teil der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen. Die Entscheidung über die Form ihrer Organisation könne nicht Ende der Jugend sein, sondern sie müsse den Faktoren der organisierten Arbeiterschaft überlassen bleiben. Der Gewerkschaftskongress habe in dieser Hinsicht bereits eine Entscheidung getroffen. Der Parteivorstand habe dem Parteitag eine ähnliche Resolution vorgelegt wie die vom Gewerkschaftskongress angenommene. Bei dieser Sachlage könne sich die Generalkommission keine Förderung der Angelegenheit durch die Konferenz versprechen und könne deshalb keine Vertretung zu derselben entsenden.

Der hierauf gegebene Bericht der Mandatsprüfungskommission ergab, daß 27 Orte durch 88 Delegierte vertreten sind.

Der Massenbericht, den G r ü n e r - B e r l i n erstattete, gab keinen Anlaß zur Diskussion.

Nun folgte eine Reserat über:

### „Arbeiterbewegung und selbständige Jugendorganisation“.

Der Referent P e t e r s - B e r l i n begann mit einer Erörterung des heutigen Schulwesens. Von jeher seien die herrschenden Klassen bestrbt gewesen, den Unterricht der Jugend so zu gestalten, wie es ihren Interessen entspricht. Was die Volksschule in dieser Hinsicht bezuglich, das werde in der Fortbildungsschule und später beim Militär fortgesetzt. Insbesondere werde seitens der Herrschenden versucht, die Jugend dem Einfluß der modernen Arbeiterbewegung zu entziehen. Im Hinblick auf diese Verhältnisse sei es notwendig, die Jugend im Alter von 15—18 Jahren der modernen Arbeiterbewegung zuzuführen, denn diese brauche einen Nachwuchs von jungen Kräften. Das sei insofern sehr wichtig, weil die in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Kräfte stark überlastet sind. Es gelte deshalb, die jungen Leute im Sinne der modernen Arbeiterbewegung heranzubilden, ehe sie in diese Bewegung eintreten. Zu klaffenbewußten Arbeitern müsse die proletarische Jugend erzogen werden. Aber nicht von oben herab dürfe die Erziehung betrieben werden. Man dürfe den Jüngling und der Jungfrau nicht sagen: „Wir wollen euch erziehen, aber ihr habt dabei nicht mitzureden.“ Die Erzieher müssen vielmehr als Helfer und Berater zu den jungen Leuten kommen. Das Ziel der Jugendberziehung müsse sein, das geistige Niveau der Massen zu heben. Wer die Jugend erziehen will, der müsse sie verstehen; wer sie gewinnen will, der müsse ihr Vertrauen haben. Nur zu denen könne die Jugend Vertrauen haben, die alle Interessen der Jugend wahrnehmen. Die Jugend aber habe nicht lediglich Bildungsinteressen, sondern vor allem wirtschaftliche Interessen. Diese seien es, an denen die Jugend gepakt werden müsse. Wenn die proletarische Jugendbewegung erst ihre Kinderkrankheiten überstanden habe, werde sie zu einer Massenbewegung der Jugend werden. — Was wolle man denn jetzt an die Stelle der selbständigen Jugendorganisation setzen? Nach dem Beschluß des Hamburger Gewerkschaftskongresses sollen es Komitees sein mit Jugendabteilungen in den Gewerkschaften. Die Komitees trügen den Keim des Todes in sich, weil sie nicht die wirtschaftlichen Interessen und nicht die Selbständigkeit der Jugend berücksichtigen. Es seien Komitees für die Jugend; verlangen müsse man dagegen Komitees aus der Jugend, unter Mitwirkung erwachsener Arbeiter. Die gewerkschaftlichen Jugendabteilungen könnten sogar gefährlich werden für die Jugendbewegung. Es sei zu verstehen, wenn die Gewerkschaften im Interesse ihrer wirtschaftlichen Kämpfe die Jugend zu gewinnen suchen. Dies Bestreben der Gewerkschaften habe die Jugendorganisation bisher bereitwillig unterstützt, indem sie ihnen die jugendlichen Berufsangehörigen zuführte. Aber als Ersatz für die selbständige Jugendorganisation könnten die gewerkschaftlichen Jugendabteilungen nicht angesehen werden, weil sie der Jugend nur eine einseitige, fachliche Ausbildung geben, ohne die allgemeinen Interessen der proletarischen Jugend zu berücksichtigen. Uebrigens kämen hier nur einige Gewerkschaften in Frage, die mit einer großen Zahl jugendlicher Arbeiter zu rechnen haben. Auf die Lehrlinge wolle ja die Gewerkschaft, wie in Hamburg gesagt wurde, verzichten. Zwar habe Robert S c h m i d t gesagt, das brutale Vorgehensverhältnis des Gesellen zum Lehrling müsse in ein Vertrauensverhältnis umgewandelt werden. Aber jetzt herrsche nach lange nicht überall ein solches Vertrauensverhältnis, und schon deshalb sei die Selbständigkeit der Jugendorganisation begründet. — Die Jugend wisse am besten, wo ihr der Schuh drückt. Sie müsse die Verhältnisse, unter denen sie leidet, aufzeigen, und die Erwachsenen mühten ihr bei Abstellung derselben beizuhelfen. Die Verhältnisse im Lehrlingswesen könnten nur unter Mitwirkung der Lehrlinge selbst wirksam bekämpft werden. Durch ihre Teilnahme an den Bestrebungen auf praktischen Jugendschau werde die Jugendorganisation nicht in das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften eingreifen. — Die Jugendlichen wollten auch Beiträge begahnen. Wohlstand wolle sie nicht. Im Gegensatz zu Robert S c h m i d t sagte ich: Alle Achtung vor dem Jugendlichen, der seinen letzten Groschen für die Organisation hergibt und lieber auf ein Stück Wurst verzichtet. — Es frage sich nun, welche Wege die Jugendorganisation zu gehen hat, um nicht als politische Organisation angesehen zu werden. Wenn die Jugendorganisation in der bisherigen Weise weiterarbeite, so werde man ihr auch mit dem Reichsvereingeseh nichts anhaben können. Vor etwaigen Schikanierungen durch die Polizei dürfe die Jugend nicht zurückschrecken. — Die Jugendorganisation wolle keine Sonderorganisation sein, sondern nur ein besonderes Glied in der allgemeinen Arbeiterbewegung, in deren Tätigkeitsgebiet sie nicht eingreifen habe. Die Jugend müsse alles daransetzen, ihre Selbständigkeit zu behalten. Die Jugend müsse kämpfen für die Bestrebungen der Arbeiterbewegung und ihre Ideale. Und sehet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein. (Lebhafter Beifall.)

Als erster Diskussionsredner sagte D o m b r o w s k i - B r e s l a u: Er habe erwartet, das Referat solle eine Demonstration gegen den Beschluß des Gewerkschaftskongresses sein. In dieser Hinsicht sei das Referat vollständig verunglückt. Aus einem Artikel, den Peters im „Vorwärts“ veröffentlichte, schloß der Redner, Peters wolle sich wieder mit den Gewerkschaften befreunden und ihnen Konzessionen machen. Wir aber sind keine Konzessionsmenschen. Da auf dem Parteitag die Frage der Budgetbewilligung im Vordergrund stehe, werde die Frage der Jugendorganisation wohl zu kurz kommen. Es sei zu wünschen, daß auf dem Parteitag auch ein Vertreter der Jugend zum Wort komme.

H e i n r i c h - B r e s l a u tritt für freiwillige Jugendberziehung ein. S c h u m a n n - J e n a behauptet, daß die Gewerkschaft keine Fühlung mit der Jugend hatten, woraus sich die Gegnerschaft gegen selbständige Jugendorganisationen erklärt. Die Gewerkschafter mühten Fühlung mit den Jugendlichen nehmen und im Verkehr mit ihnen wieder jung werden. Die älteren Arbeiter, welche hier und da als Leiter der Jugendlichen bestimmt sind, seien oft nicht die geeigneten Personen. In Altona gittern die Jugendlichen vor dem, der ihnen als Freund und Berater bestellt sei. — W ä t t e r - H a l l e polemisiert gegen Robert S c h m i d t s Hamburger Rede, und sagt, wenn der Parteitag auch gegen unsere Selbständigkeit sich ausgesprochen sollte, so mühten wir doch bestrebt sein, dieselbe zu erhalten. — S c h u l z - B e r l i n tritt für Selbständigkeit der Jugendorganisation ein und meint, wenn man ihr vor den Kopf stoße, dann könnte sie zu einer Sonderorganisation werden. Bleibe aber die Selbständigkeit erhalten, so werde sich die Jugendorganisation nur als ein Glied in der Arbeiterbewegung betrachten. — S c h u l z - B a r m e n ist der Ansicht, daß der Hamburger Beschluß in der Hauptsache dem Standpunkt der Generalkommission entspreche, aber nicht von allen Bahnhallen der Gewerkschaften gebilligt werde. Schon aus diesem Grunde sei die Bildung gewerkschaftlicher Jugendabteilungen verfehlt. — K o c h - M a g d e b u r g glaubt, der Parteitag werde nicht die Aufhebung der Selbständigkeit der Jugendorganisation beschließen, denn es sei eine starke Strömung für Erhaltung der Selbständigkeit vorhanden. Aber die Leitung der Jugendorganisation müsse in andere Hände gelegt werden. Das sei notwendig nach den Erfahrungen, die man in Berlin gemacht habe. Die Berliner Organisation dürfe die Leitung nicht behalten. — S c h u l z - B e r l i n hält die Resolution des Gewerkschaftskongresses für praktisch undurchführbar. Zu betonen sei es, daß die Jugendlichen durch Unterstützungseinrichtungen zu den gewerkschaftlichen Abteilungen herangezogen werden. An den Idealismus müsse appelliert werden. Auch der Antrag des Parteivorstandes sei undurchführbar. Die Selbständigkeit der Jugendorganisation, unter Beratung Erwachsener, müsse gewahrt bleiben. Der Sozialismus dürfe der Jugend nicht aufgedrängt werden, sondern die Erziehung müsse derart sein, daß die Jugend den Sozialismus freiwillig annehme. Wir wollen hoffen, daß der Parteitag der Jugendorganisation nicht nur nicht den Hals umdreht, sondern ihre Selbständigkeit ausdrücklich billigt.

D a n n e n b e r g - W i e n: Ich will nicht in Ihre Debatten eingreifen, sondern nur einige Bemerkungen machen über das Verhältnis der österreichischen Jugendorganisation zu Partei und Gewerkschaft. Auch wir hatten einst dieselben Debatten, die Sie jetzt

führen, wenn auch nicht so erregt. Nicht ist der Verband junger Arbeiter in Oesterreich eine selbständige Organisation, die der österreichischen Gewerkschaftskommission angeschlossen ist. Die Jugendorganisation ist also gleichberechtigt mit den Gewerkschaften und hat auch ihre Vertretung auf dem Gewerkschaftskongress. Die Gewerkschaftskommission hat dem Verband junger Arbeiter eine Subvention erteilt und die gewerkschaftlichen Zentralverbände aufgefördert, die Jugendorganisationen zu unterstützen, was auch ohne Ausnahme geschehen ist. Auch im Parteistatut ist vom Parteitag 1907, auf dem auch die Jugendlichen eine Vertretung hatten, ein Passus aufgenommen, der die Unterstützung der lokalen Jugendvereine bestimmt. Auch hat der Parteitag der Jugendorganisation eine Subvention bewilligt. Doch die Jugendorganisation ist nicht vollkommen selbständig. Sie steht unter Kontrolle der Partei und Gewerkschaften, und läßt sich diese Kontrolle gern gefallen, denn sie weiß, daß sie sich ohne dieselbe nicht entwickeln kann. Der Lehrlingsklub gehört zur Kompetenz der Jugendorganisation. Die Beziehungen zwischen der Partei und der Jugendorganisation sind sehr innig.

P a r t e i - D r e s d e n bemerkt, daß in Dresden eine selbständige Jugendorganisation im Einverständnis mit dem Gewerkschafts-kartell bestche, und daß der 4., 5. und 8. sächsische Wahlkreis für selbständige Jugendorganisation sei. — S ö r b e r - K a h l a wünscht, daß sich die Konferenz zu einem scharfen Protest gegen den Gewerkschaftskongress gestalte. Als Vertreter einer kleinen Stadt könne er sagen, daß mit der Selbständigkeit der Jugendorganisation die Bildung der Jugend überhaupt aufhören würde, denn die Gewerkschafter hätten sich bis jetzt, wenigstens in den kleinen Städten, gar nicht um die Jugend gekümmert. In Kahlau wühten selbst Kartelldelegierte nichts von dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses.

Nach einem Schlußwort des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Jugendorganisation bezweckt — unter Ablehnung einer Einwirkung auf politische Angelegenheiten, als da sind: Versammlung, Verwaltung, Befehlgebung des Gegenwartsstaates, Staatsbürgerrechte und internationale Staatenbeziehungen — die Zusammenfassung der proletarischen schulentlassenen Jugend, ohne Unterschied der Geschlechter und Berufe, zur planmäßigen Förderung ihrer geistigen und körperlichen Ausbildung und zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen.

Vornehmlich sollen die Hauptergebnisse der modernen, freiforschenden Wissenschaft, namentlich soweit sie von der Volksschule unbeachtet gelassen oder verflächt worden sind, insbesondere auf dem Gebiete der Geschichte, Volkswirtschaftslehre, Naturwissenschaft, der Arbeiterjugend in systematischer, schlichter Form vermittelt werden. Daneben sollen bestehende Kultur- und geistesbefreiende Dichtkunst vorgeführt werden.

Schließlich soll in gemeinsamen Ausflügen, im Rahmen echter Geselligkeit, das Verständnis für das Naturschöne geweckt und körperliche Erholung im turnerischen Spiele gepflegt werden. So wird der Aufbau einer Welt- und Lebensanschauung gesichert, die aus den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen furchtlose, vorwärtsstrebende und nur auf organisatorische Selbsthilfe sich verlassende Arbeiter werden läßt.

Die reichhaltige Tagesordnung der Konferenz konnte am Sonntag nicht erledigt werden. Die Verhandlungen wurden deshalb am Montag fortgesetzt. — Ueber

### Agitation und Organisation

referierte M a s c h e - B e r l i n: Der Gedanke der Organisation sei nicht von außen, nicht von Partei oder Gewerkschaft in die Reihen der Jugend getragen, sondern er habe sich aus der Jugend selbst entwickelt. In der Agitation könne man nicht nach einem bestimmten Schema verfahren, sondern man müsse in jedem Falle Rücksicht darauf nehmen, ob die Jugend in Groß- oder in Kleinbetrieben beschäftigt ist. Auch das müsse in der Agitation berücksichtigt werden, wie die Gegner auf dem Gebiet der Jugendorganisation tätig sind. In der Agitation für die freie Jugendbewegung müsse in erster Linie der Jugendschau betont werden. Nur mit Bildungsbestrebungen habe man die Jugend nicht gewinnen können. Erst als man den Jugendschau in den Vordergrund stellte, habe die Bewegung einen großen Aufschwung genommen. Die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend habe der freien Jugendbewegung einen großen Vorsprung vor den gegnerischen Jugendorganisationen gebracht, denn die christlichen sowie alle anderen Organisationen bürgerlichen Charakters hätten für den praktischen Jugendschau nichts getan. Der freien Jugendbewegung sei es möglich, große Massen zu gewinnen. Die Art, wie man die Jugend für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu interessieren habe, werde je nach den Umständen verschieden sein müssen. Es sei nicht schwer, die jugendlichen Arbeiter in Großbetrieben zu gewinnen. Auf diesem Gebiet sei in Berlin mit Erfolg gearbeitet worden. In manchen Großbetrieben sei es gelungen, alle Lehrlinge für die Organisation zu gewinnen. Aus diesem Grunde habe die Jugendorganisation in Charlottenburg die Sympathie der Gewerkschaftskommission gewonnen. Wo die Vorbedingungen dazu gegeben seien, da mühten Jugendschaukommissionen gebildet werden aus den Reihen der Jugendlichen, denen die Instanzen der Arbeiterschaft, Arbeitersekretariate usw. als Berater und Helfer zur Seite stehen. Die Aufklärung der Jugend durch Kurse über das gewerbliche und soziale Recht sei eine wertvolle Agitationsarbeit. Sehr schwer sei es, die Lehrlinge in den Kleinbetrieben zu gewinnen. Man müsse die Lehrlinge zu gewinnen suchen, indem man versucht, die Verhältnisse, unter denen sie im Kleingewerbe ganz besonders leiden, zu beseitigen, soweit das im Rahmen der Gesetze möglich ist. Vor allem müsse die Jugend rechtzeitig gewarnt werden vor den verdammdenen Bestrebungen der christlichen Junglingsvereine, der Jugendmehr und anderer dazartiger rückwärtiger Organisationen. Die freie Jugendorganisation richtet ihr Augenmerk in der Hauptsache darauf, daß die arbeitende Jugend befähigt werde, ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren und später in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft ihren Mann zu stehen im Kampfe für die Bestrebungen des klassenbewußten Proletariats. — Als Agitationsmittel bezeichnete der Redner die mündliche Propaganda in Versammlungen sowie in kleinen Kreise und die schriftliche Agitation durch die Zeitung und sonstige geeignete Druckwerke. — Die Organisation sei bis jetzt eine ziemlich lose gewesen. Es solle jetzt eine kräftige, einheitliche Zentralorganisation geschaffen werden. Die Jugendorganisation müsse die Trägerin aller Agitation für die Jugend sein. In der Organisation müsse unbeschränkte Demokratie herrschen, denn sie sei geeignet, die Selbständigkeit, das Verantwortungsgefühl wie überhaupt den Charakter der jungen Leute zu bilden. In der Organisation und Agitation müsse jeder Jugendliche mitarbeiten, der sich dazu befähigt fühlt.

Es folgte nun die Beratung eines vom Referenten vorgelegten Statutenentwurfs, der mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen wurde. Die grundlegenden Bestimmungen des Statuts lauten:

1. Die Vereinigung führt den Namen: „Verband der arbeitenden Jugend Deutschlands“, hat ihren Sitz in Berlin und erstreckt sich über das Deutsche Reich.
2. Der Verband bezweckt, die wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern. Dieser Zweck soll erreicht werden durch:
  1. Veranlassung statistischer Erhebungen über die Lage der arbeitenden Jugend.
  2. Errichtung von Jugendschaukommissionen durch die einzelnen Ortsgruppen.
  3. Abhaltung von Vorträgen, Unterrichtskursen und geselligen Veranstaltungen.
  4. Errichtung von Bibliotheken, Leserräumen und Ausflugsräumen ohne Teilnahmezwang.
  5. Unentgeltliche Lieferung einer Jugendzeitschrift und Herausgabe von Druckchriften zur Belehrung und Aufklärung der Mitglieder.

Die grundlegenden Bestimmungen des Statuts lauten:

**6. Pflege der Solidarität der Mitglieder.**

§ 3. Die Organisation trägt weder politischen noch religiösen Charakter.

§ 4. Der Verband setzt sich zusammen aus örtlichen oder auf bestimmte Bezirke begrenzten Gruppen und Einzelmitgliedern. Die Ortsgruppen haben ihr Statut den örtlichen Verhältnissen entsprechend selbst anzu fertigen; jedoch ist hierbei das von dem Verbandsvorstand ausgearbeitete „Rufstatut für Ortsgruppen“ zu berücksichtigen. Die Satzungen der Ortsgruppen dürfen den Bestimmungen dieses Statuts nicht widersprechen.

Die übrigen 24 Paragraphen des Statuts sind formaler Natur. Unter anderem wird darin bestimmt, daß jeder Verein pro Mitglied monatlich 10 Pf. an den Verbandsvorstand abzuführen hat, und daß die Einzelmitglieder beider Geschlechter unter achtzehn Jahren einen monatlichen Beitrag von 20 Pf., ältere Mitglieder mindestens 40 Pf. zu zahlen haben.

Nach Beendigung der Statutenberatung folgte eine allgemeine

**Diskussion**

über den Punkt: Agitation und Organisation. Eine Reihe von Rednern trugen die Erfahrungen vor, welche sie in ihren Kreisen gemacht hatten. Der Referent **Masche** fasste das Ergebnis der Diskussion dahin zusammen: Es habe sich gezeigt, daß zwischen jugendlichen und erwachsenen Arbeitern unter Umständen wirtschaftliche Interessengegensätze herrschen, ganz besonders da, wo beide Kategorien zusammen an Affordarbeiten tätig sind. In

solchen Fällen würden Jugendliche durch erwachsene Arbeiter oft in weitgehender Weise ausgebeutet werden. Es sei also unbedenklich, daß man solchen Arbeitern die Vertretung der Interessen der Jugendlichen überlassen könne. Nur durch selbständige Organisationen könnten die Interessen der Jugendlichen gewahrt werden.

Ein Antrag wurde angenommen, welcher den Vorstand beauftragt, gemeinschaftlich mit dem Ausschuss und den Gauleitern ein Statutentwurf zu schaffen. Ein anderer Beschluß beauftragt den Vorstand, ein Rufstatut für die Ortsgruppen auszuarbeiten, worin bestimmt wird, daß der Beitritt zu den Ortsgruppen nur Personen beider Geschlechter unter 18 Jahren gestattet ist, und nur unter besonderen Umständen Ausnahmen von dieser Bestimmung zulässig sind.

Ferner wurde eine Resolution angenommen, deren erster Teil die

**Schädlichkeit des Alkoholidmus**

darlegt. Der zweite Teil der Resolution lautet:

„Die Konferenz empfiehlt daher allen Ortsvereinen und Verbandsmitgliedern die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen. Sie erklärt als ersten wichtigen Schritt in dieser Richtung die Abschaffung des Genusses alkoholhaltiger Getränke bei allen geschäftlichen und belehrenden Zusammenkünften, und die Beseitigung des Trinkmangels und der Verberrlichung des Alkoholenusses bei allen Gelegenheiten. Denn die große Aufgabe der Arbeiterbewegung erfordert ein klar, gesundes, willensstarkes Geschlecht.“

Eine weitere Resolution fordert, daß die etwa zu bildenden Jugendkommissionen auch für Verbesserung des Fortbildungsschulwesens eintreten. Zur Frage der gewerkschaftlichen Jugendagitation wurde folgende Resolution angenommen:

Die Konferenz begrüßt die in neuerer Zeit hervortretenden Bestrebungen der Gewerkschaften, durch Bildung von Jugendkommissionen die materielle Lage der arbeitenden Jugend zu heben. Die Pflege des praktischen Jugendschubes kann indes nur dann eine ersprießliche sein, wenn die Jugendorganisationen zu dieser Arbeit herangezogen werden.

Es wurde noch eine Resolution gegen die Schulliteratur, und eine andere, welche der turnusförmigen Jugend empfiehlt, sich nur den Arbeiter-Turnvereinen anzuschließen, angenommen.

Ferner beschloß die Konferenz, den Vorsitzenden des Verbandes mit 1500 M. jährlich zu besolden.

Berlin wurde als Sitz des Vorstandes bestimmt, und in denselben gewählt: **Peters** als Vorsitzender, **Röde** als Kassierer und **Masche** als Schriftführer.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende, **Meyer**, Solingen, sagte in seiner Schlussrede: Diese Konferenz sei die wichtigste, welche die Vereinigung bis jetzt abgehalten habe. Die Konferenz habe — und das sei das bedeutendste ihrer Arbeiten — befundet, daß die freie Jugendorganisation ihre Selbstständigkeit wahren wolle, weil nur dadurch die Interessen der arbeitenden Jugend wirksam vertreten werden können. — Der Vorsitzende schloß die Konferenz mit einem Hoch auf die selbständige, freie Jugendorganisation.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Franz Solisch**  
(2. Bezirk)  
verstorben ist. 236/13  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Friedhofes (Darlendorfer Weg) aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Verband der Buch- und Steindruckerei-Billsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.**  
**Ortsverwaltung Berlin.**  
Zahlstelle II.  
Am 5. September, vormittags 9 Uhr, starb unser Kollege  
**Otto Hermann**  
im Alter von 46 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Die Zahlstelle II.  
Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 9. September, nachmittags 6 Uhr, auf dem Hlonskirchhofe in Nordend. 27/13

**Deutscher Transportarbeiter - Verband.**  
Verwaltung I  
(Verein Berliner Hausdiener),  
Adlerstr. 5.  
**Todes-Anzeige.**  
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
**David Jokuszies**  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses aus nach dem Gnadenkirchhof, Barfußstraße, statt.  
70/20 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.**  
**Ortsverwaltung Berlin.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Sonnabend, den 3. September, verstarb unser Mitglied  
**Franz Kemmer.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 4 1/2 Uhr von der Charité aus nach dem Hlonskirchhof statt.  
169/15 Die Ortsverwaltung.

**Statt besonderer Meldung.**  
Allen Genossen, Freunden und Bekannten hierdurch zur Nachricht, daß meine liebe Frau  
**Luise Hübner**  
am Sonnabend nachmittags 12 1/2 Uhr nach jahrelangem schwerem Leiden im Alter von 49 Jahren verstorben ist. 42262  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofs in Friedrichshagen aus statt.  
**Ernst Hübner,**  
Schönhauser Allee 72 b.

**Dankfagung.**  
Für die überaus herzliche und aufrichtige Teilnahme, die vielen herzlichen Kränzen bei der Beerdigung meines lieben Sohnes und Bruders, des Buchdruckers **Walter Kutzki** sagen wir hierdurch allen lieben Freunden und Bekannten, insbesondere dem Personal d. Buchdruckerei Dito u. Helfen sowie dem Verein Berliner Buchdruckersmeister herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankfagung.**  
Für die überaus herzliche und aufrichtige Teilnahme, die vielen Kränzen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Tischlers  
**Gustav Kling**  
sagen wir hierdurch allen Bekannten, Genossen sowie dem Meister und den Kollegen der Genossenschaft „Stern“ herzlichsten Dank. 42282  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, nicht am  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 u. 4.

**Dr. Schünemann**  
Spezial-Arzt für  
Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten.  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

med. Karl Reinhardt's Spezial-  
Arztliche Institute für Haut-,  
Harnleiden, Potsdamer Str. 117  
(1/12-2 und 1/8-9 abends)  
Neanderstr. 12 (nahe Gannowbrücke)  
(7/10-11 und 1/5-1/8 Uhr). Voll-  
kommenes kombiniertes Heil-  
verfahren. Ausführliche Broschüre über  
den Wert sämtl. uhl. Heilmethoden in  
verschl. Sprachen. Kuvert gratis u. postfrei.  
Vor der Reise zurück 153/11

**Dr. Fronzig.**

**Trauer-**  
Bekleidung für  
Herren u. Knaben.  
Gehrockanzüge b. 36,50 an.  
Rock-  
Anzüge b. 24 M. an.  
Maß-Anfertigung  
— in 12 Stunden. —  
Elegante Fracks und Gehrock-  
Anzüge werden verfertigt.  
**M. Schulmeister,**  
Dresdenerstraße 4  
(am Kottbuser Tor).

**Reste!**  
Damentuiche, schwarz und farbig.  
Costumes-Stoffe (nouveau Muster,  
zu jeder Saison), Astrachan,  
Krimmer, Wollplüsch, Seidenplüsch,  
Velours da Nord, Sammet, Seide,  
Velvet etc. 4147L\*

**Confektion**  
Paletots, Jacketts, Costumes und  
Costumesröcke in großer Auswahl.  
**C. Pelz,**  
Kottbuser 5.

**Engelhardt-Malzbier** das hellesste,  
überall käuflich.  
Preis 10 Pf. pro Flasche. 2490L\*  
**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.**  
Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

**Kranke und Schwache**  
werden freudig die Tatsache begrüßen, daß Deutschland im  
Lamscheider Stahlbrümmen einen Heilschah ersten Ranges be-  
sitzt. Dieser allbewährte Heilschah bringt Eisen ins Blut.  
**Tausende wurden gesund.**  
Auslagen von Kersten: Ein ganz vorzügliches Eisen-  
manganmedikament ist das Lamscheider Wasser, die Lösungs-  
verhältnisse der hauptsächlich wirksamen Stoffe stimmen mit  
denen des Blutes überein, das Wasser ist wohlschmeckend und  
gut verträglich. —  
Das Lamscheider Stahlwasser ist hochgradig eisenhaltig,  
leicht bekömmlich und gut verdaulich. Die Patienten, die es  
genommen haben, haben sich stets wohlgeföhlt, haben es gern  
getrunken und haben an körperlichem und seelischem Wohl-  
befinden zugenommen. —  
Dankstorte nach erfolgreicher Kur: „Ich bin 1 1/2 Jahre  
sehr krank gewesen, konnte nicht essen, nicht schlafen, hatte  
Schmerzen im Rücken, Stuhlverstopfung, Kopfschmerzen,  
große Nerven Schwäche, große Blutarmit und Gichtwände  
in den Gelenken; ich habe nie gedacht, daß ich jemals  
wieder gesund werden würde. Und doch, wie schnell kam  
meine Gesundheit wieder.“ — „Ich bin entzückt über  
den raschen, ausgezeichneten Erfolg, den ich erzielt; habe  
ich doch nach kurzer Zeit einen herrlichen Appetit erhalten,  
alle lästigen Nervenbeschwerden sind verschwunden, und  
die alle Lektüre lähmende Schwäche nimmt immer mehr  
ab.“ — „Der Lamscheider Stahlbrümmen hat mit meine  
Kraft und meinen Blut wiedergegeben.“ —  
Warm empfohlen bei Blutarmit, Bleichsucht, versch. Arten von  
Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrank-  
heiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung  
der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit not-  
wendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer  
Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen er-  
schöpfenden Infektionskrankheiten, wie Influenza usw. —  
Broschüren kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrümmen in  
Düsseldorf O. 164.

**Achtung! Hutmacher! Achtung!**  
Der Arbeitsnachweis befindet sich von Montag, den 7. September bei  
Woh, Klosterstr. 101 (Ecke Neue Friedrichstr.), Fernspr. III, 2297,  
und zwar findet die Vermittlung dorther bis Freitag in der  
Zeit von 7 1/2-8 1/2 Uhr und Sonnabends bei Vorbe von 8 Uhr ab statt.  
Beiträge werden nur im Kassenlokal (bei Vorbe) in der Zeit von 7 bis  
10 Uhr entgegengenommen. 14665

Ich hab's  
**Urbin**  
Bester Schuh-Putz  
In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.  
Fabrik: **Urban & Lemm,** Charlottenburg.

**Kufeké**  
•Kinder-  
nahrung  
Hervorragend bewährte  
Nahrung.  
Die Kinder gedelhen  
vorzüglich dabei  
u. leiden nicht an  
Verdauungsstörung.  
•Kranken-  
kost.

**Versandhaus Germania**  
Unter den Linden 21  
Die aus der  
**Konkurs-Masse**  
erworbenen Bestände.  
Laut Taxpreisen wird das große Lager eleganter  
Herren-Garderobe spottbillig zu festen Preisen  
ausverkauft.

**Carmen Sylva**  
Cigaretten  
Beste Qualitäten

Begründet 1873 **Hut-Salinger** Begründet 1873  
**Engros Spezialhaus für Neuheiten Export**  
in Filzhüten, weich und steif, Zylinderhüten, Chap. claqueos usw.  
**Einzelverkauf**  
zu sehr billigen  
u. streng festen Preisen.  
Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.  
Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

**Sie erleben Freude!**  
wenn Sie Ihre bunten Sommerkleider und Herronanzüge mit  
**Bechtels**  
„Salmiak-Gall-Seife“  
waschen. Sie werden wie neu! Käuflich in Drogen- und  
Seifenhandlungen in Paketen zu 45 u. 25 Pf. 219/20\*  
General-Depot: Kiewitz & Mook, Berlin SO. 36, Raitter Straße 4.

Deutschlands Spezialgeschäft  
grünetes  
**Bettfedern**  
Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betrieb  
**Gustav Lustig**  
BERLIN S. 390 Prinzenstr. 40  
versendet geg. Nachnahme garantiert  
neu und gut einläufig, gut haltende  
Bettfedern z. 100 Stk. 1.00-1.25;  
prima Halbbauern z. 1.15; Gänse-  
federn z. 1.20; prima weiche  
Gänsefedern z. 1.50-1.80-2.30  
sch. Chin. Hanopoldbauern | z. 2.50  
z. 2.85; edel russische Matas | z. 3.50  
der Gänsebauern z. 3.50 | z. 4.50  
Von den Taunen gehen 3-4 Pf.  
aus groß Oberbett. — Gänsefedern  
(z. Rehen) z. 0.60 per Pfund; Gänse-  
schäufelfedern, wie sie von der Haus-  
halten, mit allen Taunen z. 1.50.  
Verbrau und Preisliste gratis. Um-  
tausch oder Rücksendung gestattet.  
Verpackung kostenfrei.  
Zehnjähriger Umsatz über 2000  
Zentner Bettfedern, von keinem  
zweiten Bettfedern u. Bett-  
federngeschäft erreicht.

**Blumen- und Kranzbinderei**  
von Robert Meyer,  
am Mariannen-Straße 2.  
Lank-  
witz-Berliner  
**Lotterie.**  
Ziehung 6. Oktbr. 1908.  
50 000 Lose — 453 Gewinne  
I. W. v. zur. Markt  
**10 000**  
I Hauptgewinn I. W. v. Markt  
**5 000**  
mit 454 Gew. I. W. v. zur.  
**5 000**  
Kleinsten Gewinn I. W. v. 5 Mk.  
Lose à 50 Pf., 11 Lose nur 5 Mk.  
Kortio u. Gewinnliste 20 Pf. extra  
sind in allen Lotteriegeschäften u.  
den durch Plakate kenntlichen Ver-  
kaufsstellen zu haben sowie beim  
General-Debit  
**Paul Steinberg & Co.**  
O. m. d. H. Bankgeschäft  
Berlin C. 14, Rosenstraße 11-12.  
**Gras-Kuhbutter**  
Bester franzo. garant. natuer. 10 Pf. =  
Kortio 7 Pf., z. B. 6 Pf. = Kortio 4,25 Pf.  
Toni Andermann, Buchholz, Delt. Str. 2.  
**Hygienische**  
Bettwaren! Neues Katalog  
zu. Empf. viel. Agente u. Post. grat. u. z.  
H. Hagar, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW. Friedrichstraße 61/62

**Möbel**  
**Schulz**  
Reichenberger Str. 5.  
Gediegene Arbeit.  
Außerst billige Preise.  
Vinf 89042\*

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1299. Charitestraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

## Achtung! Bauanschläger Achtung!

Donnerstag, den 10. September, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 a:

### Monats-Versammlung.

**Tagesordnung:**  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenanliegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Protokolle über die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses in Hamburg sind zum Preise von 25 Pf. pro Stück für die Mitglieder im Bureau und bei dem Kassierer zu haben.  
Zutrittskarte für Mitgliedsbücher, pro Stück 10 Pf., sind ebenfalls im Bureau und bei dem Kassierer zu haben.  
121/17 **Die Ortsverwaltung.**

## Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin III.

### Dienstag, den 8. September 1908, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung

in den Königssälen, Neue Königstr. 26, Ecke der Wadzestr.

**Tages-Ordnung:**  
1. Bericht über die Verhandlungen des Verbandes vom 1. bis zum 7. September. 2. Bericht über die letzten Tarifverhandlungen. 3. Bericht über die Einigungsversuche. Referent: Kollege W. Curt. 4. Verschiedenes und Beschlüsse für zwei Gewerkschaftskongresse. 252/10  
Kollegen, Kolleginnen und Heimarbeitern! Was werden die Tarifverhandlungen bringen? Diese Frage wird liberal lebhaft erörtert. Sind die Friedensangebote annehmbar?  
Diese und andere wichtige Fragen werden in dieser Versammlung erörtert, deshalb erscheint alle, keiner darf fehlen.  
Ohne Mitgliedsbuch, Karte oder wer über 13 Wochen mit der Beitragszahlung rückständig ist, kein Zutritt!  
**Die Ortsverwaltung Berlin III.**

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Steinarbeiter!

Filiale I.

Donnerstag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Beratung sowie Beschlussfassung betreffend die Arbeitsverhältnisse in den Kunststeinbetrieben. 2. Gewerkschaftliches.  
In der Versammlung werden auch die „Steinarbeiter“-Adressen für das nächste Quartal entgegengenommen. Später eingehende Meldungen können nicht berücksichtigt werden.  
172/3  
Zahlreichen Besuch erwartet.  
**Die Ortsverwaltung.**

## Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt III, 4835.

### Achtung!

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen um den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren  
**kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.**  
Geschäftszeit täglich von 10<sup>1/2</sup>—1 Uhr mittags.  
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.  
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 3. Quartal Braun und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.



### Nichts macht so viel Vergnügen

als das Öffnen eines Pakets heißen Seifenpulver „Goldperle“, weil so hübsche Geschenke beilegen. Man achte auf den Namen „Goldperle“.

Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

## Orts-Krankenkasse

der Schlosser und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Am Mittwoch, den 16. September d. J., abends 8 Uhr, im Saale des Herrn J. Meier, hier, Sebastiansstraße 39:  
**General-Versammlung.**

**Tagesordnung:**  
Gemeinschaftliche Sitzung der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer.  
1. Beratung und Beschlussfassung über geeignete Maßnahmen zur Deckung der durch die geschäftliche Krise ungenügend gedeckten Ausgaben und event. Veränderung der §§ 13 und 20 des Statuts.  
2. Beratung und Beschlussfassung über die von der Generalversammlung gewünschte Abänderung der Anstellungsverträge unserer Kassenebenen.  
3. Verschiedenes. 276/12  
Die Herren Delegierten werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Die zugeordnete Legitimation ist am Eingange vorzulegen.  
Der Vorstand.  
J. A. P. Heinrich, Vorsitzender, Neue Wilhelmstraße 12.

## H. Pfau, Bandagist

jetzt: Direksenstraße 20  
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Hallesches Brückenkopf. — Amt VII, 13799.  
Für Damen weibliche Bedienung. \*  
Lieferant für alle Krankenkassen.

## Hygienische

Bedarfsartikel, Gummiwaren, 1000a Anerk. V. Prof. u. Arzt empf. bill. Apoth. S. Schweitzer Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preisl. gratis

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
Für die nächste Nummer werden in den Anzeigenstellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

Stoppdecken, Wolllas und Similide 3,25, 3,85, 4,35, 5,00, 5,75.  
Korsetten, Malletts, 2 Stücker, 1 Lombrequin in allen Farben 3,25, 3,85, 4,75, 5,50, 6,75. Große Franfurterstraße 125. 11678\*

Blüsch- und Tischdecken mit feinen Stickereien. Kleinauswahl 1,65, 1,95, 2,50, 3,50, 4,35, 6,50, 7,25.  
Tischdecken in weiß und rotweiss 1,95, 2,25, 2,75, 3,25, 4,50. 11698\*

Englische Tischdecken, Meter 35, 40, 45, 50, 60, 75 Weinnige. 11708\*

Wappstoffe, Gardinen und Stores 1,65, 2,25, 2,85, 3,65, 4,35, 5,25. E. Weisberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 11718\*

Teppiche, Kleinauswahl, mit feinen Stickereien 3,15, 3,85, 4,65, 5,85, 6,00, 7,50. 11728\*

Extraangebot! Salon- und Wohnzimmer-Teppiche, Fabrikmuster, jetzt mit 20 Prozent Rabatt. 11738\*

Fächerreise in allen Breiten und Größen jetzt bedeutend unter Preis.  
Wappstoffe, Reste in Wolle und Blüsch in allen Farben. E. Weisberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 11758\*

5,00 prachtvolle Betten, 9,00 Bauernbetten, nur Handliche Andreadstraße 38. 10986\*

Handbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweiflüchtig 18,00, große Laten 1,00, Knüttler, Damast-bezüge, Handliche Andreadstraße 38. +

Bauerdeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Preiswinger, Regulatorien 9,00. Handliche Andreadstraße 38. Fahrgeld wird vergütet. 10918\*

Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben? Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit, von D. Weims. Preis 25 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Gastrosen, Petrosen ohne Eingabe, Woche 1,00. Louis Böcher (selbst): Bognerstraße 32 (Bahnenverbindung Dorshauerstraße), Reimendörferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rigold, Kaiser Friedrichstraße 247.

Teppiche! (hebelhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Gafischer Markt 4, Sabinhof Börs. 264/11\*

Installatoren und Händler kaufen Frongastronen, Zugampeln, Gasbeleuchtungs-Gegenstände, Hängegasbrenner allerbillig Großhandlung Alle Jakobstraße 125. Geschäftsteilung Engestrass. 10048\*

Gastrosen, dreiflüchtig 4,50, Salongastrosen 7,50, Gaszylinder 8,00, Gaslampen 1,45, Gaswandarm 0,55. Fabriklager Große Frankfurterstraße 92, Filiale Ravensbüchse 6. \*

Zuzüge, Paletts nach Maß aus 10 Stoffen, Monats- und nicht abgehobene Sachen laufend billig. Nachschneider Hof, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenkranztor. \*

Milchgeschäfts-Einrichtungen, Milchdahl, Rahmen, Rabe, Milchsebe, Mischkalken, Buttermaschinen etc. billigt Jordan, Alchardstraße 21. 10956\*

**Gumboldtschhaus** nur Brunnenstraße 58, Ecksan Straßmischerstraße.  
Kleinfuhrer, postbilligster Verkauf! Hunderterlei! Aussteuerwägel! Hunderterlei Gardinenauswahl! Teppichauswahl! Blüschdecken extrabilig! Jackentanzgale! Gehrocken! Paletts! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Wanduhren! Schmuckstücke! Kleinauswahl. 11238\*

**Waschmaschinen!** Geschlossene Einzelstückgeschäfte! 5,00. Waschtischapparat! Gasplättchen! 3,00. Gaszylinder! 9,00. Schaufelstuhl! postbillig! Wohlfahrt, Wallnertheaterstraße 32. 11278\*

**Lambouriermaschinen.** Original Holzmeyer zur Nähen- und Quilfabrikation billigt und bei Abzahlung günstigste Bedingungen. Kleinere Fabrikant Weimann, Gnommenstraße 26, nahe der Landbergerstraße.

**Kinderswagenband Brandt.** Kaiserstraße 3, Kinderswagen, Sportwagen, Kinderstühle und Stühle, Metallstühle in reicher Ausstattung.

**Herrenuhren, Damenuhren, Goldschmuck, Silberwaren, Wanduhren, Federbetten, postbillig, Wandblechhaus, Rastplatz 7.**

**Kinderswagen, Sportwagen, Kinderstühle.** Frühere Katalogpreise, zurückgesetzte, gedruckte postbillig, Andreadstraße 38. 9298\*

**Tapeten, Anoleum, feils Gelegenheits.** Kaller, Große Frankfurterstraße 41. +39

**Stoppdecken billigt Fabrik.** Große Frankfurterstraße 9, parterre, Rauerhoff. 1471b\*

**Gardinenhaus.** Große Frankfurterstraße 9, parterre, Rauerhoff. \*

**Teppiche mit Handstickereien, Handniederlage.** Große Frankfurterstraße 9, parterre, Rauerhoff. Sormärtsplatz 6 Prozent Rabatt. 14708\*

**Stoppdecken postbillig.** Fabrik Große Frankfurterstr. 50/51. 2698\*

**Wappstoffe, Läden, grümd und sehr schmuckhaft, im neuen Weidenhof mit 18 Kilo Rabatt, versendet gegen vorherige Einzahlung von 3,50 Mark bis auf weiteres Maria Jofor, Burgaulen in Oberbayern. 1481b**

**Wappmaschinen, Vergüte bis 20,00, mer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte bitte. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. 11618\***

**Teppiche, farblich, für halben Wert.** Vorwärtsleiter 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Dramenstraße 160, Dramenplatz. 11618\*

**Blüschportieren, einzelne Fenster postbillig.** Vorwärtsleiter 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Dramenstraße 160, Dramenplatz. 11628\*

**Tischdecken, volle Bekröße, 2,50, in Ordinal 6,35, Tischdecken 1,85, Tischdecken 4,35. Teppichhaus Emil Ledebor, Dramenstraße 158. 11518\***

**Schlafdecken (Deckbettsch), Normal (hummfardig) 1,85—3 Mark, Bolle (einfarbig) 2,85—4 Mark. Spezialhaus Emil Ledebor, Dramenstraße 158. 11528\***

**Gardinen, Stores, Rouleaus, Reißbände, Ausverkauf.** Fenster 1,75, 2,50 bis 6,00, Wert doppelt. Bolle Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Rottbucktor). 10728\*

**Seifert-Romanen, prämiert goldene Medaille, verkauft Rühl, Schöneberg, Bahnstraße 43. +108\***

**Geschäftsverkäufe.**  
**Restaurant, gutgehend, Gelegenheitslokal, große Brauereistelle, verläufig Charlottenburg, Königsweg 8.**  
**Kohlengeschäft, gutgehend, sofort kassentunlich zu verkaufen.** Zu erfragen Expedition, Mummelsburg, Al-Borghagen 56. +118  
**Schankgeschäft wegen Veräußerung billig veräußert.** Theaterstraße 5. (Parisital geeignet) +  
**Restaurations billig zu verkaufen.** für Parteilassen günstig. Stallgängerstraße 11, nahe Vorplatz.  
**Restaurations veräußert, 91 Miete, 900 Mark erforderlich, Nebenmüllstraße 2. —452**  
**Kofal, 2 Vereinszimmer, billige Miete, wenig Anzahlung, Reichenbergerstraße 106a. 1475b**  
**Kofal für Parteilassen passend.** Fabianstr., Rantestuffstraße 120.  
**Kundenschere zu verkaufen** wegen Uebernahme eines anderen Geschäfts. Weidbergstraße 21 am Rinderberg Platz. 156/10  
**Grünten, flüchtendes Gemüse, Obst, Nehl, Vorlosgeschäft mit Rolle (19 Jahre bestehend), Miete billig, umständlicher preiswert veräußert. Schönlich, Wallnertheaterstraße 36.  
**Gemüsegeschäft zu verkaufen, umständlicher, Vettendorferstraße 39.****

**Möbel.**  
**Kauf Teilzahlung, Möbelausstattung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verleihe gemietete Möbel postbillig. „Berolina“, Kasernenallee 49. 11048\***

**Billige Möbel aus Bestenleistungen.** Aufstellungen, Schränke, Vertikos, Tischchen 45.—, Kiste, Schreibtische 35.—, Bücherregale 58.—, Bierzettel 68.—, Lederhülle 12.—, Trumens 30.—, Bettstellen, Tische, Garnituren, bunte Kissen 55.—, enorm große Auswahl kompletter Einrichtungs jeder Stilart, billiger als überall. Alles Gelegenheitskäufe. Nemerts Möbelgeschäft, Röhlingerstraße 55. 11218\*

**Möbelangebot.** Im Anhalter Bahnhofsplatz Röhlingerstraße 25, Anhalter Innenbahnhofs, direkt Hochbahnstation Röhlingerstraße, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Kaminöfen, Bibliotheken, Anleischränke, Ruhedarmbetten, Bronzestelen, Delgemide, Schreibtische 28,00, Anleischränke mit prächtiger Diamantde 22,50, wunderschöne Säulentrumeau 30,00, hohelegante Salontische, Jhou 14,00 bis zu allergrößten Saalstücken, allerbeste Zimmerstücke 8,00, reichgeleichte Ueberarmen, Spiegeltische, Tischlampen, Stoppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Blüschdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtshäuser, Konsummassen, Rocklässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Alberts Kaffeehaus- und Möbelgeschäft, Röhlingerstraße 25. Kostenloser Transport. Lagerung. 11468\*

**Möbel, S. Braun, Snelienstraße 10, billigte und beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. \***  
**Möbelschere liefert reelle Wohnzimmereinrichtungen, Schlafzimmer, bunte Kissen. Ratenszahlung. Kein Laden, nur Fabrikgebäude. Auch Sonntag. Garnad, Tischlermeister, Stallgängerstraße 57, am Röhlingerplatz. Genossen 3 Prozent.**  
**Wollen Sie gerade jetzt eine ein- oder besserer Wohnzimmereinrichtung, aber trotzdem gute, reelle Möbel kaufen, so müssen Sie Röhlingerstraße 28, Schönhauser Tor, hingehen. Zum Beispiel: Vollständig funktionstüchtig komplette Wohnzimmereinrichtung mit moderner Küche, bei Haus, zusammen 250 Mark, bessere 350, 400, 525, 600—1500 Mark. Speisezimmer, eichen, mit 6 Lederstühlen, komplett 530, bessere 675, (große 780—2000. Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, moderne Küchen 65—200. Beschäftigung in 6 Etagen. geöffnet 8—1/9, Sonntag 8—2 ununterbrochen. Verkauf nur Röhlingerstraße 28, Schönhauser Tor. 14428\***  
**Leiter Ronat.** Wegen Aufgabe mehrerer Lageräume sofort Anleischränke, Kuchenschere, Säulentrumeau, Blüschstühle, feine Kleider-schänke, Vertikos, Garnituren, Lederhülle, Bettstellen, Kissen, Schreibtische, Ausdrückliche, Umbau, Chaiselongue, moderne Küchen. Solange der Vorrat reicht. Nur alles gute Möbel. geöffnet 8—1/9, Sonntag 8—2 ununterbrochen. Verkauf nur Röhlingerstraße 28, Hof, Speicher. Beschäftigung 6 Etagen. 14428\*  
**Möbel sowie ganze Wohnzimmereinrichtungen** aus Teilzahlung bei geringer Anzahlung erhalten selbste Leute in der Möbelfabrik August Strauß, Schützenstraße 73/74. 9248\*  
**Wegen Ueberfüllung unseres Speichers soll bis 12. September ein großer Posten Möbel, auch verleihe gemietene und zurückgeleihte Möbel zum Teil bis 40 Prozent unter Wert verkauft werden. Darunter Kleiderregal 34.—, Vertiko 27.—, Küche 10.—, Säulentrumeau, geschliffen, 28.—, Bettstelle mit Matratze 19.—, Sofa 35.—, Wolftulle 20.—; \*Wollstausend billig, Herrenschreibisch 28.—, Anleischränke, Pannetsofa 55.—, Blüschgarnituren enorm billig. Moderne Küchen von 40.— an. Lagerung, Transport frei. Stargard bis Möbelfabrik und Speichereisen, Dresdenerstraße 107/108. Sonntag geöffnet. 150/12**  
**Insugohalber verleihe Kleiderregal, Vertiko, Sofa, Ausdrückliche, Stühle, Trumeau, Bettstellen, Küchenstühle postbillig.** Schuhmann, Waldemarstraße 27, vorn I. 1475b  
**Mahagoni Trumeau, englische Kuchenschere 35, Chaiselongue, sehr billige gebrauchte Spinden, Bettstellen, Matrasen, großer Posten, Fußboden, Spiegelvertiko, nur Gelegenheits, Frankfurter Allee 129, Lagerhaus. 11228\***  
**China Anhang, Beste 50 Pfennig Bilder, Spiegel, Ferner: Möbel, Stoffwaren, Teppiche, Gardinen, Stoppdecken, Tischdecken, Bettzüge, Korsetten, Uhren, Gaslampen, Herren-garderobe, Weber, Brenzlauerstr. 49. Besuch, eventuell Postkarte. 11508\***  
**Kinderarbeit, neu, Weimerneg 50/51, Hof 1 Treppe rechts.**

## Vermietungen.

**Wohnungen.**  
**Prächtige Balkonwohnungen billig** sofort Goldmerstraße 22/24. 11028\*

**Schöne Straße 6 Ein- und Zweizimmer-Hauswohnungen von 21 Mark an zu vergeben.** +116  
**Stube und Küche, heiß und freundlich, Putzmannstraße 3. 14908\***

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
**Blinder Stubstücker** bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeleitet. A. Wäber, Puladstraße 27. 14685  
**Blätterin** sucht Beschäftigung im Hause. Preis, Adalbertstraße 57.

## Stellenangebote.

**Kaufmanns-Lehrling** bei hoher Vergütung für das Bureau einer hiesigen Fabrik bald gesucht. Chiffre C. 2 Hauptexpedition. 11492\*

**Schlosserlehrling** bei hoher Vergütung zum 1. Oktober gesucht. Willi Baum, Herbarstr. Berlin 80. 28, Elisabeth-Ufer 5/6. 11488\*

**Kunstschmiede, selbständige,** verlangt Dame, Charlottenburg, Schillerstraße 97. \*

**Einigarbeiter und Einstelller** suchen bei hohem Lohn dauernd Böhmer u. Haasewitter, Köln, Brodtreugasse 15. 1482b

**Tüchtige Rahmenmacher** verlangt Goldleistenfabrik Alexanderstr. 25.

**Guten Farbiger** verlangt Goldleistenfabrik Reichenbergerstr. 63.

## Wegen Streiks und Differenzen sind gesperrt:

für Bodenleger Firma Körner, Zwitgenmeyer-Hübner, Bau-Jacob-John, Niddelberger Platz 5; für Korbmacher Firma Kaniga in Nichtenberg; Reicherdt in Ranzahn; Schmidt, Dresdenerstr. 82; für Bergdoler Gruhl in Ravensberg.  
**Deutscher Holzarbeiterverband** Ortsverwaltung Berlin.

Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Der Arbeiter-Kauehnbund schreibt uns: In der Nr. 208 vom Sonnabend, den 5. September geben Sie unter der Rubrik „Parteiangelegenheiten“ bekannt, daß der Kauehnbund Sabanna am 12. d. M. sein Stiftungsfest in dem gesperrten Lokal „Zur grünen Linde“ in Rantwoy feiert.

Achtung! Fünftes Kreis! Der Zahlabend der dritten Abteilung findet am 9. September in der Reibelstraße Nr. 89 bei Sengelheid statt.

Alt-Mienick. Am Mittwoch, den 9. September, abends 8 Uhr findet im Lokal des Herrn Wahn, Grünauer Straße 55 eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Frau im politischen Kampf“. Referent: Genossin Jeehe-Rixdorf.

Hohen-Neuendorf und Stolpe a. d. Nordbahn. Der Zahlabend findet am 9. d. Mts. abends 8 1/2 Uhr pünktlich, im Lokale des Herrn Schulz („Paradiesgarten“) in Wickenwerder statt.

Königs-Wasserhausen und Umgegend. Die Parteigenossen und Genossinnen werden hiermit auf die am Mittwoch, den 9. September, in allen Bezirken stattfindenden Zahlabende aufmerksam gemacht.

Die Genossen von Niederlehme werden noch darauf hingewiesen, daß laut Beschluß des letzten Zahlabends derselbe nicht mehr Sonnabends stattfindet, sondern an jedem zweiten Mittwoch im Monat, wie in den anderen Bezirken des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Aleiderdiebstähle in Schulen.

In Schulen ist es leider nicht selten vorgekommen, daß Kindern die Kleidungsstücke, die sie auf den Korridoren hatten ablegen müssen (Mäntel, Schals usw.), während des Unterrichtes gestohlen wurden. Solchen Diebstählen hat man dadurch vorbeugen gesucht, daß man Unbefugten den Zutritt zu den Schulhäusern erschwerte, indem man die Haupteingänge verschlossen hielt oder sie ständig durch die Schüldner überwachen ließ.

Der Magistrat von Rixdorf denkt anders. Mehrfach hat er, wenn Eltern Schadenersatz verlangten, den Haftpflichtanspruch zurückgewiesen mit dem Bemerkten, von Gerichten sei wiederholt entschieden worden, daß die Schulverwaltung für das Abhandenkommen der von den Kindern während des Unterrichtes abgelegten Kleidungsstücke nicht haftbar sei.

Der Diabolospiel, welches im Frühjahr nur in der Innenstadt und im vornehmen Westen von „besseren“ Kindern gespielt wurde, ist nunmehr polizeilich so gut wie verboten, fast nachdem es auch bei den Kindern der unteren Volksklassen Eingang gefunden hatte. Die Schulumwachen sind angewiesen worden, dieses schnell überaus volkstümlich gewordene Spiel nur noch da zu dulden, wo eine Belästigung der Passanten nicht zu befürchten ist.

Die Eintrittspreise für den Berliner Eispalast sind schon acht Tage nach der Eröffnung, wohl infolge des kaum erwarteten Zuspruchs aus den sogenannten besten Gesellschaftskreisen, nicht unwesentlich erhöht worden. Das Abendentre von 1 M. wird jetzt schon von 5 1/2 Uhr ab erhoben, derselbe Preis ist für den ganzen Sonntag festgesetzt.

Die Deputation für das städtische Turn- und Badewesen hat in ihrer Sitzung am Sonnabend, den 5. September, beschlossen, den Betrieb der Badeanstalt im Nordhafen einzustellen, da die Wasserhältnisse, infolge des starken Schiffsverkehrs, sich derartig verschlechtert haben, daß der Betrieb nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

zur Erweiterung der Volksbadeanstalt in der Turmstraße (Moabit) wurde vertagt. Von seiten einer Anzahl Frauen sind Petitionen eingegangen, welche schärfere Vorschriften für die Körperreinigung in den Schwimmhallen fordern. Zum Teil waren diese Petitionen in recht scharfen und drastischen Worten gefaßt. Die Deputation beschloß, dem Wunsch der Petenten nachzukommen. Außerdem sollen für „Schämige“ noch weitere Sonderzellen geschaffen werden. Eine Anzahl Flussbadewärter petitionierten um Gewährung von Sommerurlaub. Dabei kam ein eigenartiges Arbeitsverhältnis zur Sprache. Diese Badewärter arbeiten im Winter in den städtischen Schulen als Heizer. Da die Heizperiode früher schließt, als die Badeperiode beginnt, so sitzen diese Leute eine Zeitlang auf dem „Frost“ oder auf dem „Trodnen“, denn für diese Zwischenzeit gibt es keinen Lohn.

Die Deputation für die städtische Kanalisation und die Kieselfelder erledigte in ihrer gestrigen Sitzung einige dreißig Punkte. Hervorzuheben ist nur, daß jetzt durch sachverständige Personen festgestellt ist, daß der Hagelschlag in diesem Sommer, der ganz ausnahmsweise die nördlichen und südlichen Kieselfelder zugleich betroffen hat, einen Gesamtschaden von 280 000 M. verursacht hat. Der im Besitz der Verwaltung befindliche Forst bedeckt eine Fläche von circa 8000 Morgen. Da sich derselbe in nächster Zeit ganz erheblich vergrößern dürfte, soll zunächst für Albertshof ein Forstwärter und später noch ein Förster angestellt werden. Ebenso ist die Errichtung eines Sägewerks in Aussicht genommen. Für die städtischen Beamten brachte die gestrige Sitzung nicht geringe Ueberraschung. Bekanntlich besteht eine Magistratsüberfüllung, wonach nur alle drei Jahre Anträge auf Aenderungen der Gehälter gestellt werden dürfen. Dies drei Jahre sind jetzt herum. Obwohl nun solche Anträge bis 15. September beim Magistrat seitens der Einzelverwaltungen eingereicht sein müssen, wurde die Beratung vertagt, bis der Etat die in Aussicht gestellte Neuregelung seiner Beamtengehälter durchgeführt hat.

Mehr Licht! Die Gasdeputation hat beschlossen, die bisherigen elektrischen Lampen in der Friedrich- und Leipziger Straße gegen die neuen Flammenbogenlampen, die die dreifache Stärke der jetzigen Lampen haben, auszuwechseln und die elektrische Beleuchtung auf dem Leipziger Platz im Zusammenhang mit dieser wesentlichen Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung abwärts zu erweitern. — In der Turmstraße (Moabit) zwischen Veffel- und Baisstraße soll mit der Einrichtung der Solarbeleuchtung (Freigasglühlicht) begonnen werden. Dieses Licht hat sich ausgezeichnet bewährt und gibt dem elektrischen Licht nichts nach.

Das Diabolospiel, welches im Frühjahr nur in der Innenstadt und im vornehmen Westen von „besseren“ Kindern gespielt wurde, ist nunmehr polizeilich so gut wie verboten, fast nachdem es auch bei den Kindern der unteren Volksklassen Eingang gefunden hatte. Die Schulumwachen sind angewiesen worden, dieses schnell überaus volkstümlich gewordene Spiel nur noch da zu dulden, wo eine Belästigung der Passanten nicht zu befürchten ist. Mit anderen Worten: die „besseren“ Kinder in besseren, wenig vom Verkehr belebten Gegenden dürfen sich auch dieses Spiels nach wie vor erfreuen, aber den Kindern der Armen und Arbeiter, die von den Höfen vertrieben und auf die Vorstadtstraßen angewiesen sind, wird es verboten. Bleiben ja noch die Parkanlagen, hält man uns entgegen. Nun, da das Spiel bereits von einigen bestimmten Schmuckplätzen, beispielsweise vom Mariannenplatz, verbannt ist, wird es sicher sehr bald auch in den Parkanlagen nicht mehr geduldet werden. Und weshalb? Weil durch ein paar ungeschickte Blöcke mit dem metallenen Projektil unglücklicherweise ein paar Passanten getroffen und empfindlich verletzt worden sind. Wir kennen weit verbreitete Kinderpiele, die verhältnismäßig viel gefährlicher für die Passanten und trotzdem nicht verboten sind, zum Beispiel das sogenannte Analeispiel, bei dem mit kurzen Knütteln geworfen wird. Also scheint man beim Diabolospiel wieder mal das Kind mit dem Bade ausschütten zu wollen. Wir leben eben im Polizeistaat, der dem Volke und seinen Kindern auch die harmloseste Freude verderben muß.

Das Reichsgericht berwarf gestern die Revision des Schuhmachers August Heider, der am 6. Juni vom Schwurgericht beim Landgericht 1 Berlin wegen Totschlages, verurteilt am dem Straßenhermann Weidert zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust beurteilt worden war.

Drei schwere Straßenaunfälle haben sich am Sonntag zugegetragen. In der Danziger Straße, Ecke der Weihenburger Straße, geriet der sechsjährige Sohn des Arbeiters Meid aus der Senefelderstraße 40 unter die Räder der Straßenbahn. Erst der herbeigerufenen Feuerwehre gelang es, den kleinen Körper, der nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, unter dem Wagen herborzuziehen. Nach der nahe gelegenen Unfallstation gebracht, erlag er hier bald seinen schweren Verletzungen. Der zweite Unfall ereignete sich am Bismarckplatz. Dort wollte der Arbeiter Thrum aus der Türschmidstraße 17 zu Nimmelsburg kurz vor einem Wagen der Linie 79 die Gleise überqueren, er wurde jedoch zu Boden gerissen und kam unter den Vorderperron zu liegen. Nachdem der Wagen erst mittels Winden hochgehoben war, konnte Thrum befreit werden. Er wurde nach einem Krankenhause übergeführt, wo ein Bruch des linken Unterschenkels, mehrere Rippenbrüche

und eine schmerzhaft Kopfwunde festgestellt wurden. Des weiteren wollte während der Fahrt auf dem Anconaplatz zu Weihensee ein Frä. Mara Mahwaldt aus Krensdorf in Thüringen, die sich besuchungsweise bei einem Restaurateur in Berlin aufhält, von dem Hinterrad eines Wagens der Linie 61 abspringen. Sie kam zu Fall und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, so daß sie nach dem Krankenhaus Weihensee übergeführt werden mußte.

Tödlicher Sturz in einen Kellerkloset. Ein verhängnisvoller Unglücksfall ereignete sich am Sonntagabend um 8 Uhr auf dem Grundstück Frankfurter Allee 188. Der 63 Jahre alte Privatwächter Gottfried Weigt wollte sich zu der genannten Zeit nach seiner im Keller des Hauses belegenen Wohnung begeben. Die obere Eingangstür des Kellers ist mit einem selbsttätigen Türschließer versehen. Als W. die nach außen aufgehende Tür geöffnet und die erste Stufe betreten hatte, schlug der Flügel mit großer Heftigkeit zu und der Wächter wurde von demselben erfaßt und die Treppe hinuntergeschleudert. Er fiel so unglücklich, daß er einen schweren Schädelbruch und innere Verletzungen davontrug. Nachdem ihm auf der Unfallstation in der Warshauer Straße ein Rotverband angelegt worden war, wurde Weigt nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt, wo er bald nach seiner Einlieferung verstarb.

Eine aufregende Szene spielte sich gestern nachmittag im Hause Friedenstr. 93 ab. Dort wohnt auf dem Hofe im dritten Stock seit Jahren der Bildhauer Feliz Kornaszewski mit seiner Ehefrau und zwei Kindern. Vor längerer Zeit starb ein Kind von vier Jahren. Dieses hat sich die Frau derartig zu Herzen genommen, daß sich Spuren von Wahnsinn bei ihr zeigten. Ihr Mann ließ sie zwecks Heilung nach Herzberge schaffen, von wo sie vor vierzehn Tagen entlassen wurde. Im Laufe des gestrigen Tages bekam die Frau wieder erneute Anfälle. Mittags 1/2 Uhr schloß sie sich in der Küche ein und fing an zu toben und drohte aus dem Fenster zu springen. Der Mann holte die Polizei zu Hilfe und alarmierte die Feuerwehre; als diese eintraf, wurde sofort ein Sprungtuch ausgebreitet. Der Polizei gelang es aber gewaltig in die Küche einzudringen und die Frau einigermaßen zu beruhigen. Auf einer Tragbahre wurde sie dann nach Herzberge wieder zurückgeführt.

Drei Koffer mit falschen Fünfmarkstücken sind der Berliner Kriminalpolizei in die Hände gefallen. Es handelt sich um die Hinterlassenschaft eines der spanischen Fälscher aus Santander, die hiesige Waren- und Kaufhäuser mit falschen Fünfmarkstücken überschwemmt, und von denen kürzlich mehrere, wie gemeldet, zu schweren Strafen beurteilt wurden. Als seinerzeit zwei Mitglieder der Bande, ein junger Mann und ein Mädchen, bei einem Einlauf am Marktplatz erwischt wurden, entkam ein anderer junger Mann. Dieser eilte rasch in sein damals noch nicht bekanntes Quartier, ein Pensionat in der Königsstraße, und verheimlichte die Verurteilung, die er Beweismittel befreit habe, hat sich jetzt bestätigt. Unter dem Pseud. das auf dem Wahnsinn Friedrichstraße in Verwahrung lag und jetzt, nach Ablauf der Frist, als Fund behandelt wird, befanden sich auch drei Lederkoffer, die mit falschen Fünfmarkstücken aus der spanischen Werkstatt gefüllt waren. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte diese Fälschstücke.

Gehäusucht wurde am Sonnabend bei Ledowosky in der Bremerstr. 44 nach einem Gedicht, das 2. bei einem Unterhaltungsabend in Dessau zum Vortrag gebracht hatte. Das Gedicht, um das es sich handelt, betitelt sich „Musketier Hille“ und ist im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Die Beamten nahmen den „Vorwärts“-Auschnitt, der das Gedicht enthielt, mit. Wegen 2. soll wegen des Vortrages des „Musketier Hille“ von Dessau aus eine Anzeige ergehen sein. Fürstlicher!

Das Metropol-Theater hatte am Sonnabend seinen großen Tag: den der Uraufführung der neuen Jahresrevue. Alle waren gekommen, die direkt und indirekt zu diesem Valentinstag Beziehungen haben. Die Herren im tadellosen schwarzen Anzug und die Damen in Toiletten und Hüten, daß man glauben konnte, sich in einer eleganten Modenausstellung zu befinden. Ueberall buxete es nach Parfüm und den verschiedensten Parfümieren. Die neue Revue bewegt sich in der Tendenz im Rahmen ihrer Vorgängerinnen. Sie teilt die einzelnen Jahresereignisse, politische wie lokale, lose aneinander; Wig und Satire konstatieren mit vielen Plattbeilen in der letzten Jahresübersicht. Es ist so ziemlich alles herabgeschüttelt, außer der Affäre Harden-Wolke-Eulenburg, die aus bestimmten Gründen keine Bearbeitung gefunden hat. Einen starken patriotischen Einschlag hat das vierte Bild „In der Zukunftslaferte“, in dem der Antimilitarismus verspottet wird, um die Bestimmung unseres „herrlichen Kriegsheeres“ in desto helleren Farben zu strahlen zu lassen. Wie immer wurde auch diesmal der Hauptwert auf die Ausstattung gelegt, auf glänzende Kostüme und wundervolle Beleuchtung, die besonders im Schlussspektakel zur vollen Entfaltung gelangten. Der Titel der Revue, die wieder Julius Freund zum Verfasser und Paul Linde zum Komponisten hat, lautet: „Domertwetter — tadellos“. Er ist einem von Giannetto in seiner Eigenschaft als erster bürgerlicher Gardeleutnant gelungenen Couplet mit diesem Refrain entnommen. Gesacht und gelacht wurde wie toll, was nicht am wenigsten den vorzüglichen Leistungen der Damen Fräulein Massard, Fräulein Perry und den Herren Tiescher, Wender, Kettner, Giampetro und Pfann zu danken ist.

Auf ein Jahr hat sich die Direktion nun wieder versorgt.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 9. September, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Königl. Musikdirektor Bernhard Jergang in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frä. Fanny Opfer (Sopran), Herrn Erhard Goeldner (Bariton) und Herrn Heimr. Weher (Cello). Der Eintritt ist frei! Programm mit Text 10 Pf.

Bei dem am Sonntag abgehaltenen Herbstfest im Volksgarten-Theater sind vier Damenschirme stehen geblieben; dieselben sind in der „Vorwärts“-Exhibition, Stettiner Straße 10 abzuholen.

Einständige Betriebsführung am Brandenburger Tor. Gestern vormittag kam es wieder einmal zu einer bedeutenden Störung im Straßenbahnbetriebe, die eine volle Stunde andauerte. Um 7 1/2 Uhr geriet der Stromabnehmer eines Motortwagens der Linie 0 in der Richtung nach Wilmersdorf am Brandenburger Tor in eine falsche Weiche und zerbrach. Hierbei wurde die Weichenanlage davon vor, daß sie sich nicht mehr stellen ließ. Die Folge davon war, daß alle Wagen in der Richtung nach dem Potsdamer Platz Aufenthalt nehmen mußten. Sie wurden über den Lützowplatz, Moabit und den Großen Stern umgelenkt. Erst 8 1/2 Uhr war die Störung behoben und konnte der regelmäßige Betrieb wieder aufgenommen werden.

Nadrennen in Treptow. Ein „Stundenrennen“ hinter großen Motoren bildete die Hauptnummer des Programms am Sonntag. Es starteten Tommy Hall, Bezhembel, Schulze und Schadebrodt. Bezhembel sicherte sich bald nach Beginn die Führung und erwies sich als der beste Mann im Felde, der seine Gegner nach Belieben überrundete und diese weit zurückließ. Ein Radwechsel in der 49. Minute brachte ihm etwas Zeitverlust. Am besten hielt sich Schadebrodt, der sehr adäbar fuhr und die anderen beiden ebenfalls ohne Kampf passieren konnte. Hall ließ sich in der 38. Minute mit Schulze in einen Kampf ein, er konnte indessen nicht

